

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Greifswald
Sektion Marxismus-Leninismus

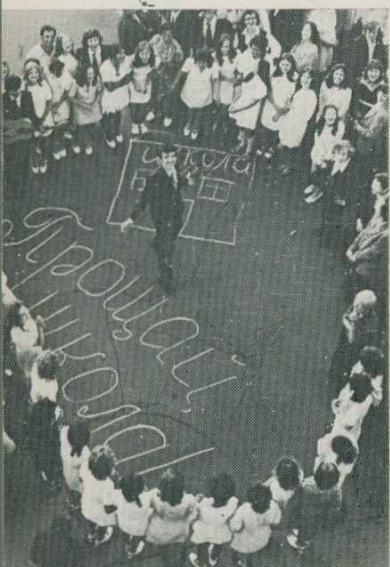
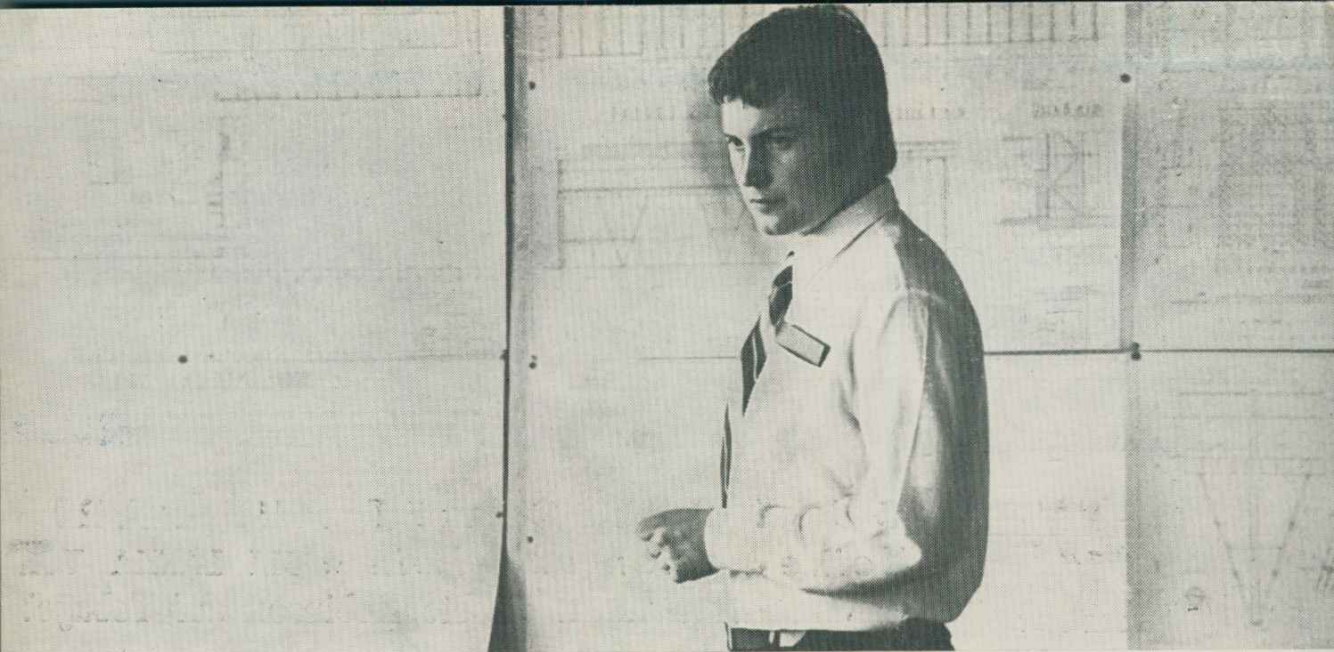
27-52 m. Beil.
P4
~~27-39~~

JULI 1977

GUTE BOTSCHAFT AUS PARIS
Keine Ferien am Rhein ★ SRI LANKA VOR
PARLAMENTSWAHLN ★ Lebte Robinson auf Tobago?



14759-27 105 147 652
SEKT. MARX, LENIN
2200-2303
DOM-20



danken und einander Erfolge für die Zukunft zu wünschen. Schule, ade...

Welchen Weg soll man nehmen? Jeder Absolvent hat seine Pläne. Die einen haben schon lange beschlossen, in einer Fabrik oder in der heimatlichen Kolchose zu arbeiten, die anderen wollen an eine Universität, eine Hochschule oder eine Berufsschule. Die Jungen und Mädchen bewegt heute natürlich die Frage: Werden alle ihre Träume Wirklichkeit? Doch sie haben die Gewißheit, daß sie nicht überflüssig sein werden...

Im vergangenen Planjahr fünf wurde in der Sowjetunion eine sehr wichtige soziale Aufgabe erfolgreich gelöst — der Übergang zur allgemeinen Oberschulbildung der Jugend wurde im großen und ganzen abgeschlossen. Von jetzt an ist die Oberschulbildung obligatorisch. Das Netz der Hoch- und Berufsschulen wird enger. Im letzten Planjahr fünf wurden über 50 Hochschulen, u. a. 12 Universitäten, eröffnet. Die Fern- und Abendbildung erhielt in der UdSSR eine weite Verbreitung wie in keinem anderen Land. Der Anteil der Fern- und Abendstudenten liegt 3—6mal so hoch wie in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern. Alle Bildungsformen in der Sowjetunion sind kostenlos.

Unsere Bilder: Bei der Diplomverteidigung ♦ Nun, zu guter Letzt... ♦ Studenten haben Prüfungsfieber

Fotos Alexander Gustschin



SOWJETUNION IM BILD

Das letzte Examen ist geschafft. Nun sind sie zum Abschiedsabend gekommen, um sich bei ihren Lehrern zu be-

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

BEISPIELGEBEND

Das sowjetisch-französische Gipfeltreffen war ein voller, beeindruckender Erfolg. Sowohl hinsichtlich der Vertiefung der bilateralen Beziehungen wie hinsichtlich einer produktiveren Gemeinsamkeit bei der Lösung grundlegender internationaler Probleme. Um sich davon zu überzeugen, muß man nur einen Blick auf die in Rambouillet unterzeichneten Dokumente werfen, die wir im Schlußteil dieses Heftes veröffentlichen.

Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR haben in ihrer Beurteilung der Ergebnisse und der Bedeutung des Frankreich-Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnew erklärt, der Besuch sei „weit über den Rahmen der sowjetisch-französischen Beziehungen hinausgegangen. Bei den Gesprächen wurden Schlüsselprobleme des internationalen Lebens der Gegenwart behandelt: die Festigung des Friedens und der internationalen Entspannung, die Beseitigung von eventuellen Kriegsherden, die Eindämmung des Wettrüstens sowie die Verhütung eines Kernkrieges.“

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die sowjetisch-französische Deklaration über die Entspannung nicht nur in die Chronik der Zusammenarbeit unserer beiden Länder eingehen wird, sondern auch in die Annalen der internationalen Beziehungen. Zum ersten Mal haben Staaten, die den Osten und den Westen repräsentieren, ein gesondertes Dokument über die Entspannung angenommen, auf dessen Grundlage sich ein dauerhafter Weltfrieden errichten läßt. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem man über die Entspannung nicht nur streitet, sondern sie diskreditieren, in Zweifel stellen und denen opfern will, die versuchen, materielle und andere Vorteile aus der Konfrontation zwischen den beiden Welten wie aus der internationalen Spannung zu ziehen.

Recht hat Präsident Giscard d'Estaing: Die Probleme, vor die uns die Entspannung stellt, lassen sich nicht durch eine Abkehr von der

Entspannung lösen, sondern nur durch ihren weiteren Fortschritt.

Die Staaten in Ost und West müssen alle gemeinsam und jeder für sich diesen Prozeß sichern. Durch Vertiefung der bilateralen und der multilateralen Beziehungen. Durch Lösung der wichtigsten internationalen Probleme, von denen die Geschehnisse der Welt abhängen. Jedoch ist der Grad der konstruktiven Beteiligung der Staatsmänner dieser oder jener Länder an den gemeinsamen internationalen Angelegenheiten in diesen oder jenen Perioden unterschiedlich.

„Ich glaube an eine Entspannung mit der Sowjetunion“, erklärte unlängst US-Präsident Carter. Aber glauben ist zu wenig. Der Glaube muß durch Taten, durch gemeinsame Aktionen untermauert werden, wie das Moskau und Paris eben demonstriert haben. Die erklärte Treue zur Entspannung ist gut, was könnte man dagegen einzuwenden haben? Aber was sind all die mächtigen Worte über die Treue zum Frieden, zu allem in der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten Erreichten wert, wenn eines schönen Tages an einem empfindlichen Abschnitt ein Funke entsteht und alle bereits angehäuften Vernichtungswaffen in Brand setzt, die die Erde verheeren und ganze Völker ausrotten können, fragte Leonid Breschnew.

Das gemeinsame Vorgehen mit der Sowjetunion in entscheidenden Fragen der Weltsicherheit ist die Elle, an der die Öffentlichkeit immer mehr die Politik des einen oder anderen Staates im Westen mißt. Das weiß man in Paris, dessen internationaler Einfluß in den 11 Jahren der Politik der Eintracht mit der UdSSR wesentlich gestiegen ist; in Bonn, das Ende dieses Jahres das sowjetische Staatsoberhaupt empfangen wird; in anderen Staaten, wo man davon ausgeht, daß es sinnlos ist, ohne die UdSSR auch nur eine wichtige internationale Frage entscheiden zu wollen.

In Frankreich und in anderen Ländern spricht man heute häufig von einem Vorzugscharakter der sowjetisch-französischen Beziehungen. Ja, Moskau schätzt die traditionellen, zuverlässigen, erprobten Partner in der Entspannung und der Zusammenarbeit sehr. Und hat zu diesen Partnern natürlich das beste Verhältnis. Aber es ist ja niemandem versagt, ein ebenso guter Partner zu werden, wenn nur der Wunsch dazu besteht, die Bereitschaft, auf dem Boden der Entspannung und der sachlichen Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken.

Die UdSSR und Frankreich sind heute die Bahnbrecher zur Verankerung des Weltfriedens auf den Entspannungsprinzipien. Ihrem guten Beispiel sollten andere folgen.

Am 22. Juni wurde der offizielle Frankreich-Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnew beendet. Leonid Breschnew und der Präsident der Französischen Republik Giscard d'Estaing unterzeichneten eine sowjetisch-französische Deklaration, eine gemeinsame Erklärung über die Minderung der internationalen Spannung und eine Deklaration über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. In einer von der sowjetischen Presse am 25. Juni veröffentlichten Mitteilung drücken das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR ihre Befriedigung zu den Besuchsergebnissen aus und billigen voll und ganz die Tätigkeit Leonid Breschnews. (Siehe S. 4.)

Am 25. Juni wurde die Mitteilung über die Ergebnisse der in der Sowjetunion abgehaltenen Wahlen in die örtlichen Sowjets der Deputierten der Werktätigen veröffentlicht. An den Wahlen beteiligten sich 166 169 714 Personen bzw. 99,98 Prozent der Wahlberechtigten. Insgesamt wurden 2 229 641 Deputierte in 50 602 örtliche Sowjets gewählt.

Am 24. Juni begann in Wolgograd das IV. Festival der Freundschaft zwischen der Jugend der UdSSR und der DDR unter der Devise „Lenin, Oktober, Jugend“. Die Teilnehmer einer Großkundgebung nahmen begeistert eine Grußbotschaft Leonid Breschnews auf, in der er seiner Überzeugung Ausdruck gibt, das Treffen werde zu einem wichtigen Beitrag für die weitere Festigung und Entwicklung der brüderlichen Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit UdSSR—DDR. Eine Grußadresse kam ebenfalls vom Generalsekretär des ZK der SED, dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker.

Am 23. Juni schloß in Warschau die XXXI. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die sowjetische Delegation war von Alexej Kossygin geleitet. (Siehe S. 6.)

Am 28. Juni begann in Moskau ein internationales Treffen „Die Frau und

der Sozialismus“ anlässlich des 60. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In einem Grußschreiben hob Leonid Breschnew hervor, besser als jeder andere verstehe die Frau und Mutter die Bedeutung der Erhaltung und Festigung des Friedens, der notwendig ist, um allen Kindern der Welt eine lichte Zukunft zu sichern und das Leben der jetzigen und kommenden Generationen zu bewahren.

Vom 22.—27. Juni erörterten Delegationen der UdSSR und der USA in Moskau verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Indischen Ozean. Die UdSSR-Delegation war von Sonderbotschafter L. Mendelewitsch geleitet, die USA-Delegation vom Direktor der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung Paul Warnke. Die Unterredungen dienten dem besseren Verständnis der Standpunkte beider Seiten zu diesem Problem. Sie werden fortgesetzt.

Am 21. Juni wurde in der Sowjetunion offiziell bekanntgegeben, daß vom 11. bis zum 16. Juli im Raum Luzk, Lwow, Rowno Truppenmanöver des Wehrkreises Prikarpatje unter dem Codenamen „Karpaty“ stattfinden werden. Voraussichtlich werden sich etwa 27 000 Mann an den Manövern beteiligen.

Am 22.—25. Juni hielt sich eine Partei- und Regierungsdelegation der Tschechoslowakei unter dem Generalsekretär der KPTsch und Präsidenten der CSSR Gustáv Husák zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Rumänien auf. Nach Abschluß der Verhandlungen mit einer vom Generalsekretär der RKP und Präsidenten der SRR, Nicolae Ceauşescu, geleiteten Partei- und Regierungsdelegation wurde eine Erklärung über die Vertiefung der Freundschaft und Entwicklung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien und Staaten unterzeichnet.

In der Nacht zum 27. Juni wurde feierlich die Unabhängigkeit der Republik Dschibuti verkündet, der ehemaligen Kolonie, die sich Französisches Territorium der Aïa und der Issa nannte. Dschibuti wurde der 49. unabhängige Staat Afrikas. Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten des Landes Hassan Gouled Aptidon ein Glückwunschsreiben, in dem er erklärt, die Sowjetunion

anerkenne die Republik Dschibuti als souveränen und unabhängigen Staat und sei bereit, diplomatische Beziehungen zu ihm aufzunehmen.

Am 25. Juni beging die Volksrepublik Moçambique den zweiten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin übersandten dem Vorsitzenden der FRELIMO und Präsidenten der Volksrepublik Moçambique, Samora Machel, ein Glückwunschtelegramm, in dem sie weitere Erfolge bei der Entwicklung Moçambiques auf dem sozialistischen Orientierungsweg, im Kampf gegen den Imperialismus, für die Beseitigung der Überreste der kolonialen und Rassenunterdrückung auf dem afrikanischen Kontinent wünschten.

Am 25. Juni ging in Dublin die erste Tagung der sowjetisch-irischen Kommission für wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu Ende.

Am 22. Juni schloß in Genf die 63. Tagung der Generalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), auf der 1400 Vertreter aus 126 Mitgliedsländern der IAO anwesend waren.

Am 20. Juni begann in Genf eine Konferenz zur Überprüfung der Ausführung des Vertrags über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf oder unter dem Meeresboden.

Am 24. Juni schloß in Paris eine Tagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister der 24 kapitalistischen Mitgliedsländer dieser Organisation. Die Minister stellten fest, daß die westlichen Industriestaaten ihre langwährende Wirtschaftsstagnation noch immer nicht überwinden konnten. Laut Voraussagen des Sekretariats der Organisation wird die Arbeitslosenziffer im OECD-Raum bis Ende 1977 16 Millionen erreichen.

Am 23. Juni begann in Libreville (Gabun) die 29. Tagung des Ministerrats der OAU. Auf der Tagesordnung stehen Probleme des Kampfes für die Befreiung des afrikanischen Südens von der rassistischen und kolonialen Unterdrückung sowie die Vorbereitung einer OAU-Gipfelkonferenz.



Wolgograd, am 24. Juni. Während der Eröffnung des IV. Festivals der Freundschaft zwischen der Jugend der UdSSR und der DDR.
Foto TASS

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 27 JULI 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chef-
redakteur), W. Kusnezow, B. Pistschik
(Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa,
V. Tschernjajewski (Stellv. Chefredakteur
für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, eng-
lischer, französischer, spanischer, polni-
scher, tschechischer und arabischer
Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Ploščad' Puschkina

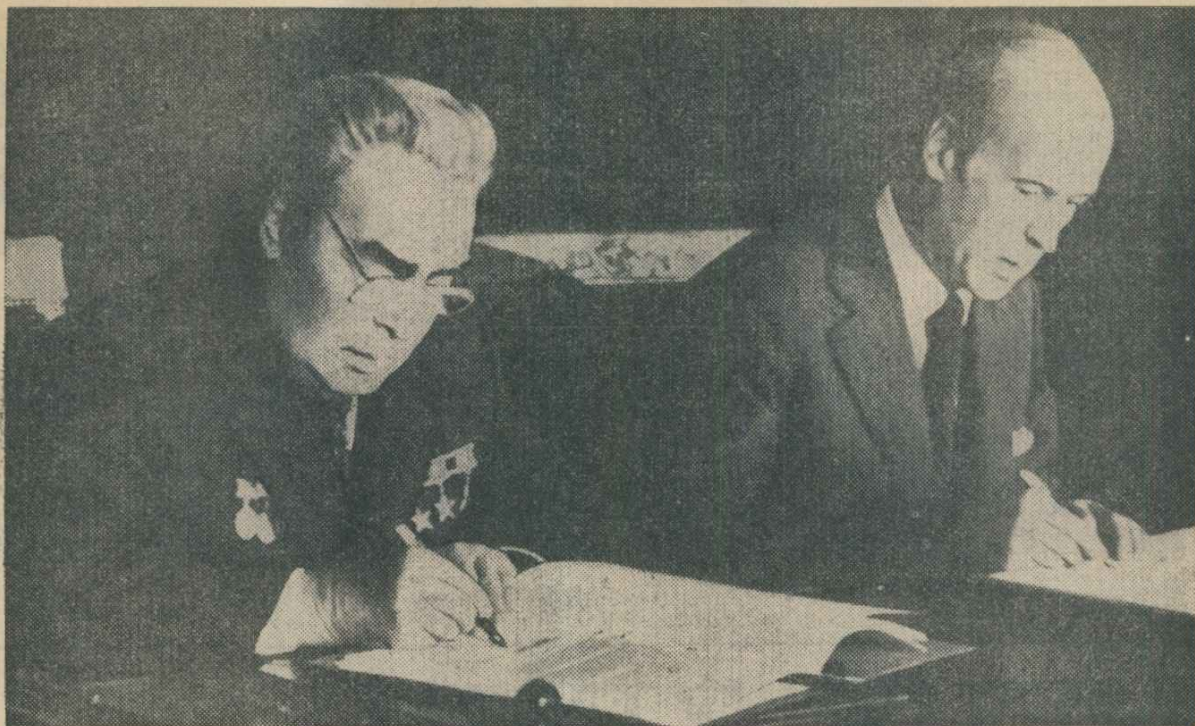
Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Beispielgebend	1
A. Ignatow — Gute Botschaft aus Paris	4
I. Trofimowa — Neue Stufe	6
J. Zaplin — Unabhängigkeit oder „Regelung“!	8
G. Pawlow — Israel: Gefährlicher Trend	10
Biographisches: Paavo Maiti Väyrynen	10
Mercedes Fernández de Soler — „Ich weiß: Er wird durchhalten“	12
K. Karagesian — Keine Ferien am Rhein	13
L. Wassiljew — Sri Lanka: Vor Parlamentswahlen	16
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	18
R. Uljanowski — Der Sozialismus wies den Weg	20
Gordon Schaffer — Die Öffentlichkeit sagt ja	23
V. Sokolowski — Die Natur wird es uns hundertfach lohnen	24
W. Suschkow — Aussichtsreiche Kooperationsform	26
V. Begischew — Fest wie Stahl!	28
A. Wos — Polnisches Dorf: Wie wird es sein!	30
T. Borissowa, F. Gorjunow — Kehrseite des EG-Agrarmarktes	32
A. Tschlenow — Zeugen der Vergangenheit	34
A. Alexandrow — In Port of Spain und anderswo	37
Diskussion mit dem Leser	40
Sowjetisch-französische Dokumente	41

Titelbild: Mit einem Aktivistentrupp des Komsomol kam Nadescha Ryshowa aus Baschkirien zum Bau des Wasserkraftwerks von Ust-Ilim an der Angara.

Foto N. Skurichina



Unterzeichnung der sowjetisch-französischen Dokumente

Telebild TASS-Sonderberichterstatter W. Mussaelian und V. Sobolew

GUTE BOTSCHAFT AUS PARIS

Eine ganze Woche stand das politische Leben Frankreichs im Zeichen des sowjetischen Staatsbesuchs. Von seiner Bedeutung zeugte auch der Leonid Breshnew erwiesene Empfang, den die Presse als „außergewöhnlich“ bezeichnete. Ferner die ungeteilte Aufmerksamkeit der Massenmedien, die zwei bis vier Seiten täglich der Vorbereitung, dem Verlauf und den Ergebnissen der Gespräche widmeten. Das taten alle führenden Zeitungen, unabhängig von ihren politischen Standpunkten.

Politische Spekulationen fanden diesmal keinen Anklang. Auch das ist ein wichtiger Beweis dafür, wie ernsthaft die Beziehungen zwischen den beiden Ländern betrachtet wurden. Ich erinnere mich noch der Zeit, in der französisch-sowjetische Gipfeltreffen eine Menge Gerüchtemacher

und üble Propheten auf den Plan brachten. In den ersten Jahren nach dem historischen Sowjetunion-Besuch General de Gaulles fahndeten manche Journalisten geradezu mit Ungeduld in jeder neuen Annäherungsphase zwischen Moskau und Paris nach Anzeichen für Mißerfolge.

Natürlich gibt es auch skeptische Kommentare. Aber das Wichtigste — den Nutzen und den Bestand der französisch-sowjetischen Übereinstimmung — stellt kaum jemand in Frage.

„Der Breshnew-Besuch war nützlich“. Äußert die kommunistische **Humanité**. „Die nach Verhandlungsabschluß unterzeichneten Dokumente tragen positiven Charakter.“ Die Zeitung der Geschäftskreise **Les Echos** meint: Das sowjetische Staatsoberhaupt kann einen Erfolg der

Politik konstatieren, die es bereits seit vielen Jahren betreibt. Die Verhandlungen haben die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt. Der rechtsstehende **Figaro** schließt sich diesem Urteil an und stellt eine Stärkung der französischen Position in der Welt fest, die sich durch Frankreichs Kontakte mit der Sowjetunion ergeben habe.

In diesem Zusammenhang sollte darauf verwiesen werden, daß in keinem der in Rambouillet unterzeichneten Dokumente etwas steht, was den Interessen sowohl der jetzigen französischen Regierung als auch den außenpolitischen Standpunkten des Linksblocks zuwiderliefe. Die Regierung und die Linkskräfte sind für den Ausbau der Kontakte, was ihre stabile Vertiefung erwarten läßt.

Außer den einflußlosen extremrechten und extremlinken Organisationen sowie jenen Kräften, die sich von nicht französischen Interessen leiten lassen oder eine Rückkehr zum kalten Krieg wollen, will und kann in Frankreich die Entwicklung der sowjetisch-französischen Beziehungen niemandem Abbruch tun.

Diese Beziehungen erhielten durch die Verhandlungen in Rambouillet einen neuen mächtigen Anstoß. In den letzten 11 Jahren stieg das Handelsvolumen auf fast das 10fache und der Wunsch nach Verdreifachung des Handelsvolumens innerhalb des jetzigen Fünfjahresabkommens wurde bereits zu einer realen Verpflichtung beider Seiten. Die Delegationen kamen überein, an die Entwicklung eines Planes für die Wirtschaftskontakte bis 1990 zu gehen. Experten vereinbarten eine zusätzliche Liste von Projekten der industriellen Zusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit überhaupt ist sehr weit gefaßt.

In Toulouse hatten vom Außenministerium Frankreichs eingeladene sowjetische Journalisten eine Zusammenkunft mit dem Direktor des Zentrums für Elektronenoptik M. Jouffrey. Er hatte vor kurzem einen Monat lang einen sowjetischen Wissenschaftler zu Gast. Davor war er selbst auf einem Kongreß von Fachleuten in Taschkent gewesen.

Im Schloß Haut-Brion in Bordeaux, wo praktisch innerhalb der Stadtgrenzen eine prächtige Weinerte eingebracht wird, hörten wir, daß unlängst eine Gruppe von Agronomen und Winzern aus Moldawien zu Besuch gewesen sei, und man sich gewundert habe, daß sie nur aus Frauen bestand. In Bordeaux auch wurde uns eine auf Bitte des Bürgermeisters angefertigte Denkschrift über die Kontakte der Sowjetunion mit dem hiesigen Rayon Aquitaine überreicht. Diese Kontakte sind bisher nicht so stark, wie beide Seiten das wünschten. Aber sie bestehen und nehmen zu. Das letzte Beispiel dafür machte uns lächeln: Moskau kaufte ein paar Dutzend „les blondes d'Aquitaine“, wie hier eine besonders gute Rinderrasse genannt wird.

Im Zentrum „Georges Pompidou“, mitten im alten Paris, sahen wir eine allen offenstehende Bibliothek, die viele sowjetische Ausgaben in französischer und in russischer Sprache besaß. Die Leiter des Zentrums erzählten uns, in nächster Zeit sei eine große Kunstaussstellung geplant, die der wechselseitigen Beeinflussung der Maler unserer beiden Länder gilt. Übrigens zeigt bereits jetzt das Museum für moderne Kunst in zwei Stockwerken des Zentrums Bilder und Skulpturen russischer und sowjetischer Künstler, die größtenteils zeitweilig von sowjetischen Museen zur Verfügung gestellt wurden.

Vor meiner Abreise aus Paris traf ich mich mit Kunstschaffenden. Der bekannte Manager Jacques Canetti, der viele berühmte französische Chansoniern „gemacht“ hat (darunter Jacques Brel, Juliette Gréco, Serge Reggiani) träumt von einer UdSSR-Reise mit Vertretern des „neuen französischen Chansons.“ Verwaltungschefs der Filmes Ch. Fechner erkundigten sich interessiert nach möglichen Koproduktionen mit sowjetischen Studios. Jean-Paul Belmondo sprach von seinem Wunsch, Moskau, Leningrad und Mittelasien zu sehen.

An meinem Abreisetag beendete im Louvre ein sowjetisches Ballettensemble mit Maja Pliszezka seine Auftritte. Fast gleichzeitig begann ein Gastspiel des Lensowjet-Theaters. Im Herbst erwarten die Pariser das Theater an der Taganka, dessen Chefregisseur Ljubimow in der Pariser Grand Opera „Pique Dame“ inszenieren wird.

Natürlich sind nicht alle Probleme ausgeräumt. Das ist begreiflich, denn Zusammenarbeit ist eine dynamische Sache und mit ihrem Ausbau entstehen neue, nicht einfache Fragen.

Die Hauptsache ist, daß die Zusammenarbeit mit Rambouillet stabiler wurde und eine neue Stufe erreichte. Diese Aufwärtsbewegung wird selbstverständlich durch die Freundschaft unserer Völker erleichtert, die, wie Leonid Breschnew sagte, sowohl die alten Traditionen wie der Lebenssaft gemeinsamer Taten im letzten Jahrzehnt nähren.

Wie aus der sowjetisch-französischen Deklaration hervorgeht, wurden in Rambouillet grundlegende Fragen der Weltpolitik diskutiert. Darunter die Lage in Europa und die weiteren Schritte nach Helsinki. Die der Situation auf unserem Kontinent geltende besondere Aufmerksamkeit ist durchaus verständlich. Um so mehr, als beide Seiten nicht wenig in den erfolgreichen Abschluß der KSZE investiert haben.

Die Überprüfung des Pariser und des Moskauer Standpunkts gibt der Entspannung einen neuen Impuls und bedeutet neue Wegmarken. Sie war um so wichtiger, als es in der internationalen Lage zu Komplikationen gekommen ist. Manch einer will heute die Politik der Entspannung und den Begriff selbst in Zweifel ziehen. Die sowjetische Seite äußerte in Rambouillet ihre Besorgnis, daß manches in der Politik der Westmächte nicht mit dem Entspannungsprozeß in Einklang zu bringen ist und zu den Vereinbarungen von Helsinki in Widerspruch steht. Dabei geht es insbesondere um den heuchlerischen Rummel um die Verletzung der Menschenrechte in der sozialistischen Welt. Während der Verhandlungen wurde sowjetischerseits unterstrichen: Die UdSSR ist das einzige Land, das alle 10 Prinzipien

der Schlußakte von Helsinki in den Entwurf ihrer neuen Verfassung aufgenommen hat, auf denen sie ihre Beziehungen zu anderen Staaten aufbaut. Dies sei, bemerkte Leonid Breschnew, die reale Erfüllung der Bestimmungen des Dokuments.

Die Verhandlungspartner gaben der Bereitschaft ihrer Länder zur Realisierung aller Punkte der Schlußakte Ausdruck. Hier gilt es hervorzuheben: aller, nicht nur jener, die von manchen Leuten zu spekulativen Zwecken in den Vordergrund gerückt werden.

Während der drei Junitage in Rambouillet wurde zum ersten Mal in der Geschichte internationaler Beziehungen ein „Entspannungskodex“ ausgearbeitet und beschlossen, ein Dokument, in dem die UdSSR und Frankreich darlegten, was sie unter diesem für die ganze Welt wichtigen Prozeß verstehen.

Die Aufmerksamkeit westlicher Kommentatoren fanden jene Punkte der Erklärung, in denen neben der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und der Wunsch verkündet werden, eine günstige Atmosphäre in den gegenseitigen Beziehungen zu erhalten.

Der sowjetische Standpunkt ist bekannt: der in den Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung unausbleibliche ideologische Kampf muß den „psychologischen Krieg“ und die ideologische Diversion ausschließen. In diesem Zusammenhang fand die Bemerkung Präsident Giscard d'Estaings an die Adresse jener französischen Massenmedien die Aufmerksamkeit der Journalisten. In der er sagte, sie überschritten leichtfertig die Grenzen, die den ideologischen Kampf im Inneren Frankreichs von systematischen Ausfällen gegen die Welt des Sozialismus trennen.

Beobachter stellen ferner einen hohen Grad der Einmütigkeit beider Seiten im Hinblick auf das Nahostproblem fest sowie die Pariser Zustimmung zur Abhaltung einer UNO-Sondertagung über Abrüstungsfragen sowie die französische Unterstützung zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz.

Der sowjetische Staatschef äußerte die Gewißheit, die sowjetisch-französischen Kontakte hätten eine gute Zukunft und sagte: „Wir möchten, daß das Ausmaß und die Tiefe der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich ständig zunehmen und den Forderungen unserer Epoche entsprechen. Die Möglichkeiten dazu sind gegeben.“

Wollen wir hoffen, daß aus all diesen Möglichkeiten Taten werden.

A. IGNATOW
NZ-Sonderberichterstatter

Paris—Moskau

NEUE STUFE

Zu den Ergebnissen der XXXI. RGW-Tagung

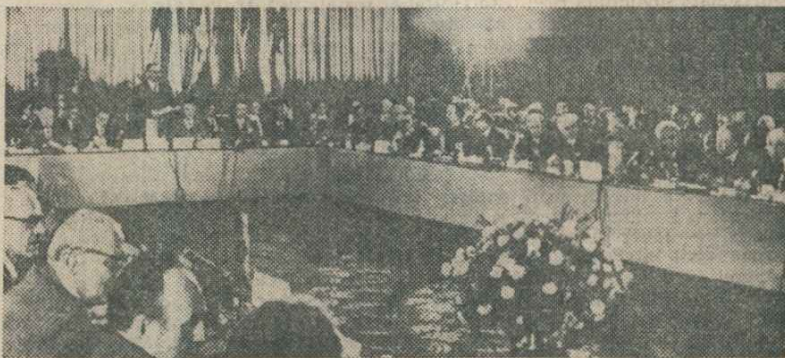
„Indem wir die Ideen des Oktober verwirklichen und uns von Lenins Weisungen leiten lassen, haben wir zum ersten Mal in der Geschichte das Ziel gesetzt, eine gerechte, gleichberechtigte internationale Arbeitsteilung zu realisieren...“

Diese Worte des Vorsitzenden des Ministerrates der VR Polen, Piotr Jaroszewicz, aus seinem Bericht auf der RGW-Festsitzung anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution geben den Sinn der gesamten Arbeit des RGW sehr genau wieder. Der RGW gab der Welt die einmaligen Erfahrungen gleichberechtigter Zusammenarbeit einer großen Staatengruppe. Auch die Prinzipien der sozialistischen ökonomischen Integration, die auf dem proletarischen Internationalismus basiert, nehmen ihren Anfang bei den Idealen der Oktoberrevolution.

Die Größe des Oktober, die sich mit der Zeit in immer neuen Aspekten offenbart — das zog sich durch die Reden der Delegationsleiter. Sie schätzten die Rolle und die überaus reichen Erfahrungen der Partei Lenins und des Sowjetstaates beim Aufbau der gerechtesten Gesellschaft auf Erden, bei der Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft sowie die kollektiven Erfahrungen der Bruderländer bei der Herausbildung von Beziehungen neuen Typs hoch ein. Das verließ der Erörterung der heutigen Probleme besondere Tiefe und ließ noch stärker die ganze Bedeutung der tagtäglichen mühsamen Arbeit zur Annäherung der Staaten unserer Gemeinschaft hervortreten.

Die Geschichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kannte eine solche Form der internationalen Zusammenarbeit wie die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne noch nicht. Die RGW-Länder haben reiche Erfahrungen dabei gesammelt, große Wirtschaftsprojekte kollektiv auszuarbeiten und gemeinsam zu realisieren. Unsere Zusammenarbeit entwickelt sich, wie der sowjetische Delegationsleiter Alexej Kossygin in seiner Rede sagte, unter den Bedingungen des Aufblühens der sozialistischen Nationen, der Festigung der Souveränität der sozialistischen Staaten und der Angleichung ihres Entwicklungsstandes. Auch darin manifestiert sich die Gerechtigkeit und der tiefe Demokratismus der neuen Gesellschaftsordnung.

Nicht nur nach den Dimensionen der sozialen Aufgaben, sondern auch nach dem wirtschaftlichen Entwicklungstempo hält keine internationale Staatengemeinschaft einem Vergleich mit der sozialistischen Gemeinschaft stand. Auf der Tagung wurden diese wirtschaftlichen Errungenschaften verallgemeinert. Das Nationaleinkommen der RGW-Länder ist 1976 gegenüber 1948 um



das 9,5fache gestiegen, das der kapitalistischen Industrieländer — nur um das 3,3fache. Dieses unterschiedliche Tempo, in dem der materielle Reichtum geschaffen wird und sich die Produktivkräfte entwickeln, zeigt anschaulich, daß die sozialistische Ländergemeinschaft jetzt zur dynamischsten Kraft der Welt geworden ist.

Erfolgreich begann auch das neue Planjahr fünf. Nach vorläufigen Schätzungen wird das Nationaleinkommen der RGW-Länder 1976/77 um etwa 11% zunehmen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß 1% unseres Bruttonationaleinkommens 6% des von 1950 und 1% der heutigen Industrieproduktion 10% vor einem Vierteljahrhundert ausmachen.

Zweifelsohne spielt hier die Nutzung der enormen Möglichkeiten der sozialistischen Arbeitsteilung eine große Rolle. In den 70er Jahren sind diese Möglichkeiten bedeutend größer geworden als z. B. in den 50er Jahren. Und das nicht nur, weil wir auf große Erfahrungen bei der Verbindung unserer nationalen und der internationalen Interessen zurückschauen können, sondern auch weil sich der Entwicklungsstand der meisten RGW-Länder merklich annähert hat, ihre Wirtschaftsstruktur homogener geworden ist und die Ähnlichkeit ihrer sozialökonomi-

schen Aufgaben zugenommen hat. Deshalb sind nicht nur die Möglichkeiten der Arbeitsteilung bedeutend größer geworden, sondern auch das Streben nach einer Vertiefung der Integrationsprozesse ist stärker geworden.

Leonid Breshnew betonte auf dem XXV. Parteitag der KPdSU die erfolgreiche Realisierung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration: „Ausgehend von unseren bisherigen Errungenschaften können wir jetzt den nächsten Schritt vorwärts tun. Auf der Tagesordnung steht die Aus-

Auf der Warschauer RGW-Tagung
Telefoto CAF—TASS

arbeitung und Verwirklichung langfristiger zielgebundener Programme. Ihre Aufgabe ist es, durch gemeinsame Anstrengungen den schnell wachsenden Bedarf an Energie, Brennstoffen und den wichtigsten Rohstoffarten zu decken, die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern ausgiebiger zufriedenzustellen, den Maschinenbau auf ein höheres Niveau zu heben, die Entwicklung des Verkehrswesens zu beschleunigen.“ Fragen der Ausarbeitung von Zielprogrammen waren ein wichtiger Tagesordnungspunkt.

Das Brennstoff- und Energieproblem ist bekanntlich heute besonders akut geworden. Die Energiekrise in der kapitalistischen Welt hat wiederholt zu tiefen Erschütterungen ihrer ganzen Wirtschaft geführt. Die Krise wird von harten Auseinandersetzungen zwischen den Monopolen begleitet, verstärkt die Widersprüche zwischen den Staaten und ist eine schwere Last für die Werktätigen. Die sozialistischen Länder sind hier von befreit. Doch angesichts der allgemeinen Weltlage müssen wir an die Zukunft denken.

Die RGW-Länder verfügen über ein großes Energiepotential. Auf sie

entfällt etwa ein Viertel des Weltverbrauchs an Brennstoffen und Energie. Die europäischen RGW-Länder (ohne die UdSSR) verbrauchen durchschnittlich 5 t Einheitsbrennstoff pro Kopf, d. h. ebensoviel wie die EG-Länder. Doch unser Bedarf nimmt zu, und die Verwirklichung des gemeinsamen Brennstoff- und Energiewirtschaftsprogramms wird dazu beitragen, ihn weitgehend zu decken. Die Tagung betonte besonders die Bedeutung des Programms für eine größtmögliche Entwicklung des Atommaschinenbaus, um Fragen der Atomenergiewirtschaft sowie das Brennstoff- und Energieproblem komplex zu lösen. Sie empfahl den RGW-Ländern, 1978 ein Abkommen über multilaterale Spezialisierung und Kooperation der Produktion abzuschließen, sowie über gegenseitige Lieferungen von Anlagen für Atomkraftwerke für den Zeitraum 1981—1990.

Die Tagungsteilnehmer lenkten bei der Diskussion anderer langfristiger Zielprogramme die Aufmerksamkeit auch auf entscheidende Momente, von denen eine Gesamtlösung abhängt. So wurde im Nahrungsmittelprogramm vorgeschlagen, Fragen der Steigerung der Fleischproduktion auf einheimischer Futterbasis sowie die Nutzung günstiger Natur- und Klimabedingungen in einzelnen Ländern für die Produktion von Zucker, Obst und Gemüse und einiger anderer Kulturen verstärkt zu behandeln. Hierbei wurde hervorgehoben, die Zusammenarbeit bei der Herstellung moderner Maschinensysteme für die Ernte, den Transport, die Lagerung und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse entsprechend zu organisieren.

Eine Langzeitplanung kennzeichnete die Warschauer Tagung. Bereits jetzt ging es um eine Koordinierung der Volkswirtschaftspläne in den RGW-Ländern für 1981—1985. Die Delegationsleiter betonten, daß eine koordinierte Lösung der Hauptwirtschaftsprobleme, die sich bei der Aufstellung der langfristigen Zielprogramme ergeben und von alldem Interesse sind, das Wichtigste dabei sein muß.

Auch die Zusammenarbeit mit anderen Ländern wurde berührt. Der RGW ist keine geschlossene Gruppierung, und erfreulicherweise haben sich die Beziehungen zu den Bruderländern, die ihm nicht angehören, bedeutend gefestigt. In vielen ständigen RGW-Kommissionen wirkt Jugoslawien schon mehrere Jahre mit. Kürzlich ist Vietnam der Inter-

nationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Internationalen Investitionsbank beigetreten. Die RGW-Länder helfen Vietnam beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung der Volkswirtschaft. Eine vielfältige Zusammenarbeit bahnt sich mit Laos und Angola an. Im Kampf für die nationale Befreiung und für den Aufbau eines neuen Lebens nutzt das Volk von Laos, wie der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Planungsausschusses der VDR Laos, Khambusumaisi, auf der Tagung erklärte, nach wie vor die Unterstützung der sozialistischen Länder.

Die Beziehungen des RGW zu anderen Ländern entwickeln sich positiv. Das Abkommen des RGW mit Finnland wird erfolgreich realisiert, mit der Verwirklichung der Abkommen mit Mexiko und Irak wurde begonnen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern können bedeutend ausgebaut werden. Nehmen wir z. B. den bekannten Vorschlag des RGW, mit der EG in Verhandlungen zu treten. Die Tagungsteilnehmer unterstrichen, daß ein Abkommen über die Grundlagen der Beziehungen zwischen dem RGW und den RGW-Ländern einerseits und der EG und den EG-Ländern andererseits einen positiven Beitrag zur Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern beider Organisationen leisten und dadurch zur Materialisierung der Entspannung und zur Festigung des Friedens in Europa beitragen könnte.

Die Weiterentwicklung der konstruktiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern würde gleichfalls, wie es im Kommuniqué heißt, durch die Einberufung gesamteuropäischer Kongresse oder Staatenkonferenzen zum Umweltschutz, zur Entwicklung des Verkehrswesens und der Energiewirtschaft gefördert werden sowie durch die Beseitigung der Versuche, die sozialistischen Staaten zu diskriminieren und sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen.

Jedes jährliche Treffen der RGW-Länder hat unsere Zusammenarbeit auf eine neue Stufe gehoben. Auch die jetzige XXXI. Tagung wird zweifelsohne dazu beitragen, die noch nicht vollständig genutzten Reserven für die internationale sozialistische Arbeitsteilung zu aktivieren und sie in den Dienst unserer gemeinsamen Interessen zu stellen.

I. TROFIMOWA

NZ

STREIFLICHTER

■ AUSTRALIEN

Der australische Premierminister Malcolm Fraser beendete seine Reise durch Westeuropa und die USA. Ein Hauptthema seiner Gespräche mit den Regierern Belgiens, der BRD und Frankreichs war der Export australischen Urans in die EG-Länder. Wie Helmut Schmidt gegenüber Malcolm Fraser erklärte, solle Australien mit seinem Uran keine restriktive Exportpolitik betreiben. Malcolm Fraser antwortete ihm, Australien wünsche für seine Uranexporte die Zusicherung zu erhalten, daß mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse des Landes von den EG-Staaten gekauft würden.

Bei den Gesprächen zwischen Malcolm Fraser und US-Präsident Jimmy Carter wurden die Lage in Südostasien, im Westpazifik und im Indischen Ozean sowie die Beziehungen zur Sowjetunion und zur VR China erörtert. Der australische Premier bezeichnete Washingtons Politik im Indik-Raum als „sehr richtig“ und befürwortete das Fortbestehen des US-Militärstützpunktes auf Diego Garcia.

■ USA—LATEINAMERIKA

In St. George's, der Hauptstadt des Inselstaates Grenada in der Karibik, trat die Vollversammlung der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) zusammen. Von Anfang an waren die Vertreter Washingtons bemüht, einer Erörterung der akuten politischen und wirtschaftlichen Widersprüche zwischen den USA und den meisten Ländern Lateinamerikas aus dem Wege zu gehen. Statt dessen wollte US-Außenminister Cyrus Vance der OAS eine sogenannte Menschenrechtskonvention aufzwingen. Beobachter machten darauf aufmerksam, daß die USA, die sich acht Jahre weigerten, diese Konvention zu unterzeichnen, sich ihr erst einige Tage vor Eröffnung der jetzigen Tagung anschlossen. Wie zu erwarten war, verurteilte der US-Vertreter nicht die himmelschreiende Verletzung elementarer Menschenrechte in Chile und durch an-

UNABHÄNGIGKEIT ODER „REGELUNG“?

Juri ZAPLIN

Im Süden Afrikas hat sich letztlich ein Spannungsherd gebildet, der den Frieden und die Sicherheit der Völker, namentlich der afrikanischen, gefährdet. Dort befindet sich der Schauplatz einer erbitterten Konfrontation der nationalen Befreiungskräfte und rassistischer, von der imperialistischen Reaktion gestützter Regimes. Bei diesem Ringen tritt immer deutlicher die Überlegenheit der patriotischen Kräfte zutage. Sie bringen den rassistischen Regimes empfindliche Schläge bei. Immer mehr Politiker im Westen müssen sich davon überzeugen, daß es sinnlos ist, auf eine militärische Überlegenheit der Rassisten zu rechnen. Man erkennt im Westen, daß neue Bemühungen zur Rettung dieser Regimes not tun. Deshalb betätigen sich die führenden Westmächte in letzter Zeit reger auf dem diplomatischen Parkett, sie suchen nach einer „Regelung“ für das Südafrikaproblem, in erster Linie desjenigen Rhodesiens und Namibias, damit ein endgültiger Zusammenbruch der rassistischen Diktaturen verhütet werden könne.

Davon war u. a. bei der kürzlichen Zusammenkunft Vorsters, des Ministerpräsidenten der RSA, und Mondales, des Vizepräsidenten der USA, in Wien sowie bei den soeben zum Abschluß gelangten Verhandlungen Außenminister Bothas (RSA) und US-Staatssekretär Vances in Washington die Rede.

Rhodesische Plaudereien

Ian Smith, der Rädelsführer der rhodesischen Rassisten, setzt die Repressalien gegen das Volk von Simbabwe fort und stiftet neue bewaffnete Provokationen gegen die afrikanischen Nachbarländer an, behauptet aber bis zum Überdruß, er sei bereit, eine „alle Rassen erfassende Regierung“ zu bilden. Seine aggressive Politik zeugt aber davon, daß er keineswegs die Absicht hat, die Macht Repräsentanten des Simbabwevolks zu überlassen. In diesem Sinne decken sich seine Pläne mit den Absichten der Westmächte, die bei der Bereinigung der Rhode-

sienfrage eine Vermittlerrolle übernommen haben.

Die britische Regierung ließ unlängst ihren Außenminister erklären, sie wolle in den nächsten Wochen konkrete Vorschläge zur britisch-amerikanischen Initiative machen, in Rhodesien die Macht in die Hände von Vertretern der Afrikaner zu legen. Der Westpresse zufolge soll nach dem neuen britisch-amerikani-



schen Plan die Unabhängigkeit Simbawes offiziell am 24. September 1978 ausgerufen werden. Die Vorschläge beinhalten laut David Owen auch die Formulierung eines Verfassungsentwurfs, „Maßnahmen zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des Simbabwestaates“ sowie „Sozialmaßnahmen für die Übergangszeit zwischen der Machtniederlegung durch Ian Smith und den Landeseuwahlen“. Dieser absichtlich schleierhaft formulierte Plan, den man verschieden auslegen kann, befriedigt die Rassisten durchaus.

Offenbar finden gerade die schleierhaften Formulierungen bei den herrschenden Kreisen Rhodesiens den größten Beifall. Auf sie spekulierend, treten sie nach wie vor dagegen auf, daß in Rhodesien das allgemeine Wahlrecht als Voraussetzung für die endgültige Bereinigung des Rhodesienproblems eingeführt wird, und fordern neue Zugeständ-

nisse. Ian Smith selbst hat in einem Interview für die US-Zeitschrift *Time* die Frage, ob die neue westliche Initiative Rhodesiens letzte Chance sei, so beantwortet: „Das würde ich nicht sagen. Es ist eben noch eine Initiative. Wenn diese nichts ergibt, wird eine andere folgen usw.“

Diese Gewißheit erklärt sich ganz einfach. London und Washington sind für friedliche Verhandlungen mit dem Smithregime, vor allem dafür, daß die Patrioten ihren bewaffneten Kampf einstellen und die Macht „politischen Kräften“ (?) der Afrikaner überlassen, womit das ganze Problem keineswegs gelöst ist.

Deshalb eben erklären immer mehr Staaten Afrikas, daß sie sich von der neuen englisch-amerikani-

So werden in der Republik Südafrika Polizeihunde abgerichtet
Aus „Time“ (USA)

schen „Initiative“ nichts versprechen. Die allermeisten Delegationen auf der 29. Tagung des Befreiungskomitees der OAU haben sich für Unterstützung des bewaffneten Kampfes der Patrioten von Simbabwe als die einzige Möglichkeit für dessen Volk erklärt, zu wirklicher Unabhängigkeit zu gelangen, was völlig dem Standpunkt der Patrioten Simbawes entspricht.

„Nach jahrelangem Krieg“, erklärte Joshua Nkomo, ein Führer der Patriotischen Front Simbawes, als er diesen Standpunkt formulierte, „reden die Westmächte noch immer davon, daß das Rhodesienproblem friedlich bereinigt werden könne. Die zahlreichen Versuche, dem Volk Simbawes die Macht friedlich zu übergeben, haben aber zu nichts geführt.“

Deshalb werden wir den bewaffneten Kampf intensivieren. Nur so können wir die Unabhängigkeit erlangen."

Und nun Namibia

Die neokolonialistischen Absichten der Westmächte sind auch im Hinblick auf Namibia nicht zu verkennen. Bekanntlich betrifft die Resolution Nr. 385 des UNO-Sicherheitsrates von Januar 1976 die Bereinigung des Namibiaproblems. Darin wird gefordert, daß die RSA darauf eingeht, daß in Namibia unter UNO-Aufsicht Wahlen abgehalten werden, daß sie sämtliche politischen Häftlinge freiläßt, die Rassendiskriminierung einstellt, allen namibischen Emigranten die Heimkehr gestattet, ohne daß sie Festnahme und Terrorisierung zu befürchten hätten, und daß sie schließlich ihre widerrechtliche Verwaltung abberuft, die eingesetzt wurde, als die Rassisten Namibia annektierten. Das Regime der RSA hatte für die Forderungen dieser maßgeblichen internationalen Instanz aber taube Ohren.

Durch bittere Erfahrung gewitzigt, legen die Westmächte aber mehr Verständnis für den Ernst der in Namibia entstehenden Lage als ihre südafrikanischen Partner an den Tag. Der ausschlaggebende Faktor in dieser Situation ist der anwachsende Kampf der Patrioten gegen die rassistische Okkupation. Hiermit eben erklärt sich der Beschluß der USA, Englands, Frankreichs, Kanadas und der BRD, in Kapstadt eilends mit Vorster zu verhandeln, um ein „international annehmbares“ Prinzip für ein „Vorwärtkommen zur völligen Unabhängigkeit dieses Gebiets“ zu formulieren. Es handelt sich mit anderen Worten um einen Plan für die Namibia-Regelung, der die Unabhängigkeit dieses Landes zu einem Trugbild machen und helfen würde, die wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Westens und der RSA in diesem Gebiet zu wahren.

Bisher ist es schon zweimal zu Verhandlungsrunden gekommen. Man hat erklärt, die fünf Mächte und die RSA seien sich über das verhandelte Thema einig geworden. Es ging darum, daß Vorster weiter darauf eingeht, daß in Namibia „unter Heranziehung der UNO“ Wahlen stattfinden.

Für diese Zugeständnisse hat Vorster jedoch das Recht eingehandelt, einen politischen „Generalverwalter“ einzusetzen, der das Gebiet bis zu dessen Unabhängigkeit ver-

walten soll. Das bedeutet eigentlich, daß sich die RSA das Recht vorbehält, eine wirklich freie Willensäußerung des namibischen Volkes zu verhindern. Sehr schleierhaft ist auch, was man mit einer „Heranziehung der UNO zu den Wahlen“ meint. Eine Untersuchung des „Projekts der Fünf“ ergibt, daß in Wirklichkeit das Regime Vorsters die Wahlen kontrollieren wird, unterstützt von den südafrikanischen Streitkräften, die in Namibia bleiben sollen, solange dessen Sicherheit „gefährdet“ sei. Was für eine Unabhängigkeit die RSA Namibia zugedacht hat, zeigt auch die Erklärung der RSA-Regierung, daß Südafrika auf jeden Fall den einzigen Tiefseehafen Namibias, Walvis Bay, zu behalten gedenkt. Dort hat die RSA einen Kriegsmarinestützpunkt. Und schließlich enthalten Pretorias Vorschläge kein Wort von der Rolle der SWAPO (Volksorganisation Südwestafrikas), die die UNO als die einzige legitime Repräsentantin des namibischen Volkes anerkennt.

Bei dem Spiel des Westens mit Namibia ist schon jetzt der Ausgang abzusehen. Man will damit die Herrschaft des Imperialismus über dieses strategisch wichtige Gebiet Afrikas aufrechterhalten.

Kein Wunder, daß das Volk Namibias die Manöver der imperialistischen Kräfte zur Aufrechterhaltung der faktischen Kontrolle Vorsters über dieses Land zurückweist.

In einer seiner kürzlichen Reden betonte SWAPO-Präsident Sam Nujoma: „Die SWAPO fordert kategorisch den Abzug der Besatzungstruppen und die sofortige Freilassung aller namibischen politischen Häftlinge. Nur wenn diese Bedingungen strikt eingehalten werden, können in Namibia wirklich freie, gerechte Wahlen unter Teilnahme der kampfgestählten Avantgarde des namibischen Volkes, der SWAPO, abgehalten werden.“

Die Art, wie die Länder Afrikas und die nationalen Befreiungsorganisationen auf die Manöver der imperialistischen Mächte reagieren, die mit Hilfe einer Scheinregelung die rassistische Herrschaft im Süden Afrikas aufrechtzuerhalten suchen, zeugt davon, daß die Urheber dieser Pläne kaum hoffen können, sie auszuführen. Entscheidend für das Geschick dieses Gebiets bleibt letztlich der Kampf der von allen Fortschrittskräften unterstützten patriotischen Kräfte gegen die rassistischen Diktaturen.

NZ STREIFLICHTER

dere Diktaturen des Kontinents. Auf der Tagung in Grenada gelang es Washington nicht, die Kritik an den USA zum Schweigen zu bringen. So verurteilte der mexikanische Vertreter die US-Handelspolitik.

■ GROSSBRITANNIEN

Bereits im Winter hatte Premierminister James Callaghan im Parlament prophezeit, der Arbeitslosenstand werde einstweilen hoch bleiben, und einen spürbaren Abbau der Erwerbslosigkeit könne er nicht versprechen. Jetzt hat sich diese pessimistische Prognose bewahrheitet. Nach offiziellen Angaben hat die Arbeitslosenzahl den höchsten Stand in der Nachkriegszeit erreicht: 1 450 000 oder 6,2% der arbeitsfähigen Bevölkerung. Besonders groß ist die Arbeitslosigkeit in Nordirland, in Schottland und Wales sowie bei Jugendlichen afrikanischer und asiatischer Abstammung. „Rekordzahlen“ und „Schockierende Ergebnisse“ — diese Schlagzeilen fanden sich in der britischen Presse. Wie die International Herald Tribune [USA] schreibt, befürchtet London, daß die Arbeitslosenzahl bald 1,5 Millionen erreicht.

■ ARKTIS

Mitte Juni fand in Point Barrow [Alaska] eine internationale Eskimokonferenz statt. Eine Woche lang erörterten Delegierte der Eskimogruppen aus Alaska, Kanada, Grönland, Norwegen, Schweden und Finnland die Bodenrechte der Eskimos, die Erschließung der Naturressourcen in der Arktis, vor allem von Erdöl und Gas, die militärischen Aktivitäten und den Umweltschutz in der Arktis, ferner Bildung, Kultur und Fragen der Eskimosprache.

Die Konferenz nahm eine Reihe von Resolutionen an. Eine Resolution ruft die Regierungen der USA, Kanadas und Dänemarks, das Grönland verwaltet, auf, die Bestimmungen für die Erdölprospektierung und -förderung in den Polarregionen zu vereinheitlichen. Eine andere verlangt eine Entmilitarisierung der Arktis, d. h. eine Beseitigung der Militärstützpunkte, die Einstellung von Manövern und aller anderen militärischen Aktivitäten sowie ein Lagerungs-

GEFÄHRLICHER TREND

Gennadi PAWLOW

Menahem Begin, der Führer des rechtsextremistischen Likudblocks, der bei den Parlamentswahlen vom Mai als Sieger hervorgegangen ist, hat am 20. Juni die neue Israelische Regierung gebildet. Ihr gehören neun Vertreter des Likudblocks, drei von der Nationalreligiösen Partei (NRP) und ein Unabhängiger an.

Der Likud hatte 45 von insgesamt 120 Sitzen und die NRP 12 Sitze erhalten. Somit ist die von Begin gebildete Regierung ein Minderheitskabinett, obgleich auch 5 Abgeord-

nete der ultrareligiösen Parteien für diese Regierung stimmten.

Das Fiasko der Versuche Begins, ein Kabinett zu bilden, das sich auf eine breitere parlamentarische Basis stützt, ist recht bezeichnend. Das politische Credo des Likud ist seit langem gut bekannt: Selbst nach israelischen Maßstäben stehen Begin und seine Gesinnungsgenossen am äußersten rechten Flügel des politischen Lebens und repräsentieren die reaktionärsten und extremistischsten Kräfte, die für eine offene Annexion der arabischen Nachbarstaaten eintreten. Expan-

sionsbestrebungen sind in der israelischen Politik nichts Neues. Es sei nur daran erinnert, daß in der 29jährigen Regierungsperiode der Arbeiterpartei, die bei den letzten Wahlen eine Niederlage erlitt, Israel Gebiete okkupierte, die fünfmal so groß sind wie das durch die Resolution der UNO-Vollversammlung vom 29. November 1947 festgelegte Territorium. Erst vor kurzem sprach der jetzige Führer der Arbeiterpartei, Shimon Peres, erneut davon, daß man sich weigere, zu den Grenzen vor dem 6-Tage-Krieg von 1967 zurückzukehren.

Doch der Machtantritt des Likud und seiner Verbündeten hat in Israel selbst jene aufgestört, die nie als „Tauben“ rangierten. Und das ist kein Wunder. Allein ein Blick in das Likud-Programm genügt, um sich davon zu überzeugen, daß dieser Block noch weiter gehende Annexionsziele verfolgt als seine Vorgänger. Die Verfasser des Likud-Programms, die die schönen Worte beiseite lassen, mit denen Tel Aviv bemüht war, seine Politik der „Erschließung“ der arabischen Gebiete zu tarnen, sprechen sich offen für eine Annexion des Westjordanlandes aus. Bezeichnenderweise war einer der ersten Schritte des neuen Ministerpräsidenten nach den Wahlen der Besuch der dort von religiösen Fanatikern gegründeten Siedlung Kadum, wo er offiziell erklärte, Westjordanland sei israelisches Gebiet, das dem jüdischen Volk zu Recht gehöre.

Ein so offener Extremismus fand eine breite negative Resonanz innerhalb wie außerhalb Israels. Sie machte Begin gemäßigte politische Gruppen abspenstig, die für die kürzlich entstandene Demokratische Wandlungsbewegung eintreten. Diese Bewegung errang 15 Mandate und schloß anfangs eine Teilnahme an der Regierungskoalition nicht aus.

Letztlich vermochte es der Likud nicht, über den Rahmen einer engen Koalition hinauszugehen, die sich ausschließlich auf die rechtsradikalen religiösen Parteien im Knesset stützt. Der Schluß, den viele politische Beobachter nach den Wahlen zogen, begann sich voll zu rechtfertigen: Die wachsende Zahl der Stimmen, die für diesen Block abgegeben wurden, bedeutete keineswegs, wie das seine siegestrunkenen Führer darstellen wollten, daß die Mehrheit der Bevölkerung die extremistischen Ziele des Likud billigte, sondern war nur sozusagen ein Mißtrauensvotum der Wähler gegen

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER DER IM MAI GEBILDETEN KOALITIONSREGIERUNG FINNLANDS IST



**Paavo
Matti
Väyrynen**

Geboren am 2. September 1946 in der Dorfgemeinde Kemi als Sohn eines Bauern. Absolvierte 1970 die Juristische Fakultät der Universität Helsinki. Als Teilnehmer der Studentenbewegung 1969 Generalsekretär des Bun-

des der Lernenden, der der Zentrumsparlei angeschlossen ist.

1970—1971 war Väyrynen politischer Sekretär des Ministerpräsidenten Karjalainen. Seit 1970 ist er im Parlament von der Zentrumsparlei, war u. a. Mitglied der Parlamentskommission für das Auswärtige, ferner Mitglied der finnischen Delegation im Nordischen Rat. Seit 1972 ist er Vorstandsmitglied und Vizevorsitzender der Zentrumsparlei.

1975 gehörte Väyrynen dem Kabinett als Unterrichtsminister und 1976 als Arbeitsminister an.

In der am 15. Mai 1977 gebildeten neuen Koalitionsregierung des Sozialdemokraten Sorsa ist Väyrynen Außenminister und zugleich für Außenhandelsfragen zuständig.

Väyrynen ist Präsidialmitglied des Weltfriedensrates. In Finnland gilt er als konsequenter Anhänger des heutigen außenpolitischen Paasikivi-Kekkonen-Kurses und tritt für die weitere Entwicklung der guten Nachbarschaft mit der UdSSR ein.

In diesem Mai war Väyrynen in der Sowjetunion während des Besuchs Präsident Kekkonens.



Unser Bild: Israelische Soldaten vor einem Wahllokal bei den letzten Knesset-Wahlen

Foto UPI—TASS

die Regierung der sogenannten Arbeiterkoalition.

Ihre Herrschaft hatte vier Kriege bedeutet, die tiefreichende sozialökonomische und moralische Krise der israelischen Gesellschaft, den sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung, die Militarisierung und die Verstärkung des Wetrüstens, die endlose Verschleppung der Nahostregelung und die beispiellose Isolierung Tel Avivs. Die Likud-Führung vermochte es nur, die Unzufriedenheit der Bevölkerung und ihr Streben nach Veränderungen für sich auszunutzen.

Im Kabinett Begin erhielten die Likud-Vertreter u. a. das Verteidigungs-, das Finanz-, das Handels-, das Industrie- und Touristikressort sowie das Landwirtschaftsministerium — insgesamt neun Regierungsämter. Die Nationalreligiösen richteten sich in den Ministerien für Inneres und Polizei, für die Angelegenheiten der Religion, für Bildung und Kultur ein. Drei Ministersitze wurden freigehalten, falls sich die Demokratische Wandlungsbewegung der Koalition anschließt.

Vor dem Hintergrund der meisten neuen Kabinettsmitglieder, die außerhalb Israels relativ unbekannt sind, hat Moshe Dayan die besondere Aufmerksamkeit gefunden. Er verließ die Arbeiterpartei und schloß sich der Regierung als „Unabhängiger“ im Amt des Außenministers an. Dayan war nach dem Oktoberkrieg von 1973 wegen seiner Tätigkeit als Verteidigungsminister stark kritisiert worden und mußte zurücktreten. Jetzt macht die Likud-Führung kein Geheimnis daraus, wodurch sich diese Ernennung erklärt: Er ist das einzige Mitglied der neuen Regierung, das in Wa-

shington gut bekannt ist und über gute Kontakte zu den Amerikanern verfügt. Mit seiner Hilfe hofft Begin, sich den Weg zum Weißen Haus zu bahnen, das beginnt, sich gewisse Sorgen um seine Nahostpolitik zu machen, da offene Extremisten in Israel an die Macht gekommen sind.

Wie in einer kürzlichen Erklärung der Führung der KP Israels unterstrichen wurde, wird sich die Likud-Regierung ebenso wie frühere Kabinette nur dank der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung Washingtons an der Macht halten können. Die KP warnt vor einer Zunahme der Rechtsgefahr im Lande. Eine Likudregierung, hieß es in einer nach den Wahlen angenommenen Resolution des ZK der KP Israels, bedeutet das Risiko eines neuen Krieges und einer Verringerung der Friedensmöglichkeiten, eine solche Regierung bedroht die demokratischen Freiheiten im Lande und führt zu einer verstärkten Unterdrückung der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Die KP Israels rief zum Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte des Landes auf, um eine nicht wieder zu korrigierende Wende der israelischen Politik zum Extremismus zu verhindern.

Derartige Befürchtungen werden von immer breiteren Schichten der Werktätigen geteilt, wovon die Wahlergebnisse zur Führung des größten Gewerkschaftsverbandes, der Histadrut, zeugen: Der Likud errang nur etwas über ein Viertel aller Stimmen.

NZ STREIFLICHTER

verbot für militärische Abfälle. Gegen diese Resolution stimmten die US-Delegierten Eben Hopson und Willie Hensley, da sie im Widerspruch zur amerikanischen Politik stehe. Die Konferenz beschloß, eine Satzung für eine internationale Eskimo-Organisation auszuarbeiten.

LIBANON

In der letzten Juniwoche nahm die Spannung in Südlibanon erneut zu. Es kommt zu Schießereien in Ortschaften südlich des Litani, wo die panarabischen Friedensstreitkräfte nicht stationiert sind. Israel macht sich die Verschärfung der Lage zunutze und ist bemüht, eine Normalisierung in Libanon zu verhindern. Die israelische Artillerie beschießt systematisch libanesischen Dörfer. Dadurch unterstützt Tel Aviv Kräfte, die gegen den Normalisierungsprozeß und das Kairoer Abkommen von 1969 auftreten, in dem die Bedingungen für den Aufenthalt der Palästinenser in Libanon festgelegt sind. Die syrische Zeitung Al-Thawrah schrieb: „Die Verschlechterung der militärischen und politischen Lage in Südlibanon liegt im Interesse des Imperialismus und Zionismus und soll die Friedensbemühungen in diesem Land vereiteln.“

Die PLO steht in Konsultationen mit dem libanesischen Präsidenten Elias Sarkis und Vertretern der politischen Kräfte des Landes, um eine Normalisierung zu erreichen.

IAEA

Der Verwaltungsrat der Internationalen Atombehörde (IAEA), die 110 UNO-Mitgliedsländer vereint, hat die Republik Südafrika ausgeschlossen. Das geschah auf Betreiben der afrikanischen Länder, die erklärten, sie wollten nicht in der IAEA-Führung von einem Rassistensstaat repräsentiert werden. Von den 34 Verwaltungsratsmitgliedern werden 22 von der IAEA-Generalkonferenz gewählt und 12 vom Rat ernannt. Jetzt nimmt Ägypten den Platz der RSA ein. So gehören dem Verwaltungsrat 1977/78 Ägypten, Australien, Brasilien, die BRD, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Japan, Kanada, die UdSSR und die USA an.

„Ich weiß: Er wird durchgehalten“

Im November 1975 verhafteten Geheimagenten des Diktators Stroessner Miguel Angel Soler, den Sekretär des ZK der KP Paraguays. Am Kampf für die Freilassung der politischen Häftlinge in Paraguay beteiligt sich tatkräftig Frau Mercedes Fernández de Soler, seine Gattin und Mitstreiterin. Unser Korrespondent W. Tschirkow hat sie interviewt.

Unter welchen Umständen wurde Ihr Mann festgenommen? Was wissen Sie von ihm?

Als die Diktatur 1975 neue Repressalien gegen die Kommunistische Partei und die anderen demokratischen Organisationen losließ, wurde auch mein Mann, Dr. Miguel Angel Soler, festgenommen, u. zw. von Agenten der Geheimpolizei in einer konspirativen Wohnung.

Von Augenzeugen wissen wir, daß sie ihn ins „Untersuchungsdepartement“ abführten. Später kamen Schreckensnachrichten von Folterungen, es hieß sogar, sie hätten ihn umgebracht. Es gibt aber Zeugen dafür, daß er lebt. Ich glaube das, und ich weiß: Er wird durchgehalten, trotz schlimmster Foltern. Im Juli 1976 wurde er gesehen — er war schwerkrank, so schwer, daß er nicht einmal sprechen konnte.

Man teilte mir mit, er sei in der Kaserne des Sonderbataillons von Stroessners Leibwache.

Waren Sie, als er verhaftet wurde, in Paraguay?

Nein, ich war mit unseren drei Kindern als Emigrantin in Argentinien. Manchmal kam er uns dort heimlich besuchen.

Wie wurde Ihr Mann Kommunist?

Er stammt aus einer begüterten Familie. Sein Großvater war Minister, sein Vater Botschafter und später ebenfalls Minister.

Miguel war das Geschick unseres Landes nie gleichgültig. Schon in seiner Jugend beteiligte er sich am Kampf gegen die Reaktion. In den 40er Jahren, an der Universität leitete er die Zentrale der Jusstudenten.

In jungen Jahren war Miguel Mitglied einer Partei sozialdemokratischer Prägung. Vom Sozialreformismus enttäuscht, vertiefte er sich immer öfter in die Werke von Marx und Lenin, und 1955 trat er der Kommunistischen Partei bei.

Zum ersten Mal wurde er 1957 festgenommen und gefoltert. Vorher arbeitete er eine Zeitlang mit Antonio Maidana zusammen, der bald



darauf auch festgenommen wurde. Damals steckten sie Miguel in ein KZ. Er brach aus und legte zu Fuß 350 km durch das Gran Chaco zurück. Das ist eine Wüste mit stachligem Gestrüpp und ohne Wasser. Zusammen mit fünf anderen erreichte er die argentinische Grenze.

Seine Schwester, die bekannte paraguayische Dichterin Carmen Soler, hat die Organisation der Amerikanischen Staaten aufgefordert, von der Regierung Paraguays zu verlangen, daß sie der Weltöffentlichkeit und den Angehörigen mitteilt, wo sich Miguel Angel Soler und die anderen Häftlinge befinden und wie ihr Gesundheitszustand ist. Was ist dabei herausgekommen?

Die Organisation hat ihr versprochen, sich mit der Sache zu beschäftigen. Wir haben uns auch an den Interamerikanischen Ausschuß für Menschenrechte gewandt, bisher

aber nichts erreicht. Bei der OAS behaupten sie, wenn eine Regierung Anfragen wegen eines Häftlings nicht beantwortet, dann stehe er unter gesetzmäßiger Anklage und es liege kein Grund vor, sich für ihn zu verwenden. In Asunción, unserer Hauptstadt, können sie aber noch soviel lavieren, die Wahrheit kommt doch an den Tag. Schon verlangen die Weltöffentlichkeit und verschiedene Regierungen zu wissen, was aus Miguel Angel Soler und den anderen politischen Häftlingen in Paraguay geworden ist.

Etwa gleichzeitig mit dem Genossen Soler verschwand auch Derlis Villagra, ein Führer des Kommunistischen Jugendverbands von Paraguay. Was weiß man von ihm?

Leider ist uns weder über seinen Verbleib noch über seinen Gesundheitszustand etwas bekannt. Wir glauben, er sitzt ebenso wie Miguel in irgendeinem Militärgefängnis. Gerüchte gehen um, er sei gefoltert und sogar erschlagen worden. Möglicherweise hat Stroessner mit den beiden das gleiche vor, was er mit den tapferen Kommunistenführern Antonio Maidana, Julio Rojas und Alfredo Alcorta gemacht hat. Zwanzig Jahre waren sie eingesperrt und mußten haarsträubende Schikanen über sich ergehen lassen. Sie wurden auf freien Fuß gesetzt, aber nicht wirklich frei, sondern faktisch unter Hausarrest gehalten, ständig bespitzelt und bedroht. Schließlich mußten sie in der Botschaft Perus Zuflucht suchen.

Warum hat der Diktator sie freigelassen?

Erstens unter dem Druck des Volks von Paraguay und der Weltöffentlichkeit, und zweitens, weil er seinem Regime vor der Wahlfarce einen respektableren Anstrich geben wollte, bei der sich Stroessner die Präsidentschaft faktisch auf Lebzeiten gesichert hat.

Die USA haben Paraguay die militärische Hilfe etwas gekürzt, weil — wie sie sagen — in diesem Land die Menschenrechte verletzt wer-

den. Wieweit ist dem Argument Washingtons zu glauben?

Das ist pure Spiegelfechterei. Die USA leisten diese Hilfe weiter. Sonst könnte sich das verrufene Regime nicht halten. Das rassistische Stroessner-Regime bekommt weiter wirtschaftliche Hilfe und Kredite. Der Diktator kann Waffen, soviel er nur will, für seinen Unterdrückungsapparat für die Dollars kaufen, die er von den vom US-Kapital kontrollierten Banken bekommt.

Wie beurteilen Sie die heutige Lage in Paraguay?

Durch Verschulden der Diktatur macht es eine tiefe politische und wirtschaftliche Krise durch. Die meisten sind gegen das Regime. Die Mehrheit im Parlament sichert sich Stroessner durch Terror und Schiebern.

Das ablehnende Verhalten weiter Bevölkerungskreise, vieler Parteien und der Kirche zur Regierung bringt diese in eine heikle Lage. Der Erzbischof von Asunción, Nelson Rolón, z. B. ist Mitglied des Staatsrates, bleibt seinen Tagungen aber seit Jahren fern.

Im Lande dehnt sich die Bewegung für demokratische Freiheiten, für die politischen Häftlinge immer mehr aus. Die Diktatur beantwortet diese Aktionen der Fortschrittskräfte mit noch schärferen Repressalien. Ich wiederhole: Die Regierung Stroessner hält sich nur dank der Hilfe der USA, im Lande selbst aber wird ihre soziale Basis immer enger.

Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU wurde Paraguay unter den Ländern genannt, die Kerker sind, und Miguel Angel Soler unter den Häftlingen der Reaktion.

Wir Kommunisten Paraguays sind der KPdSU und dem ganzen Sowjetvolk von Herzen dankbar für ihre Solidarität und dafür, daß sie uns in unserem Kampf für Freiheit und Demokratie unterstützen. Mit Begeisterung erfuhren wir vor anderthalb Jahren von der vom XXV. Parteitag angenommenen Erklärung „Freiheit für die Häftlinge des Imperialismus und der Reaktion!“, in der uns so teure Namen verzeichnet sind. Mit ihrer Treue zum proletarischen Internationalismus ist die Partei Lenins allen Kämpfern für die Ideale des Marxismus-Leninismus ein Vorbild.

BRD

Keine Ferien am Rhein

In Bonn nahm der neue NZ-Eigenberichterstatter Karen Karagesian seine Arbeit auf. Hier sein erster Beitrag.

Wie immer, wenn man wieder in eine Stadt kommt, findet man Neues. Bonn hatte vor 15 Jahren einen eher provinziellen Eindruck hinterlassen und schien sich in seine Rolle als Bundeshauptstadt noch nicht hineingefunden zu haben. Es hieß ja auch allgemein das Bundesdorf. Anfang der 70er dagegen war die Stadt ein einziger Bauplatz. Auf den Straßen sah man am häufigsten das Schild „Umleitung“. Auch jetzt wird gebuddelt, und zwar am Bahnhofsplatz, aber immerhin sieht es so aus, als habe sich Bonn nun mit der Bonnenrolle abgefunden.

Obwohl Fahrräder wieder en vogue sind und in der Umleitungsära hier eine U-Bahnähnliche Tramstrecke angelegt wurde, bleibt das Auto Verkehrsmittel Nummer 1. Die Stadtväter haben das berücksichtigt. Bonn hält sozusagen den Pro-Kopf-Landesrekord an Verkehrsampeln.

Wie in vielen bundesdeutschen Städten gibt es auch in Bonn Fußgängerzonen. Sie sind die Welt der Läden, der Kaffeehäuser und abends der Straßenmusikanten mit Gitarre oder Geige, einer sogar mit einer singenden Säge. Sie alle sind auf die Pfennige der anderen aus.

Die Bonner seien fleißiger und zuverlässiger als der Durchschnittsbürger der Bundesrepublik, versichert der Bundesverband deutscher Marktforscher anhand einer Meinungsumfrage. Außerdem, so sagt man, seien es ausgemacht reizende Leute. Wie das mit dem Reiz ist, kann ich schwer sagen, aber die Freundlichkeit der Bonner und ihre Hilfsbereitschaft den Fremden gegenüber kann ich nur bestätigen.

In einer mir unbekannten Gegend fragte ich eine ältere Dame nach dem Weg zum Bundestag. Nachdem sie mir alles ausführlich beschrieben hatte, fügte sie hinzu: „Wenn

Sie den Panzer sehen, dann sind Sie richtig.“ Ich bekam das zwar nicht ganz mit, aber wirklich erblickte ich kurz vor dem Bundestag einen Panzerwagen mit geöffneter Luke, aus der ein MPI-behängter Mann hervorlugte. Das Fahrzeug trug die Aufschrift: „Polizei“.

Solche Panzerwagen kreisen ständig um den Bundestag. Es ist eine Vorsichtsmaßnahme gegen eventuelle Terroranschläge. Vor einigen Jahren noch hatte daran kein Mensch gedacht. Heute aber ist der Terrorismus in der Bundesrepublik ernst zu nehmen. Der Anblick der im Bundestagsviertel streifenden Maschinen, deren Besatzung jeden Passanten mißtrauisch beäugelt, vermittelt eine gespannte Atmosphäre.

Eine Spannung anderer Art herrschte in den letzten Tagen im Bundestag, bevor die Abgeordneten ihre Koffer packten. Die Männer der Regierungskoalition sahen nicht weniger besorgt und erregt drein als die beiden Oppositionsvorsitzenden Kohl und Strauß.

Das Gerangel war dermaßen ausgeartet, daß manche Christdemokraten mit Hoffnung, manche Sozialdemokraten dagegen mit Furcht von einem möglichen Zerfall der Regierungskoalition und von einem Rücktritt der Regierung unkten. Hauptursache für die Spannungen waren nicht einmal Angriffe des politischen Gegners, sondern die bis aufs äußerste gespannten Beziehungen innerhalb der SPD. Es ging um das Steuerpaket, anders gesagt, um das Vorhaben der Regierung, die einen Steuern heraufzusetzen und die anderen zu senken. Herausgesetzt werden sollte die Mehrwertsteuer, was für die meisten Bundesbürger zusätzliche Belastungen bedeuten würde. Gesenkt werden die Vermögenssteuer, die das Großkapi-

tal betrifft. Die Entscheidung war im Einverständnis mit dem Koalitionspartner FDP vorbereitet worden. Sie galt als ein Entgegenkommen für die Unternehmer.

Hier aber mußte eine Gruppe von SPD-Abgeordneten auf. Sie verurteilten den Entwurf schärfstens und deuteten an, sie könnten dagegen stimmen. *Der Spiegel* schrieb, die Sozialdemokraten „wollen nicht hinnehmen, daß die Masse der Arbeitnehmer über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Senkung der Vermögensteuer finanziert — von der vor allem Reiche und Großunternehmen profitieren.“

Der FDP-Wirtschaftssprecher Graf Lambsdorff reagierte unverzüglich mit der Erklärung, der Streit um die Steuersache bringe die Koalition „in höchste Gefahr.“

Danach begann die Führung der SPD-Fraktion einen intensiven Druck auf ihre Mitglieder auszuüben. Dadurch ging die Zahl der aufmüpfigen Abgeordneten von 44 auf 5 zurück. Nach einer Sondersitzung der Fraktion wurde deutlich, daß dem Sozialpaket bei der Schlußabstimmung eine Mehrheit gesichert sein wird. Dies gelang nur unter Einsatz eines so stark wirkenden Mittels wie der Drohung mit dem Zerfall der Koalition. „Kann man als Fraktion der SPD um den Preis der Vermögensteuer einen Koalitionswechsel heraufbeschwören und F.J.S. und Kohl an die Regierungsmacht lassen?“ fragte Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner. (Das Reale einer solchen Gefahr wird allerdings von verschiedenen Zeitungen bezweifelt, die versichern, die FDP-Führung habe Bundeskanzler Schmidt vorher Koalitionstreue selbst für den Fall geschworen, wenn das „Sozialpaket“ bei der Abstimmung durchfallen sollte. Dieser Ausgang jedoch änderte nichts am Wesen der Dinge, an der negativen Einstellung zu dem Entwurf, der, wie der Abgeordnete Schöffberger in einem TV-Interview sagte, mit den Prinzipien der Sozialdemokraten unvereinbar sei.

Ein anderer SPD-Abgeordneter, Peter Conradi, äußerte, daß im Winter eine Rekordzahl an Arbeitslosen zu erwarten sei, und daß ihn die Regierung, wenn sie unter diesen Umständen den Großunternehmern einen Dienst erweise, an einen Bauern erinnere, der nach der Ernte und kurz vor einem harten Winter mit dem bißchen Heu seine Rinder füttert, obwohl er weiß, daß die Milchkühe eingehen müßten.

Obwohl eine Meuterei also abgewendet wurde, sind die Ursachen für den Zwist nicht beseitigt. Selbst Schmidt und Wehner mußten zugeben, daß der Steuerkompromiß den Sozialdemokraten keine Freude machen könne. Sie erklärten aber, die Koalitionsinteressen seien über rein sozialdemokratische Überlegungen zu stellen.

Viele Leute in der Bundesrepublik (darunter in der SPD selbst) meinen jedoch, daß der Bundeskanzler mit solchen Argumenten zu weit gehe.

In den nur 6 Monaten ihrer Regierung hat die sozialdemokratische Führung mehrfach Anlaß zu Unmutsäußerungen der Arbeiter gegeben. Man braucht nur an den Versuch der SPD zu denken, gleich nach Amtsantritt von ihrem Wahlversprechen abzurücken, die Rentenversorgung zu verbessern.

Bald darauf wurde der Vorsitzende der Jungsozialisten abgesetzt und danach in einem Schnellverfahren aus der Partei ausgeschlossen, und zwar, weil er gewagt hatte, die CDU/CSU als „Klassenfeind“ zu bezeichnen, die Kommunisten aber nur als „politischen Gegner“. Im Gefolge wurden alle Sozialdemokraten, die sich an Demonstrationen für Abrüstung und Frieden beteiligt hatten, Repressalien ausgesetzt. Der Vorwand: Das Organisationskomitee dieser Bewegung stehe unter kommunistischem Einfluß.

Die SPD-Führer sprechen so gerne vom Pluralismus, von der Toleranz gegenüber Andersdenkenden, von Demokratie in den eigenen Reihen und von Totalitarismus bei anderen Parteien. Die Abrechnung mit

unliebsamen SPD-Mitgliedern, die prompte Unterdrückung der im Entstehen begriffenen Solidarität mit ihnen erinnerten an eine parteiinterne Polizeiaktion.

Alle diese Vorgänge führten zu zunehmender Verärgerung über die Politik der SPD-Spitzen sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei.

Die Opposition hielt die Zeit für günstig und zog in den Kampf, mit dem Maximalprogramm, die Regierung zu stürzen und wenn das nicht gelinge, dann zum Minimum sie weiter nach rechts abzurängen. So weit wie möglich, solange sie noch nicht



Aus „Frankfurter Rundschau“

selbst, von innerparteilichen Gegensätzen zerrissen, auseinanderbricht. Eingesetzt wurden dabei alle verfügbaren Mittel: von neuen verzweifelten Versuchen, die FDP an sich zu locken, bis zur Diskreditierung des Bundeskanzlers. Es war 1973, als der damalige Finanzminister Helmut Schmidt, ohne sich mit dem Bundestag abzusprechen, zusätzliche Regierungsausgaben beschloß. Das Bundesverfassungsgericht, das sich auf Antrag der CDU mit der Sache befaßte, kam dieser Tage zu dem Schluß, die Entscheidung sei unrechtmäßig getroffen worden. Und obwohl die CDU/CSU-Regierung, wie die Zeitungen schreiben, auch nicht gerade ein Unschuldengel war, benutzte die CDU jetzt das Urteil von Karlsruhe, um Schmidt als Verfassungsverletzer hinzustellen und im Bundestag einen Tadelсан-

trag gegen den Kanzler einzubringen.

Kohl und Strauß glaubten, angesichts der Differenzen innerhalb der Koalition wie der Parteien könne sich jemand aus der Regierungsmehrheit verleiten lassen, „aus edlen Erwägungen“ Schmidt eins auszuweichen und damit dessen Autorität anzukratzen. (Ein Tadel zieht keinerlei organisatorische Folgen nach sich.) Aber dieser Plan gelang nicht. Alle 253 Mitglieder des Regierungslagers stimmten für den Kanzler und weisen damit den CDU-Antrag zurück. Um so aktiver wurden die Redner von CDU und CSU während der Debatten gegen die Regierungspolitik. Von der Innen- gingen sie zur Außenpolitik über und verlangten eine Verhärtung des Kurses gegenüber den sozialistischen Ländern. In ihrer Polemik kritisierten sie den Verteidigungshaushalt und stimmten danach zum ersten Mal in der Geschichte der BRD dagegen, obwohl sie bisher wie die Generalität der Bundeswehr den sozialdemokratischen Minister Leber nur mit Komplimenten überschüttet hatten, für den, ihrer Ansicht nach, die NATO-Interessen über alles gingen.

Diese nach den Vorjahrsahlen heftigste Demarche hatte noch andere Gründe. Denn auch bei der Opposition herrscht nicht eitel Harmonie. Die ständigen Drohungen des starken Mannes der CSU Strauß, den Geltungsbereich seiner Partei über die bayerischen Grenzen auszudehnen, seine etwas bemäntelten, deshalb aber nicht weniger deutlichen Angriffe auf den CDU-Vorsitzenden Kohl, den er — Gerüchten zufolge — durch den noch weiter rechtsstehenden Dregger ersetzt wissen will, und die andererseits im eigenen Lager laut werdende Kritik an der bisherigen Außenpolitik der CDU/CSU — das alles löste und löst ein permanentes Erdbeben im Block der bürgerlichen Parteien aus.

Zur Abrundung des Bildes sei gesagt, daß auch in der dritten Bundestagspartei, der FDP, nicht alles zum Besten steht. Prestigeeinbußen

brachten ihr z. B. die Abhöraffaires, die auf Anweisung von FDP-Innenminister Maihofer angekurbelt worden waren.

So sah sich die Bundesrepublik zu Beginn dieses Sommers einem Etwas ausgesetzt, das von der Presse als Parteienkrise bezeichnet wurde. Und wirklich steckten ja alle im Bundestag vertretenen Parteien in einer Krisensituation.

Der bürgerliche *General-Anzeiger* (Bonn) schrieb dazu am 22. Juni: „Inzwischen hat sich die Lage aber spürbar verschärft ..., da die Bürger sich in Scharen von den Parteien abzuwenden beginnen. Sie spüren deren Ohnmacht, Handlungsunfähigkeit und Ratlosigkeit. Sie können nicht mehr übersehen, daß das politische Szenarium mehr und mehr zur Spielwiese entartet ist, auf der Politiker aller Schattierungen ihre persönlichen Komplexe, Aggressionen oder Machtbedürfnisse abreagieren statt Antworten auf die drängenden Fragen der Bürger zu suchen. Es hat keinen Sinn, die Parteienkrise zu leugnen. Sie existiert, und sie geht alle an. Die Bürger, die Politiker und natürlich auch alle Parteien. Von den wahren Gründen zu sprechen, hat allerdings niemand die Courage.“

Diese Behauptung stimmt nicht. Ein paar Tage vor Erscheinen des Artikels tagte in Düsseldorf das Vorstandsplenum der Deutschen Kommunistischen Partei, auf dem unter anderem die wahren Gründe für die erwähnten Vorgänge genannt wurden. Das Plenum hob hervor, trotz der propagandistischen Verhüllung erkenne die arbeitende Bevölkerung immer klarer, daß die Wirtschaftskrise und der Zustand der sozialen Unsicherheit andauern. In der nächsten überblickbaren Zeit ist kein wesentliches Abflauen der Arbeitslosigkeit vorauszusehen — die Zahl hält sich noch immer an der Millionenengrenze —, besonders unter den Jugendlichen. Es entsteht das sogenannte Akademikerproletariat — womit die Universitätsabsolventen gemeint sind —, das keine Stellen

findet. Weiter gehen Bauern, Handwerker, Einzelhändler, aber auch kleine und mittlere Unternehmer pleite, während das Monopolkapital Superprofite einstreicht. Hochschul- und Berufsausbildung, Gesundheitsschutz, Sozialfürsorge, Umweltschutz, Etats der Städte und Gemeinden machen eine schlimme Krise durch, die noch immer schlimmer wird. Gleichzeitig, so betonte das Plenum, verstärkten sich parallel zum Abbau der sozialen und demokratischen Rechte die Hegemoniebestrebungen des bundesdeutschen Imperialismus. Die Entspannungspolitik wird durch die Aushöhlung der Verträge in Frage gestellt sowie durch Versuche, die Nachbarvölker im Osten zu erpressen und das Wettrennen zu forcieren.

In seinem Referat auf dem Plenum unterstrich der DKP-Vorsitzende Herbert Mies: „Wir spüren alle in dieser Situation, wie labil die politische Situation in der Bundesrepublik ist. Je komplizierter und weniger voraussehbar die ökonomische und politische Entwicklung sich darstellt, desto unsicherer wird auch die herrschende Klasse, welche Politik und Taktik ihre Interessen am besten garantieren. Desto unsicherer wird man in den Zentralen der Bonner Parteien, mit welchen taktischen Manövern und mit welchen Verbündeten man am ehesten parlamentarische Mehrheit und Regierungsposten sichert.“

Als echte nationale Alternative bietet die DKP den gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte gegen das Großkapital.

Trotz der starken antikommunistischen Kampagne — erinnern wir nur an das „Berufsverbot“ — finden die Vorschläge der Kommunisten bei den Bundesbürgern Gehör. Im Unterschied zu den Bundestagsparteien kann die DKP niemand bezichtigen, ihr Kurs entspräche nicht den Interessen des einfachen Bürgers.

Die Abgeordneten sind nun in den Ferien. Aber nach wie vor kreisen die Polizeipanzerfahrzeuge um das leere Bundestagsgebäude am Rhein.
Bonn, am 24. Juni

VOR PARLAMENTSWAHLEN

Leonid WASSILJEW

Dieses Jahr finden in einem Land Südasiens nach dem anderen Parlamentswahlen statt. Jetzt ist die Inselrepublik Sri Lanka an der Reihe. Dort sind die Wahlen zur Nationalen Staatsversammlung für den 21. Juli angesetzt.

In öffentlichen und politischen Kreisen des Landes meint man, daß das Wahlergebnis weitgehend von der „unruhigen Jugend“ abhängen wird. Von den 6,7 Millionen eingetragenen Wahlberechtigten sind 24% im Alter zwischen 18 und 25 und weitere 18% zwischen 25 und 30 Jahren. Außerordentlich viele von diesem Kontingent, auch solche mit Ober- und Hochschulbildung, befinden sich auf Arbeitsuche, weshalb sie natürlich unzufrieden sind. Schon seit einigen Jahren ist die Arbeitslosigkeit in der Republik eins der akutesten Probleme. Es gibt mindestens 1 Million Arbeitslose (das sind etwa 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung). Zu den sonstigen Schwierigkeiten des Landes kommt das unablässige Steigen der Lebenshaltungskosten und ein Mangel an unentbehrlichsten Waren, in erster Linie an Lebensmitteln. Außerdem werden sich auf das Wahlergebnis offenbar auch die ernststen Wandlungen auswirken, die auf dem politischen Schauplatz des Landes letztlich eingetreten sind.

Anfang 1977 kam es zum endgültigen Zerfall der Einheitsfront-Koalition (UF), die 1968 entstand und sieben Jahre an der Macht war. Im Februar trat aus der Regierung Sirimavo Bandaranaike die KP aus, die letzte Partnerin der Freiheitspartei (FP) in der UF. Noch früher — 1975 — verließ der dritte Partner das Koalitionskabinett: die SP, die in Linkskreisen recht einflußreich ist.

Nach dem Zerfall der UF-Regierung fragen sich viele politische Beobachter in Colombo, ob es lohnte, zusammen anzufangen, um getrennt zu enden. Diejenigen, denen

der soziale und wirtschaftliche Fortschritt des Landes am Herzen liegt, antworten darauf klipp und klar mit einem Ja.

Mit vereinten Kräften

Es sei daran erinnert, daß sich die wichtigsten linken und demokratischen Kräfte des Landes, repräsentiert durch die FP, die SP und die KP, andeutungsweise schon gegen Ende der 60er Jahre näherten. Im Februar 1968 stellte die Einheitsfront der drei Parteien ein Gemeinschaftsprogramm für eine große Anzahl sozialer und wirtschaftlicher Umgestaltungen auf und gab als ihr Ziel bekannt, „in Sri Lanka eine sozialistisch-demokratische Gesellschaft zu schaffen“, die der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit sowie der Ausbeutung ein Ende bereiten, allen Bürgern gleiche Möglichkeiten bieten und das materielle und kulturelle Niveau des Volkes heben solle.

Bei den Parlamentswahlen vom Mai 1970 bekamen die Parteien der UF auf gemeinsamen Listen eine überwiegende Mehrheit der Mandate (121 von 157). Danach wurde die Koalitionsregierung mit der Vorsitzenden der FP, Sirimavo Bandaranaike, an der Spitze gebildet. Wie es in einer kürzlichen Erklärung des ZK der KP (21. Februar 1977) hieß, betrachtete die KP „die Einheitsfront nicht als sozialistisches Bündnis, obwohl Linksparteien an ihr beteiligt sind. Sie sah in ihr ein breites Bündnis der patriotisch gesinnten Gesellschaftsklassen und Bevölkerungsschichten einschließlich der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der radikalen Intelligenz und eines Teils der nationalen Bourgeoisie.“

Von der vorherigen Regierung der bourgeoisen Vereinigten Nationalpartei (VNP) hatte das UF-Kabinett eine drückende wirtschaftliche Hin-

terlassenschaft angetreten. Die Staatsschulden waren enorm, bald sollten große Zahlungen auf frühere Auslandsanleihen und -kredite fällig werden, die auf der Insel herkömmliche Ausgabe einer bestimmten Reismenge, deren Kosten zum Teil die Regierung trägt, war materiell nicht gesichert, ebensowenig wie der gebührenfreie Unterricht und die kostenlose ärztliche Betreuung.

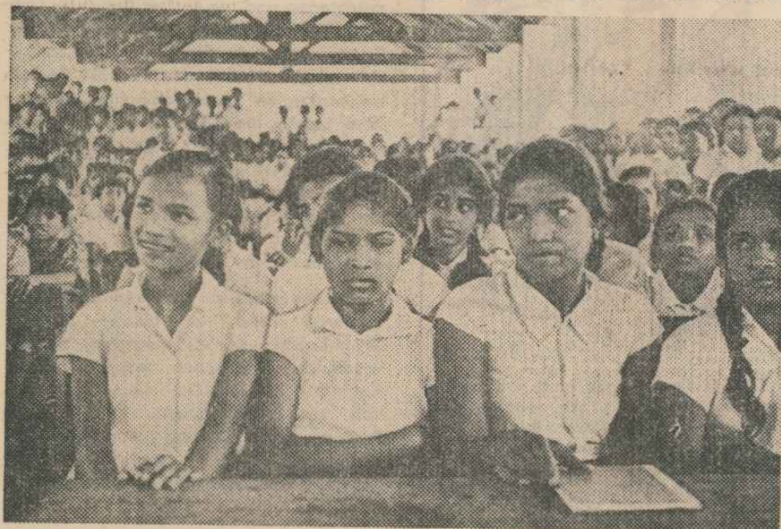
Dennoch nahm die UF-Regierung sofort energisch die Ausführung ihres Programms in Angriff. Außenpolitisch stellte sie in kurzer Zeit diplomatische Beziehungen zur DDR, DRV und KVDR (und das 1970) her, anerkannte die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietsnam und setzte die diplomatischen Kontakte zu Israel aus. Das amerikanische „Friedenskorps“ wurde des Landes verwiesen, und dem „Asienfonds“ der USA wurde die Betätigung auf der Insel verboten.

Im Mai 1972 nahm das Parlament eine neue Verfassung an, in der der Status Ceylons als britischen Dominions aufgehoben und die Republik Sri Lanka proklamiert wurde.

Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der unbeständigen Deviseneinkünfte für die herkömmlichen Exportgüter — Tee, Kautschuk und Produkte der Kokospalme — sowie des immer teurer werdenden Imports an Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern wurden im Lande im Interesse des Volkes einige wichtige soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen vorgenommen. Die UF-Regierung verdoppelte die allwöchentlich an die Bevölkerung mit Preisnachlaß abgegebene Reismenge (nunmehr 1,8 kg pro Person) und behielt auch die kostenlose Abgabe weiterer 900 g Reis an jeden Landesbewohner bei. Sie setzte bei den Unternehmern eine monatliche Mindestbesoldung der Arbeiter und Angestellten von 180 Rupien durch und erreichte feste Preise für zahlreiche Gebrauchsgüter. In den weiteren Jahren setzte die Koalitionsregierung für die wohlhabendsten Bevölkerungsschichten zusätzliche Einkommensteuern fest und limitierte den zulässigen privaten Hausbesitz in den Städten. Der Außen- und ein Teil des Engros-Binnenhandels sowie die Schifffahrt wurden unter staatliche Kontrolle gestellt. Der staatliche Wirtschaftssektor wuchs und erstarkte dadurch noch mehr, daß vor allem so gut wie sämtliche großen Plantagen mit insgesamt fast einer halben Million Acres (rund 200.000 ha) verstaatlicht wurden. Die

Plantagen, auf denen der berühmte Ceylon-Tee angebaut und erstklassiger Kautschuk gewonnen wird, sind ja der Schwerpunkt der Wirtschaft dieses Landes. Schließlich wurde 1975 im Rahmen einer Bodenreform der Grundbesitz für den Reisanbau auf 10 und für den Anbau anderer Pflanzen auf 20 ha höchstens festgesetzt. Der Staat löste die 240 000 ha Bodenüberschüsse ab und vergab einen großen Teil davon an die landlosen und die landarmen Bauern.

Alle diese sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen waren zweifellos fortschrittlich. An ihnen waren alle Partner der UF beteiligt.



Druck von rechts

Die Ausführung des UF-Programms wurde jedoch durch Geldmangel und durch die anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes stark aufgehalten. In den letzten Jahren hatte das Bruttosozialprodukt einen wesentlich geringeren Zuwachs, als eingeplant war. Ungünstige Witterungsverhältnisse führten z. B. dazu, daß die Wirtschaft 1976 nur einen 2prozentigen Zuwachs (bei einem 1,6prozentigen Bevölkerungszuwachs) hatte. Die Regierung mußte mehr Geld in Umlauf setzen, wodurch die Lebenshaltungskosten weiter stiegen.

Die Rechten versäumten es nicht, sich die schlechtere Wirtschaftslage von 1975 und 1976, die Unzufriedenheit wegen der Teuerung und die Unruhen unter der städtischen und ländlichen Jugend wegen der anwachsenden Arbeitslosigkeit zunutze zu machen. Sie verlangten, daß möglichst viel Auslandskapital ins Land

geholt, daß der staatliche Wirtschaftssektor eingeeignet und daß die Rechte der Werktätigen und der Gewerkschaften geschmälert werden. Wie es in einer Erklärung des ZK der KP vom Februar hieß, wandten sich gegen die radikalen Veränderungen, besonders gegen diejenigen, die dem Anwachsen des Privatkapitalismus Schranken ziehen oder das System der kapitalistischen Verhältnisse zumindest abschwächen sollten, auch die Rechten, die mit der regierenden FP liiert sind. „Diese Rechtskreise sahen die Teilnahme radikaler und linker Kräfte an der Regierung und an der UF als schweren Hemmschuh für sich und ihre Ziele an. Deshalb führten sie eine

Schulmädchen in Jafna (im Norden der Inselrepublik)

Foto J. Menkes

systematische Kampagne durch, um sich dieser Kräfte zu entledigen.“

Die UF wurde gespalten. Der Austritt der SP und dann auch der KP aus der Koalition führte zu Erschwerungen in der FP selbst. Im März trat Tikiri Banda Subasinghe, der Vizevorsitzende der Partei und Minister für Industrie und Wissenschaft, und mit ihm noch andere Politiker, darunter vier Abgeordnete des Parlaments, aus der FP und der Regierung aus. Sie gründeten eine neue Partei, die Demokratische Volkspartei (DVP).

Ende Mai bildeten die KP, die SP und die DVP eine neue, die Linke Einheitsfront mit gemeinsamem Wahlprogramm. In einer Erklärung,

die sie abgab, wird hervorgehoben, daß nur eine radikale Wendung zu einer sozialistisch orientierten Landespolitik hin geeignet sei, die dringenden Probleme des Landes zu lösen.

In ihrem Wahlprogramm macht es sich die Linke Einheitsfront zur Aufgabe, der Oberherrschaft des Auslandskapitals ein Ende zu bereiten, die wichtigsten privaten Industrie- und Handelsunternehmen zu verstaatlichen, den staatlichen Sektor auszubauen und zu stärken und auf dem flachen Lande radikale Veränderungen im Interesse der Bauernschaft herbeizuführen, namentlich durch einen Ausbau der Genossenschaftsbewegung und durch Vergünstigungen an die ärmsten Bauern. Vorgemerkt sind Maßnahmen zur Demokratisierung der Staatsführung, zur Einbeziehung der Massen in diese, zur Bekämpfung der Bürokratie und zur Herstellung von Gleichheit und Freundschaft unter den die Insel bevölkernden Nationalitäten, d. h. vor allem zwischen den Singhalesen und Tamilen.

Die Linke Einheitsfront schreibt in ihrem Wahlmanifest, daß sie eine Politik des Friedens und der positiven Blockfreiheit betreiben, den nationalen Freiheitskampf gegen Rassismus und Neokolonialismus unterstützen und enger mit den sozialistischen und den anderen antiimperialistisch orientierten Staaten zusammenarbeiten wird.

In ihren Wahlreden konstatiert Sirimavo Bandaranaike, die Vorsitzende der regierenden FP und Ministerpräsidentin, daß sich der Kampf jetzt in der Hauptsache zwischen der FP, der VNP und der Linken Einheitsfront entspinnt. Besonders kritisiert sie die VNP als Gefahr von rechts.

Das Parlament wird 168 Sitze haben. Anspruch auf sie erheben 150 Kandidaten der FP, 158 der oppositionellen VNP, 130 der Linken Einheitsfront, von ihnen 83 von der SP, 25 von der KP und 22 von der DVP. Für die Tamilengemeinde, die über drei Millionen Mitglieder hat, beteiligt sich die Tamilische Befreiungseinheitsfront. Sie hat 24 Kandidaten aufgestellt.

Der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Er wird mit jedem Tag heftiger. Die politischen Kommentatoren sind sich darüber einig, daß das Wahlergebnis ein neues Kapitel in der Geschichte Sri Lankas aufschlagen kann.

FINTEN DER SCHERGEN

Im Gebäude des UN-Wirtschaftsausschusses für Lateinamerika in Santiago traten 26 Chilenen aus Protest gegen die Willkür der faschistischen Junta in einen Hungerstreik. In einer Erklärung, deren Kopie der NZ-Redaktion übergeben wurde, schreiben die Streikenden: „Wir erklären den Hungerstreik, weil unsere Verwandten verhaftet wurden oder zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten verschwanden. Wir wissen nicht, ob sie am Leben oder ermordet sind. Es ist Zeit zu sagen: Basta! Wir verlangen, daß man uns endlich Angaben über alle ‚Verschollenen‘ macht.“

Diese Forderung hat in der ganzen Welt starken Widerhall gefunden und wurde durch neue Protestaktionen untermauert. In den Gebäuden von internationalen Organisationen in Washington, Genf und Paris begannen in der Emigration lebende chilenische Patrioten und Teilnehmer der Bewegung für die Rechte des chilenischen Volkes einen Solidaritäts-Hungerstreik. UNO-Generalsekretär Waldheim äußerte seine Besorgnis über das Schicksal der „verschollenen“ Chilenen.

Schließlich versprach die Junta, der Forderung der Patrioten zu entsprechen und ihnen Angaben über das Schicksal ihrer Verwandten zu machen. Doch bislang handelt es sich nur um wenige Bürger, während in Chile 2500 Personen als „verschollen“ gelten. Viele von ihnen sind vermutlich nicht mehr am Leben, die übrigen werden in geheimen Konzentrationslagern streng isoliert.

Nach wie vor werden in Chile völlig unschuldige Menschen getötet und drangsaliert, wobei die Folterungen immer „einfallsreicher“ werden. Vor kurzem gelang es dem Mitglied des ZK der Sozialistischen Partei Chiles Sara Montes, dem Kerker zu entkommen und ins Ausland zu gelangen. Sie berichtete in einem Interview für die *Daily World* über die „Neuheiten“. So sprach sie z. B. von Injektionen. „Ich kenne die Bezeichnung der angewendeten Präparate nicht, aber diese Präparate besitzen sehr schmerzhaft und anhaltende Wirkung. Das Opfer empfindet starke Schmerzen, bleibt aber bei Bewußtsein.“

Die Schergen sind in ihren Greueln

so weit gegangen, daß sie sich durch keinerlei Finten von den Verbrechen reinwaschen können, für die sie früher oder später ganz bestimmt zur Verantwortung gezogen werden.

W. NESTEROW



„Telefonwanzen, geöffnete Post, eingetretene Türen... Mir scheint, das alles ist der Preis, den wir für das Leben in der freien Welt zahlen müssen.“

Aus „International Herald Tribune“ (USA)

GESETZ MIT HINTERTÜREN

Nach langem Hin und Her ist in Großbritannien vor kurzem ein neues Gesetz über die Rassenbeziehungen in Kraft getreten, das bereits im Juli v. J. vom Parlament bestätigt worden war.

Zu seiner Begründung sagte Innenminister Rees, es sei durch „zunehmende Beweise für eine weitverbreitete Diskriminierung und die mangelnde Effektivität des existierenden Gesetzes evident geworden, das die Diskriminierung ausmerzen soll“. Wirklich hat die Rassendiskriminierung gegenüber den 1,5 Millionen farbigen britischen Bürgern in den letzten Jahren nicht ab-, sondern vielmehr zugenommen. Die Arbeitslosigkeit unter den Einwanderern aus den ehemaligen britischen Kolonien

ist sehr viel höher als unter den weißen Engländern. Sie werden als letzte eingestellt und als erste entlassen. Gewöhnlich arbeiten sie in den schlecht-bezahltesten Stellungen. Nach Angaben eines Sonderausschusses des Parlaments haben lediglich acht Prozent der karibischen Einwanderer Arbeit, die Fachkenntnisse erfordert.

Angeichts der zunehmenden Wirtschaftskrise wurde die eindeutig faschistische „Nationale Front“ aktiver. In dem Bemühen, politisches Kapital herauszuschlagen und weiße Engländer für sich zu gewinnen, haben die Führer der Front, aber auch Politiker vom Schlage des nicht unbekannten Enoch Powell behauptet, an allem Schlechten in England seien die „Schwarzen und Farbigen“ schuld. Die Neofaschisten versichern, Probleme wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Inflation, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Gesundheitsschutz und Bildung ließen sich nur durch die Ausweisung der Immigranten lösen.

Die Ultras wollen Rassenunruhen provozieren und überfallen deshalb Wohnbezirke der Einwanderer, wo sie unschuldige Menschen verprügeln und Kirchen schänden. Die Hauswände sind voll von rassistischen Aufrufen und Parolen, in der U-Bahn wundert schon niemanden mehr die Aufschrift: „Nigger dürfen diesen Platz nicht besetzen, wenn Menschen stehen müssen“.

Nach Ansicht der demokratischen Öffentlichkeit stellt das neue Gesetz einen weiteren Schritt voran dar: Es verbietet Rassendiskriminierung in der Öffentlichkeit, bei der Einstellung oder Entlassung, bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Andererseits sieht es Rassendiskriminierung aber nicht als kriminelles Vergehen an. Obendrein verfügt der zur Beobachtung und Kontrolle für die Einhaltung des Gesetzes gebildete Ausschuß für Rassegleichheit nicht über ausreichende Mittel und Personal und wird deshalb die Lage lediglich in einzelnen Zweigen der Industrie, des Handels und in anderen Wirtschaftsbereichen stichprobenartig überprüfen. Der wesentlichste Mangel des Gesetzes besteht darin, daß es keinerlei Maßnahmen zur Untersuchung und zum Verbot rassistischer Organisationen von der Art der „Nationalen Front“ vorsieht.

W. PAWLOW
ständiger NZ-Berichterstatter

London

RECHTS, RECHTER, AM RECHTESTEN HINAUFGEFALLEN

Manche der jüngsten Ereignisse in verschiedenen Ländern ähneln sich wie Kettenlieder. Da hat jemand vor der Eröffnung der Belgrader Nachfolgekonzferenz zionistische Provokateure auf den Weg gebracht. Da hat jemand versucht, verschiedene sowjetische Büros in Paris in Brand zu stecken. Da hat jemand „nicht aufgepaßt“, und bewaffnete Terroristen überfielen die ständige UNO-Vertretung der SFRJ, wobei ein Mitarbeiter schwer verletzt wurde.

Wie soll man die Urheber und die Vollstrecker dieser Provokationen nennen? Sie tragen gestern wie heute und morgen die konkrete Bezeichnung Rechtsextremisten.

Der Rechtsextremismus hat einen Hang zur Nazisymbolik. Viele Sturmtrupps der Ultrarechten haben das Hakenkreuz für ihre Standarten gewählt. Die Ultras brauchten sich nicht den Kopf über die Formulierung ihrer Ziele zu zerbrechen, auch das hat der Faschismus schon für sie besorgt. Die Nostalgie der Rechtsextremisten von heute bedeutet ihr Machtstreben für die Zukunft. Das Wahlbarometer im Westen zeigt, daß die Ultras dort eine keineswegs so geringe Anhängerschaft besitzen, wie mancher wohl glaubt.

Ein Beispiel dafür können die Wahlen des Vorjahres abgeben. Die italienischen Rechten erhielten mehr als zwei Millionen Stimmen, die bundesdeutsche NPD mehr als 122 000, die „U.S. Labor Party“ mehr als 15 000. Für die Ultras stimmen Kleinunternehmer, gescheiterte Geschäftsleute, deklassierte Elemente und manche Arbeitslosen. Und klarerweise ihre Gesinnungskumpane. An den eigenen Möglichkeiten irre geworden, vergöttern sie die Ultras als Retter aus allem Elend und Unglück.

Die Versicherung des U.S. Labor Party-Chefs Lyndon Larouch, er werde im November 1976 US-Präsident werden, erwies sich natürlich als reine Prahlerie. Doch obwohl kein Kandidat der Rechtsextremisten in den USA, in der BRD, in Italien oder Großbritannien auf einen hohen Staatsposten gelangte, machen sie in Bundesstaaten, Provinzen und Städten immer mehr von sich reden.

Der Rechtsextremismus hat viele Analogien zum Nazismus. Die braune Woge erhob sich in Deutschland während einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise. „Der Zyklus von heute ist Inflation, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Wir haben jetzt alles bekommen, um den Klan heute hochzubringen“, ließ sich der Ku-Klux-Klan-Boss Calvin Craig vernehmen. Aber er spricht damit keineswegs alles aus.

Was den Klan vor allem hochpöppelt, sind die großzügigen Spenden der Gesellschaften und Konzerne, ohne die die Rechtsbewegung nicht existieren könnte. So war das schon früher, als die Bourgeoisie in Deutschland die SA-Männer gegen die Kommunisten auf Trab brachte. Die heutigen Rechtsextremisten vereint der Haß auf die Welt des Sozialismus, auf die Entspannung und die Abrüstung. Waffentrüben ist für sie das einzig Annehmbare, in der Entspannung sehen sie also ein Hindernis.

Die Aktivitäten der Rechten werden als harmlose Scherzchen von denen sanktioniert, die davon Gebrauch machen wollen. In erster Linie sind das die Großen der Rüstungsmonopole, die Zionisten, Antikommunisten, Feinde des Friedens und der Völkerverständigung.

Die Ultras aller Schattierungen sind nötig, um die Politik der von einigen bürgerlichen Regierungen unter dem Druck der Werktätigen und ihres Vortrupps, der kommunistischen Parteien, betriebenen Sozialreformen zu bremsen, die Entspannung zu verunglimpfen und ihre Anhänger zu verprellen.

Den Ultrarechten steht heute eine mächtige demokratische Bewegung gegenüber, denn das Klassenbewußtsein des Proletariats in den kapitalistischen Ländern nimmt zu. Die Völker dieser Länder sehen immer deutlicher, daß Extremismus und Demokratie unvereinbar sind. Als klares Beispiel dafür kann der Zusammenbruch des Franco-Regimes genommen werden. Am 15. Juni haben die Spanier, die unter dem Faschismus mehr als jedes andere europäische Volk zu leiden hatten, die braunen Kandidaten entschieden zurückgewiesen.

General Donn Starry, Kommandeur des 5. US Corps in der Bundesrepublik, wurde umgehend ins Pentagon beordert. Anlaß waren einige Passagen aus seiner Frankfurter Rede, in der der General erklärt hatte, die Vereinigten Staaten könnten in den kommenden Jahren in einen chinesisch-sowjetischen Krieg verwickelt werden. „So schwer es auch sein mag, sich die Vereinigten Staaten in einem solchen Krieg vorzustellen, würden wir das vermutlich tun, wenn es klar würde, daß der eine oder der andere Antagonist kurz vor dem Sieg stünde...“

Die Westpresse, die diese „sensationelle“ Äußerung aufgriff, versicherte, der General werde was zu hören kriegen. Tatsächlich sagte der Pressesprecher der US-Armee Gordon Hill, im Berufsbild Starrys würde sich bald etwas ändern. In der Heimat erwarte ihn ... eine Beförderung.

Da will man Starry also zur Strafe die Treppe hinauffallen lassen. Übrigens, so ungewöhnlich ist das nicht. Ende Mai bekam schon General Singlaub eine ähnliche „Strafe“, der den Plan des Präsidenten, die US-Truppen aus Südkorea abzurufen, kritisiert hatte.



General Singlaub versucht, wenigstens auf der Landkarte eine „Bedrohung“ Südkoreas zu finden.

Aus „Daily World“ (USA)

General Singlaub verfocht die Meinung hochgestellter Militärs sowie die Bemühungen der südkoreanischen Regierung und ihrer Freunde im Pentagon und im Kongreß. Dafür kam er eine Stufe höher.

General Starrys Erklärung hat die Militäristen hoch erfreut. Nun wird auch er die „verdiente Strafe“ erhalten.

Viktor GRIBATSCHOW

W. BOIKOW



60 JAHRE
Großer
Oktober

Der Sozialismus wies den Weg

*Theorie und Praxis des nationalen Befreiungskampfes
nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*

Prof. Rostislaw ULJANOWSKI

Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bewahrheitete sich Lenins Voraussage, daß die ursprünglich antiimperialistische Bewegung der unterdrückten Völker antikapitalistisch werden wird. Als sich diese Völker auf die Hilfe des siegreichen Proletariats stützen konnten, nahmen die antikapitalistischen Bestrebungen der revolutionären, nationaldemokratischen Kräfte unter starker Einwirkung der sozialistischen Ideologie realen Gehalt an. Nunmehr gab es erstmalig eine Alternative zur kapitalistischen Entwicklung.

Die neuen Möglichkeiten

Es gibt kein Volk, das mit Freuden zum Kapitalismus gelangt wäre und ihn sich zum Entwicklungsweg erwählt hätte. Seine Geschichte ist die eines Kampfes der Volksmassen gegen die neuen Ausbeutungsformen, die noch brutaler als die früheren sind.

Die marxistisch-leninistische Idee von der nichtkapitalistischen Entwicklung der Kolonien und Halbkolonien geht davon aus, daß dort das kapitalistische Stadium übersprungen oder zu einem Zeitpunkt unterbrochen werden kann, wenn es national noch keine Formation geworden ist.

Die wichtigste weltpolitische Voraussetzung dafür, daß sich frei gewordene Länder sozialistisch orientieren, ist der wachsende Einfluß des Weltsozialismus, die erstarkende Macht der sozialistischen Gemeinschaft. Es war die Arbeiterklasse Rußlands, die, nachdem sie die Oktoberrevolution vollbracht und ihre Errungenschaften gegen die Angriffe der inneren und äußeren Reaktion behauptet hatte, den Völkern des Ostens solche Möglichkeiten bot.

Deren Umsetzung in die Realität hängt aber weitgehend von der Art der politischen Kraft ab, die in einem solchen Land führend wird. Kommt die nationale Bourgeoisie zur Macht, so bleibt die Möglichkeit einer nichtkapitalistischen Entwicklung, solange diese Bourgeoisie am Staatsruder ist, unrealisiert. Sind dagegen revolutionär-demokratische Kreise an der Macht, solche die antikapitalistisch eingestellt sind, so ergibt sich die politische Möglichkeit zu einer sozialistischen Orientierung. Tritt eine kommunistische Partei ans Staatsruder dann wird die kapitalistische Entwicklung durch eine sozialistische Revolution abgebrochen.

Die Praxis lehrt, daß sich auch wirtschaftlich zurückgebliebene Länder, in denen der Kapitalismus bereits die einflußreichste Formation geworden ist, sozialistisch orientieren können.

Die nichtkapitalistische Entwicklung oder (was das-

selbe ist) die sozialistische Orientierung ist eine Übergangsphase zum Sozialismus, die sich wesentlich vom direkten Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unterscheidet. In den sozialistisch orientierten Ländern wird in den Schlüsselbranchen an breiter Front gegen das Privateigentum eingeschritten, werden der Bourgeoisie Schranken gezogen und spielt der staatliche Sektor eine immer größere Rolle. Doch zum Unterschied von den sozialistischen Ländern fehlen dort vor derhand so eminent wichtige, grundsätzliche, beim sozialistischen Aufbau entscheidende Faktoren wie die Macht der Arbeiterklasse, die Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei und die Zurückdrängung und völlige Aufhebung der kapitalistischen Verhältnisse, Faktoren, die zusammen die Unwiderruflichkeit der vor sich gehenden Wandlungen gewährleisten. Daher ist in den sozialistisch orientierten Staaten eine Umorientierung möglich, wie es gegenwärtig in einigen Ländern zu beobachten ist, die früher einen nichtkapitalistischen Weg einschlugen. Darin eben unterscheidet sich die nichtkapitalistische Entwicklung von der unter Führung der Arbeiterklasse und einer proletarischen Partei vorgenommenen sozialistischen Umbildung der Gesellschaft.

Bestimmend für die politische Möglichkeit einer nichtkapitalistischen Entwicklung, für ihre Formen und für die Dauer des Übergangs zu ihr ist weitgehend das Verhältnis der Klassenkräfte schon während des Befreiungskampfes. Gerade der Sieg der Großen Oktoberrevolution hat zu einer Radikalisierung der Freiheitsbewegung der unterdrückten Völker und dazu geführt, daß sich in ihr linke, revolutionär-demokratische, antikapitalistische Strömungen gebildet und formiert haben.

Kurz nach der Oktoberrevolution ging die jetzige Mongolische Volksrepublik zur nichtkapitalistischen Entwicklung über. Einige Jahrzehnte war sie in dieser Hinsicht das einzige Beispiel. In größerem Umfang konnte sich der Trend zur nichtkapitalistischen Entwicklung erstens nur mit dem Erstarken des Weltsozialismus und zweitens nur dann zeigen, als die Bildung unabhängiger Staaten im Osten zur Massenerscheinung wurde. Also hat der Sieg der Oktoberrevolution damit, daß er zur Ausdehnung und zum Erstarben der nationalen Freiheitsbewegungen und zur Radikalisierung ihres Programms führte, zu Ereignissen beigetragen, die sich mehrere Jahrzehnte nach ihm zugetragen. Und letztlich hat gerade er den Übergang vieler Länder Asiens und Afrikas zur sozialistischen Orientierung ermöglicht.

Die Großtat der Arbeiterklasse Rußlands, die darin bestand, daß sie, geführt von der Partei Lenins, die sozialistische Revolution vollbrachte, hat der unter dem Kolonialjoch ächzenden Mehrheit der Erdenbewohner eine neue Entwicklungsperspektive geboten. Gab es früher nur eine einzige — den Übergang zum Kapitalismus —, so war jetzt eine zweite erschienen: die Abkehr vom Kapitalismus und das allmähliche Vorrücken zum Sozialismus, das einen sozialen und wirtschaftli-

chen Fortschritt im Interesse der breiten Volksmassen und wirkliche politische Unabhängigkeit möglich macht.

Was der Sozialismus den Völkern und jedem Einzelnen bringt, das läßt sich in gebalteter Form nach dem neuen sowjetischen Verfassungsentwurf beurteilen, der Anfang Juni zur Diskussion vor das ganze Volk gebracht worden ist. Kein Wunder, daß die Errungenschaften des siegreichen Sozialismus ein begeistertes Vorbild für die Völker der Länder sind, die sich für eine sozialistische Entwicklung oder Orientierung entschieden haben. In Artikel 28, der die Friedenspolitik des Sowjetstaates zum Gesetz erhebt, ist verbriefte, daß diese Politik auch darauf ausgerichtet ist, den Kampf der Völker für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu unterstützen.

Gemeinsam gegen den Imperialismus

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war ein äußerst wichtiger Markstein auf dem Weg zur Bildung des weltweiten Bündnisses der internationalen Arbeiterklasse mit der nationalen Freiheitsbewegung. Lenin verfocht nicht von ungefähr das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung gegen diejenigen, die „das Recht der Werktätigen auf Selbstbestimmung auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Wären die Partei der Bolschewiki und die kommunistische Weltbewegung auf diese scheinrevolutionäre Losung eingegangen, so wäre die Avantgarde des Weltproletariats nur zu einem Bündnis mit den Arbeiter- und Bauernorganisationen, doch nicht mit denen bereit gewesen, an deren Spitze patriotisch und antiimperialistisch gesinnte nationalbürgerliche Kräfte stehen. Dabei stellen diese letzteren noch ein sehr erhebliches antiimperialistisches Potential dar, sind — in verschiedenen Ländern verschieden nachdrücklich — gegen den Imperialismus aufgetreten und haben für die politische Unabhängigkeit ihrer Länder gekämpft. Deshalb haben es die Partei Lenins und die kommunistische Weltbewegung für notwendig erachtet, auch mit den Kreisen in den unterdrückten Ländern des Ostens ein Bündnis zu schließen, die keinen antikapitalistischen Standpunkt einnehmen, nicht eine sozialistische Umwälzung anstreben, jedoch im Kampf gegen den Imperialismus einen gewichtigen Faktor darstellten. Denken wir doch an die Politik der kommunistischen Weltbewegung (1920—1930) im Hinblick auf den Indischen Nationalkongreß, die Kuomintang und den Sarekat Islam in Indonesien. Die Kommunisten haben ihnen wiederholt ein Bündnis im Kampf gegen den Imperialismus angetragen, und in manchen Fällen ist so ein schlagkräftiges Bündnis tatsächlich zustande gekommen.

Bei ihren realistischen Anschauungen gingen die Kommunisten davon aus, daß die Volksmassen der Kolonien und Halbkolonien im ersten Stadium des antiimperialistischen Kampfes gewöhnlich der nationalen Bourgeoisie Gefolgschaft leisten. Zugleich aber orientierte sich die kommunistische Weltbewegung dort, gestützt auf die Lehre Lenins und die bereits vorhandenen Kampferfahrungen, auf die arbeitenden Schichten. Sie basierte ihre Strategie auf der wissenschaftlich fundierten Erwartung, daß die nationale Befreiungsrevolution in eine soziale Revolution übergehen werde, deren Formen und Termine nicht voluntaristisch festgesetzt werden können.

Aus den Erfahrungen in der Großen Oktoberrevolution erkannten die Kommunisten der Kolonien und abhängigen Länder, daß nur die Arbeiterklasse eine wahrhaft sozialistische Klasse und daß nur sie fähig ist, konsequent für die völlige Befreiung zu kämpfen. Natürlich durfte man nicht übersehen, daß sich das Proletariat der unterdrückten Länder zur Zeit des Unabhängigkeitskampfes noch in frühen Entwicklungs-

stadien befand, denn dort herrschten noch immer vor-kapitalistische, nämlich feudale, halbfeudale, traditionell-patriarchalische Verhältnisse. Daraus folgte, daß das Proletariat der afro-asiatischen Länder noch einen weiten Weg gehen mußte und muß, ehe es die politische Führung übernehmen kann und fähig ist, seine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen. Deshalb wiesen die Marxisten-Leninisten in den 20er und 30er Jahren entschieden die Versuche der Ultralinken zurück, die kommunistische Weltbewegung zur Ausgabe der Losung von einer unmittelbar sozialistischen Revolution in den Ländern des Ostens zu veranlassen. Doch schon damals erkannte die kommunistische Weltbewegung in vollem Umfang die Potenzen des wachsenden Proletariats im Osten. Als besonders notwendig sahen es die Marxisten-Leninisten dabei an, sich für die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung einzusetzen und entschieden dagegen anzukämpfen, daß der bürgerlich-demokratischen Bewegung ein kommunistisches Mäntelchen umgehängt wird.

Die Rolle der Bauernschaft

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat gezeigt, wie richtig Lenins Schlußfolgerung von den großen revolutionären Potenzen der werktätigen Bauernschaft, von der dringenden Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen ihr und der Arbeiterklasse und davon war, daß ein revolutionäres Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unbesiegbar ist. Die Kommunisten des Ostens wies Lenin darauf hin, daß sie, ähnlich wie die Bolschewiki, die riesige Aufgabe haben, die gewaltigen Bauernmassen um das Proletariat scharen zu helfen. Lenin machte den Übergang zum Sozialismus im Osten beim Überspringen des Kapitalismus ganz unmittelbar von der Förderung der politischen und revolutionären Aktivität der Bauernmassen abhängig. In diesem Zusammenhang betonte er, daß es besonders wichtig sei, „unparteiliche Organisationen“ der Werktätigen zu bilden, die im Osten vor allem Bauernorganisationen sein könnten.

Ein Schwerpunkt der leninistischen Strategie ist der politische Kurs der Kommunisten darauf, die Bauernschaft des Ostens für ein Bündnis mit dem Proletariat der unterdrückten Länder und mit dem Weltproletariat zu gewinnen, an dessen Spitze die Arbeiterklasse der Länder des siegreichen Sozialismus steht. Die Bauernschaft bildete das Gros der nationalen Freiheitsbewegung, die nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Gang kam und zum Zusammenbruch des Kolonialsystems geführt hat. Schon damals kämpfte sie nicht nur für die nationale Befreiung, sondern auch gegen die Gewaltherrschaft der feudalen Gutsbesitzer, für andere Agrarverhältnisse, für Grund und Boden.

Jetzt beeinflusst die Bauernbewegung mit ihren antifeudalen und in den unteren Schichten antikapitalistischen Tendenzen weitgehend die Stellungnahme der herrschenden Kreise in den frei gewordenen Ländern zur Agrarfrage. Ihr Einfluß ist aber verschieden. Das revolutionär-demokratische Programm ist hochgradig antifeudal. Darüber, inwiefern die antikapitalistischen Stimmungen der bäuerlichen Unterschichten in der Politik der revolutionären Demokraten ihren Niederschlag finden sollen, herrscht bei diesen ein Zwiespalt und kommt es deswegen zu einer Aufsplitterung. Die nationale Bourgeoisie nimmt dort, wo sie an der Macht ist, ebenfalls antifeudale Agrarreformen vor, weil sie an einer Entwicklung des Kapitalismus interessiert ist. Natürlich sind diese Reformen nicht so radikal wie in den von der revolutionären Demokratie geführten Ländern. Letztlich bewirken sie aber immer eine weitere Differenzierung der Bauernschaft, auch in den sich nichtkapitalistisch entwickelnden Ländern. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Kurs auf

eine wirklich sozialistische Orientierung ist, daß der Schwerpunkt auf die bäuerlichen Unterschichten, die armen Bauern, gelegt wird (sie bilden ja im Osten eine überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung).

Bei der marxistisch-leninistischen Entscheidung über die Rolle der Bauernschaft im revolutionären Prozeß in Asien und Afrika gibt es kein Entweder Oder zwischen Proletariat und Bauernschaft und kann es das auch gar nicht geben. Es geht darum, die Potenzen jeder dieser Klassen in Betracht zu ziehen, sie einander näherzubringen und sie zu einem Bündnis zu vereinen. So ein Bündnis ist nicht nur theoretisch möglich. In vielen Ländern ist es bereits in Aktion.

Eine umfassende Formel

Die Frage eines Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in den afro-asiatischen Ländern ist der Kern eines generelleren Problems: desjenigen der Bildung einer nationaldemokratischen Einheitsfront aus allen patriotischen, antiimperialistischen Kräften. Der Kampf um völlige Unabhängigkeit der jungen Staaten wird erfolglos sein, wenn an ihm nicht alle antiimperialistischen, patriotischen Kräfte der betreffenden Nation teilnehmen.

Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte — das ist eine höchst umfassende Formel. Sie wechselt ihren konkreten Inhalt mit der Entfaltung des revolutionären Prozesses und seinem Übergang aus einem Stadium ins andere. Erfahrungsgemäß bestehen jetzt in Asien und Afrika mindestens vier Einheitsfrontvarianten: 1. ist die nationale Bourgeoisie noch nicht unfähig, gegen Imperialismus und Feudalismus zu kämpfen, und beteiligt sich an der antiimperialistischen Einheitsfront; 2. haben die mit den Arbeitern, den Bauern und dem Kleinbürgertum verbundenen revolutionären Demokraten die ausschließliche Führung auch in der Einheitsfront inne; 3. dominieren die revolutionären Demokraten und die Kommunisten in der Einheitsfront; 4. wird die Freiheitsbewegung, an der verschiedene Kräfte beteiligt sind, von den Kommunisten geführt. Die drei letzten Varianten entstehen, wenn die nationale Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, in der Einheitsfront eine wesentliche Rolle zu spielen, weil die sozialen Wandlungen in Gegensatz zu ihren Klasseninteressen treten.

Der Begriff Einheitsfront aller antiimperialistischen Kräfte stammt von Lenin. Er brachte ihn unmittelbar nach dem Sieg der Oktoberrevolution auf, wobei sich der Begriff nicht auf eine bestimmte Kolonie oder Halbkolonie bezog, sondern international zu verstehen war. Das war eine Richtlinie für den Zusammenschluß des Weltproletariats und der nationalen Freiheitsbewegung rings um das erste Land der Welt, in dem die Arbeiterklasse gesiegt hatte.

Als einen Leitgedanken seines „Ursprünglichen Entwurfs der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage“ betrachtete Lenin die Idee, daß die Welt innerhalb des imperialistischen Systems in zwei ungleiche

Gruppen von Nationen geteilt ist: in unterdrückende und unterdrückte. Dabei hob er hervor, daß das Weltproletariat und die unterdrückten Völker gemeinsame Interessen haben, und führte aus, daß diese Völker ihrer jahrhundertelangen Versklavung nur im Bündnis mit dem Weltproletariat ein Ende bereiten können, vor allem mit der Arbeiterklasse, die gesiegt und die Macht angetreten hat. Auch in dieser Frage nahm Lenin wie stets einen konsequent internationalistischen Standpunkt ein. Die Ultralinken rissen den Gedanken von der Einteilung der Welt in zwei Gruppen von Nationen aus dem Zusammenhang der Theorie Lenins, erhoben ihn zum Absolutum und behaupteten, die Interessen der Ostvölker stünden im Widerspruch zu denen der werktätigen Massen im Westen, und sie versuchten, die Werktätigen der entwickelten kapitalistischen Länder den unterdrückten Völkern Asiens und Afrikas entgegenzustellen.

Derartige Versuche, an die Stelle des Internationalismus den Nationalismus zu setzen und eine der gegenwärtigen revolutionären Hauptkräfte, die nationale Freiheitsbewegung, mit ihren anderen Kräften in Konflikt zu bringen, hat Lenin entschieden zurückgewiesen. Denken wir doch daran, wie er auf die Behauptung des indischen Revolutionärs Roy von 1920 reagierte, im weltweiten revolutionären Prozeß spiele neuerdings der Osten die Hauptrolle. Auf dem II. Komintern-Kongreß sagte Lenin, Roy gehe zu weit.

Derartige Versuche werden aber noch jetzt gemacht. Die maoistische Führung der KP Chinas, die im hegemonistischen Interesse die ganze Zone der modernen nationalen Freiheitsbewegung, die gesamte dritte Welt unter ihre Kontrolle zu bringen sucht, redet seit Jahren schon von tiefen Gegensätzen, die angeblich zwischen den Interessen der unterdrückten Völker einerseits und denen der sozialistischen Länder sowie des Proletariats der entwickelten kapitalistischen Länder andererseits bestehen. Mehr noch, die Pekingische Führung verleumdet tagtäglich die siegreiche Arbeiterklasse der sozialistischen Länder, vor allem der UdSSR, sie fördert und schürt nach Kräften die gegen die Sowjetunion gerichteten nationalistischen Leidenschaften. Damit tut sie dem Werk ernstesten Abbruch, das darin besteht, die Einheit der antiimperialistischen Front zu festigen.

Wie wir sehen, sind die grundlegenden Schlußfolgerungen, die Lenin nach dem Sieg der Oktoberrevolution im Hinblick auf die nationale Freiheitsbewegung und den antiimperialistischen Kampf zog, noch jetzt in vollem Umfang gültig. Rekapitulieren wir sie kurz: die Notwendigkeit, in jedem Land Asiens und Afrikas Kurs auf eine antiimperialistische Einheitsfront halten; der Gedanke an die ausschlaggebende Rolle, die die Arbeiterklasse dieser Länder in der internationalen sozialistischen Revolution gegen den Imperialismus zu spielen haben wird; das große revolutionäre Potential der Bauernschaft; die Möglichkeit, das kapitalistische Entwicklungsstadium zu überspringen, abzukürzen oder abubrechen; die Einstellung auf den Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte der Welt.

DIE ÖFFENTLICHKEIT SAGT JA

Gordon SCHAFFER,

Lenin-Preisträger „Für Festigung des Völkerfriedens“,
Vorsitzender des Britischen Ausschusses
für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

Die Realisierung des Vorschlags der Warschauer Vertragsländer darüber, daß die Signatarstaaten der KSZE-Schlußakte nicht als erste Kernwaffen anwenden, hätte bedeutende Folgen.

Die Stationierung von 7000 Einheiten der sogenannten taktischen Kernwaffen in Westeuropa wie auch die offizielle NATO-Politik, in bestimmten Situationen als erste diese Waffe anzuwenden, sind eine Gefahr für den Frieden. Wenn man sie beseitigt, so wird der Weg frei für weitgehendere Maßnahmen in der Abrüstung sowie zur größeren Sicherheit Europas und der ganzen Welt.

Die auf der NATO-Ratstagung im Dezember 1969 ausgearbeitete Politik sah die Möglichkeit vor, als erste Kernwaffen anzuwenden. Die Londoner Times gab die Beschlüsse ausführlich wider. In der Zeitung heißt es, daß die Verteidigungsminister die von der Gruppe für nukleare Planung entwickelten „Direktiven zur Entfaltung eines Kernkrieges in Europa“ gebilligt hatten. Den Direktiven lagen die Vorschläge der britischen und der BRD-Regierung zugrunde. Laut Plan sollten den Warschauer Vertragsstaaten, außer der Sowjetunion, die ersten nuklearen Schläge gelten, „um der Sowjetunion die Absicht des Westens zu demonstrieren, auch die Kernwaffen mit größerer Vernichtungskraft anzuwenden, falls die Kriegshandlungen nicht eingestellt werden“.

Seit der Ausarbeitung dieser NATO-Direktiven hat sich die Welt verändert. Die Fortschritte bei der Entspannung ermöglichten die Einberufung der Helsinki-Konferenz und die Annahme der Schlußakte. Die Teilnehmer verpflichteten sich, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen. Das war ein Programm der Sicherung des Friedens auf unserem Kontinent, der Erleichterung von Rü-

stungslasten. Es wäre zu erwarten, daß die NATO auf die Politik, als erste Kernwaffen anzuwenden, verzichtete. Dem war jedoch nicht so. Im Gegenteil, die NATO-Generale forderten die Erhöhung der Rüstungen. Die Vorschläge der sozialistischen Länder in Wien über eine proportionale Reduzierung aller Streitkräfte wurden abgewiesen.



Im vergangenen Jahr beschloß die Initiativgruppe einiger britischer Organisationen der „Frauen für Frieden“: In der gegenwärtigen Etappe ist es außerordentlich wichtig, gegen den NATO-Kurs, als erste Kernwaffen anzuwenden, zu kämpfen.

Breite Kreise des britischen Volkes fanden sich bereit, diese Initiative zu unterstützen. Den Aufruf unterstützten etwa hundert Labour-Parlamentsmitglieder, eine Reihe von Wissenschaftlern, Geistliche, Jugendorganisationen sowie Organisationen zum Schutz des Friedens. Es lehnte praktisch keiner ab, die Petition mit ihrer einfachen, doch eindeutigen Erklärung: „Ich bin für den Verzicht, als erster Kernwaffen anzuwenden!“ zu unterschreiben.

UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim sandte ein Grußschreiben, da diese Bewegung voll und ganz den Zielen der UNO entspricht. Ich möchte daran erinnern, daß die Generalversammlung sich bereits 1961 für das Verbot, Kernwaffen anzuwenden, aussprach. Diese Resolution wurde vor den NATO-Direktiven angenommen. Anders gesagt, war der Beschluß des Nordatlantikpakts eine direkte Herausforderung des Willens der meisten UNO-Mitglieder.

Die Initiativgruppe der britischen Frauen ersuchte den Ex-Premierminister Harold Wilson, den Aufruf zu unterstützen. Die Antwort war enttäuschend. Wilson sagte, er sei für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in anderen Teilen der Welt, doch in Europa verläßt sich die NATO auf „flexibles Reagieren und ist bereit, im Notfall ihre ganze Verteidigungstriade einzusetzen — konventionelle, taktische und strategische Kernwaffen...“

Die Regierungsmitglieder und Führer der Konservativen antworteten auf den Vorschlag, den Aufruf zu unterschreiben, genau wie Wilson.

In den USA wirken ähnliche Gruppen. Sie haben besondere Bedeutung, weil die Vereinigten Staaten eine der beiden Mächte sind, deren Zustimmung für den Einsatz der in Europa stationierten Kernwaffen erforderlich ist. Die Frauen erklärten Präsident Carter, daß, falls er wirklich den Einsatz von Kernwaffen verbieten will, der erste Schritt dazu sein müßte, den Aufruf offiziell zu unterstützen.

Im April 1977 billigte die Jahreskonferenz der Genossenschaftspartei, Partner der Labours, mit überwiegender Mehrheit diesen Aufruf. Es gibt allen Grund anzunehmen, daß die Konferenz der Labourpartei diesem Beispiel folgt. Im März 1977 faßte die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden eine Resolution, wonach sich alle Nuklearmächte verpflichten sollen, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden. Mit dieser Resolution erklärten sich auch junge Liberale einverstanden.

Die Billigung des Prinzips, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, würde die Gefahr eines Nuklearkrieges bedeutend mindern und ein wichtiger Schritt zur allgemeinen Abrüstung sein.

London

„Um die äußerst wichtigen ökonomischen und sozialen Ziele zu erreichen, konzentriert die Partei ihre Agrarpolitik auf die Umwandlung der landwirtschaftlichen Produktion in einen hochentwickelten Wirtschaftsbereich. Diese Politik ist die Fortsetzung und schöpferische Weiterentwicklung des Leninschen Genossenschaftsplans unter neuen Bedingungen.“

Aus dem Beschluß des ZK der KPdSU vom 31. Januar 1977
„Über den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“

DIE NATUR WIRD ES UNS HUNDERTFACH LOHNEN

Valentin SOKOLOWSKI

Der Mensch greift immer energischer in höchst komplizierte, elementar ausgewogene Naturprozesse ein.

Heute ist schon mehr als die Hälfte allen Festlandes direkt in den Wirtschaftskreislauf einbezogen. Nach Ansicht des hervorragenden sowjetischen Wissenschaftlers Wladimir Wernadski ist die Umwandlung der Biosphäre (der belebten Erdhülle) in eine Neosphäre (durch vernünftige menschliche Betätigung umgestaltete Sphäre) ein ebenso gesetzmäßiger Vorgang wie die Entwicklung der Biosphäre selbst. Das muß man im Auge haben.

33 Prozent des Festlandes bestellt

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen betragen jetzt 4 444 000 000 ha oder 33% des Festlandes der Erde. Also entfallen über drei Fünftel der heutigen Neosphäre auf die Landwirtschaft, die der Menschheit etwa 90% ihrer Nahrungsmittel liefert.

Laut Prof. Wernadski muß man das auch vom ökologischen Standpunkt aus berücksichtigen. Es ist doch so, daß man die Erzeugung beliebiger Agrarprodukte nur dadurch

steigern kann, daß man die Photosynthese erweitert und intensiviert, mit anderen Worten durch aktives Eingreifen in die Umwandlung der Sonnenstrahlungsenergie in grüne Pflanzenmasse. Das bedeutet aber auch ein aktives Eingreifen in einen so wichtigen Biosphärenprozeß wie den Umlauf und das Gleichgewicht der unsere Atmosphäre bildenden Stoffe, weil die Photosynthese vom Verbrauch atmosphärischer Kohlen- säure und von der Abgabe freiwerdenden Sauerstoffs an die Atmosphäre begleitet ist.

Vorläufig läßt sich nur schwer die absolute Menge der Kohlen- säure angeben, die absorbiert wird, und folglich auch die Menge des Sauer- stoffs, der von den Äckern, Wiesen und Weiden jährlich in die Atmo- sphäre strömt. Geht man aber vom Bevölkerungszuwachs der Erde und der entsprechend zunehmenden Er- zeugung von Agrarprodukten aus, so kann man sagen, daß sich diese Größe in den 325 Jahren von 1650 bis 1975 ungefähr verzehnfacht hat. Man nimmt an, daß die Sauerstoff- abgabe der Nutzpflanzen an die Atmosphäre in den kommenden 75 Jahren größer als in den genannten 325 Jahren sein kann. Die Wissen- schaftler sind sich noch nicht dar- über einig, wie sich das auf die Atmosphäre auswirken wird.

Die Landwirtschaft hat auch we- sentlichen Einfluß auf den biosphä- rischen Prozeß des Feuchtigkeitsum- laufes. In Dürregebieten hängt die Intensivierung der Agrarproduktion vornehmlich von der Bewässerung

ab. Für die 230—240 Mio ha bewäs- serten Boden, der jetzt bestellt wird, brauchen wir jährlich rund 4000 km³ Wasser, nur etwas weniger, als sämtliche Ströme und Flüsse der UdSSR — des größten Landes der Welt — im Jahr führen!

Derlei Maßnahmen wirken zwangsläufig auch auf den Feuch- tigkeitsumlauf in der Biosphäre, d. h. auf so wichtige Aspekte wie Temperatur, Streuung der Nieder- schläge usw.

Die Rolle, die die Landwirtschaft in den biosphärischen Vorgängen spielt, wird also mit jedem Jahr größer und wird wahrscheinlich viel wesentlicher sein, als wir es uns heute vorstellen.

Die sozialistische Gesellschaft geht in ihrer Wirtschaftspolitik davon aus, daß bei jeder Tätigkeit, die die Umwelt berührt, das Wohl der jet- zigen und künftigen Generationen berücksichtigt werden muß. So steht es denn auch in Artikel 18 des Ent- wurfs zur neuen Verfassung, dem Grundgesetz unseres Staates. Deshalb verlangen die Naturschutzgesetze eine besonders verantwortliche Handhabung der Landwirtschaft, in deren Bereich alle wertvollsten und hinsichtlich ihrer Vermehrung wirtschaftlichsten Pflanzen und Tie- re fallen. Leonid Breschnew sagte auf dem XXV. Parteitag der KPdSU: „An die Landwirtschaft müssen wir als Erbauer des Kommunismus auch unter einem weiteren Gesichtspunkt herangehen, nämlich unter dem Ge- sichtspunkt des Umweltschutzes... Folglich müssen wir die Landwirt- schaft als einen riesigen ständig wirkenden Mechanismus zum Schutz, zur Pflege der lebenden Naturschät- ze betrachten. Die Natur wird es uns hundertfach lohnen.“

Die Erde ernährt uns weiter

In den beiden vorigen Planjahr- fünften — von 1966 bis 1975 — wur- den in der UdSSR 6,4 Mio ha bewäs- serten und über 8 Mio ha trocken- gelegter Böden in Nutzung genom- men. Viel getan wurde auch für das Säubern der Felder von Steinen, für das Roden von Baumstämmen und Strauchwerk, für das Kalken saurer Böden, das Planieren von Liegen- schaften und das Spülen salziger Böden. Derart umfangreiche Melio- rationsarbeiten in einem Staat sind zum erstenmal in der Welt aus- geführt worden. Wurden im vorigen Planjahr fünf rund 27 Md. Rubel dafür ausgegeben, so sind 1976—1980 über 40 Md. bereitgestellt.

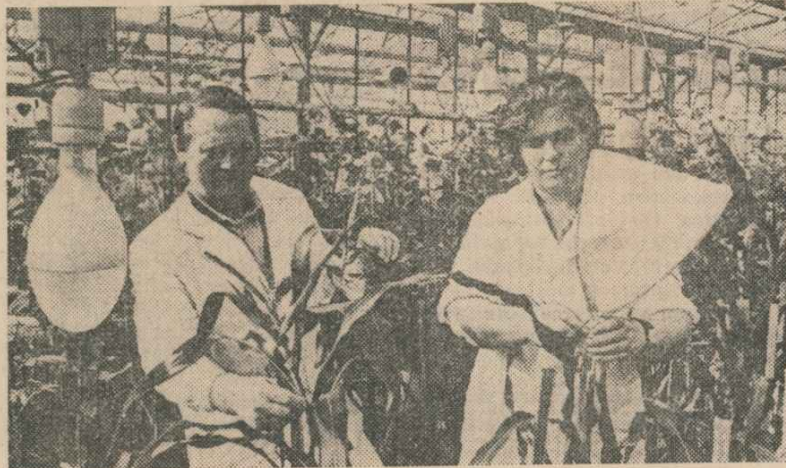
Valentin Sokolowski ist Vizevorsitzen- der des Interamtlichen wissenschaftlich- technischen Rates für Komplexprobleme des Umweltschutzes und der rationellen Nutzung der Naturressourcen beim Staatlichen Komitee des Ministerrats der UdSSR für Wissenschaft und Technik.

Eine große Fruchtbarkeit des Bodens bei ungünstigem Klima wird außer durch Melioration auch durch optimale Verwendung der Düngemittel und durch Befolgung der modernsten agrotechnischen Bestimmungen erzielt. Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung lassen nicht aus den Augen, was für eine größere Fruchtbarkeit des Bodens getan wird. In speziellen Bestimmungen ist angegeben, was gegen die Bodenerschöpfung, für eine bessere Boden-

Beobachtungen haben ergeben, daß viele Pflanzen für bestimmte Verschmutzungen anfälliger als der Mensch sind. Es ist eine neue Aufgabe festzustellen, in welcher Konzentration die häufigsten Giftstoffe in den verschiedenen Entwicklungsphasen der Nutzpflanzen geduldet werden können. Möglicherweise werden die betreffenden Daten zu einer strikteren Reglementierung der sanitären Projektierungsarbeiten führen. Bisher wurden dabei nur die

auch viel mit der Rekultivierung von Ländereien beschäftigen, die mit Gestrüpp und Kleingehölz bestanden sind. Wie errechnet worden ist, kann man allein dadurch mindestens 500 000 ha wieder der Landwirtschaft zuführen.

Der Bodenschutz ist keine Losung mehr, sondern ein Gesetz unseres Lebens, und er ist es dank der Sorge unserer Partei und des Volkes für die Landwirtschaft und für unsere Nachfahren.



struktur sowie gegen die Erosion durch Wind und Wasser getan werden muß.

Das alles geschieht genau nach Plan. Von 1968 bis 1975 sind 3 Mio ha Schutzstreifen in Form von Feldgehölzen angepflanzt worden. Im laufenden Planjahr fünf sollen noch 353 000 ha solche Schutzstreifen entstehen, sollen 1 072 000 ha Schluchten, Rinnen, Sandstrecken und Flußufer befestigt und für 750 Mio Rubel Wasserbauten und Schutzanlagen gegen Muren geschaffen werden.

Indessen muß die Landwirtschaft als besonderer Teil der Biosphäre, der durch Schwerarbeit und Erfahrungen Hunderter Generationen von Menschen entstanden ist und für das Wohlergehen eines jeden Volkes erstrangige Bedeutung hat, vor den nachteiligen Folgen der menschlichen Betätigung genau so wie die jungfräuliche Natur geschützt werden.

Industrie, Verkehrswesen und Kommunalwirtschaft bringen in den natürlichen Umlauf der Stoffe immer neue giftige Verbindungen hinein, die in den natürlichen Prozessen Fremdkörper darstellen. Abgesehen davon nehmen gewöhnliche Verschmutzungen durch Müll öfter eine gefährliche Konzentration an.

Wissenschaftler vom Südost-Forschungsinstitut für Landwirtschaft haben eine Körnermaishybride gezüchtet, die selbst bei Dürre bis zu 80 dt vom Hektar tragen kann

Foto TASS

für den Menschen festgestellten Normen berücksichtigt. Im Interesse der Landwirtschaft wird man vielleicht auf hohe Schloten zum Zerstören der Luftverschmutzungen bis auf die medizinisch erlaubten Konzentrationen verzichten müssen.

Gewiß, beim raschen Anwachsen des technischen und wirtschaftlichen Potentials wird die Landwirtschaft nicht allein durch Abgase und Abwässer der Industrie geschädigt. Unvermeidlich ist auch der Verlust von Anbauflächen, ihre Verwendung für Zwecke, die nicht direkt mit der Agrarproduktion zusammenhängen. Zwischen 1971 und 1975 z. B. sind im ganzen Land für verschiedene Zwecke rund 2 Mio ha Nutzfläche aus dem Umlauf gezogen worden. Allerdings hat man im Einklang mit den geltenden Bodengesetzen für Industrie, Kommunalwirtschaft und Wohnungsbau möglichst die unfruchtbarsten Böden in Anspruch genommen.

In unserem Land muß man sich

Industrie nicht die einzige Verschmutzungsquelle

Je intensiver die Landwirtschaft betrieben und je weniger lebendige Arbeitskraft auf eine Produktionseinheit verwendet wird, desto mehr bedroht sie selbst die Natur mit Verschmutzung.

So ist die Verwendung immer größerer Kunstdüngermengen zur Hebung der Bodenfruchtbarkeit, namentlich der Stickstoffdüngemittel, in Gebieten mit übermäßigen Niederschlägen insofern gefährlich, als das Grundwasser mit Nitraten verschmutzt werden kann. Der Kunstdünger wird durch Tau- und Regenwasser aus dem Boden geschwemmt und übersättigt die Gewässer mit Nährstoffen, wodurch sich niedere Wasserpflanzen ganz rapide entwickeln, alles andere verdrängen, ein Eingehen der Fische bewirken und das Wasser verderben.

Kann das vermieden werden? Experten bejahen es. Vor allem muß man neue Düngemittel entwickeln, die schwer aus dem Boden geschwemmt werden können. Außerdem wäre es zweckmäßig, die Nutzflächen so anzuordnen, daß die aufgelösten Düngemittel auf ihrem Weg vom Acker zu einem Gewässer über möglichst breite Wiesen und mehrjährige Weiden fließen. Diese werden sie von den Äckern auffangen und dadurch selbst fruchtbarer werden. In unserem Land werden immer mehr biologische und nicht chemische Pflanzenschutzmethoden entwickelt und angewandt. Vorläufig überwiegen jedoch im Rüstzeug zum Kampf um den Ernteertrag noch immer die Chemikalien, und man wird ihnen noch lange Beachtung schenken müssen, wenn man eine Schätzung der ökologischen Folgen vornimmt.

Zusammenfassend sei gesagt, daß das Sowjetvolk beim Nutzen der Natur bestrebt ist, Umsicht, Fürsorge und Schonung walten zu lassen.

AUSSICHTSREICHE KOOPERATIONSFORM

In den Geschäftsbeziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Industrieländern spielen Abkommen auf Kompensationsgrundlage eine immer größere Rolle. NZ-Korrespondent W. Rosen bat den stellvertretenden Außenhandelsminister, Wladimir Suschkow, seine Überlegungen darzulegen.

Was sind Kompensationsabkommen und wodurch erklärt sich die Entstehung dieser neuen Form der Wirtschaftsbeziehungen?

Es geht um die Schaffung großer Industrieobjekte und ganzer -komplexe in der Sowjetunion, wozu ausländische Kredite genutzt werden, die dann getilgt (oder kompensiert) werden durch Lieferungen von Erzeugnissen dieser wie anderer Betriebe.

In der Sowjetunion entstand eine solche Form logisch aus dem stetigen Wirtschaftswachstum. Moderne Betriebe mit komplizierter Technologie werden gebaut. Im Osten der Sowjetunion wachsen größte territoriale Produktionskomplexe empor. Die Beteiligung von Partnern aus den kapitalistischen Industrieländern, die über moderne Technik und progressive technische Erfahrungen verfügen, ermöglicht es, den Bau der Objekte zu beschleunigen, schneller die riesigen, manchmal schwer zugänglichen Naturreichtümer zu erschließen und die Rohstoffressourcen besser zu nutzen.

Für die ausländischen Firmen gewährleistet eine solche Kooperationsform die stabile und langfristige Belieferung mit bestimmten Warenkontingenten zu abgesprochenen Bedingungen. Bei der schwankenden Marktlage im Westen ist das natürlich für sie von großer Tragweite. Zudem bedeuten die Kompensationsabkommen eine langfristige Auslastung der Betriebe der Lieferfirma und Beschäftigung nicht nur für ihre Arbeiter, sondern auch für das ingenieur-technische Personal.

Ein wesentlicher Faktor, die völkerrechtliche Grundlage hierfür,

wird von den entsprechenden Regierungsabkommen und -programmen geschaffen. Die internationale Entspannung, die dank der beharrlichen, konsequenten Verwirklichung des Friedensprogramms unserer Partei möglich wurde, ist eine notwendige Voraussetzung für diesen ganzen Prozeß.

Wie erklärt es sich, daß die Verhandlungen und die Realisierung derartiger Abkommen relativ lange dauern?

Kompensationsabkommen sehen in der Regel die Schaffung leistungsstarker, modern ausgerüsteter, also investitionsintensiver Produktionsbetriebe vor. Die Projektierung, der Bau und die Inbetriebnahme derartiger Objekte braucht seine Zeit. Das verlangt große, langfristige Investitionen. Deshalb werden auch die entsprechenden Bankkredite gebraucht. Keine noch so große westliche Gesellschaft kann sich derartig große Operationen über viele Jahre erlauben, ohne fremde Mittel heranzuziehen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß dieses Problem meist bewältigt werden kann, trotz der Schwierigkeiten auf dem internationalen Finanzmarkt. Die kapitalistische Wirtschaft macht jetzt schon einige Jahre die längste Rezession der Nachkriegszeit durch. Die Inflation entwertet allmählich die Währungen. Die Industrie kommt aus der Flaute nicht heraus, was zu einem Rückgang der Produktionsinvestitionen führt. So ist es nicht erstaunlich, daß die Firmen und Banken im Westen größeres Interesse daran zeigen, Großprojekte in der Sowjetunion langfristig zu finanzieren. Für die Kreditierung komplizierter gro-

ßer Kompensationsprojekte werden bisweilen große Bankengruppen oder Konsortien gebildet, an denen sich Banken mehrerer Länder beteiligen.

Das wachsende Produktions- und Wirtschaftspotential der UdSSR und ihre Rohstoffressourcen sind eine Sicherheit für die Kredite. Außerdem weiß die gesamte westliche Geschäftswelt sehr wohl, daß die sowjetischen Außenhandelsorganisationen stets peinlich genau die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Ferner werden die Kompensationsabkommen mit realen Warenwerten gedeckt. Das läßt die Kreditgeber Vertrauen fassen.

Man kann also zu Recht feststellen, daß Kompensationsprojekte eine gegenseitig vorteilhafte Form der Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern darstellen. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, sagte im Oktober 1974 auf dem Festessen im Kreml anlässlich der Tagung des amerikanisch-sowjetischen Rats für Handel und Wirtschaft, „daß die Zusammenarbeit solcher Art eine große Zukunft besitzt, da sie sowohl dem heutigen Stand der industriell-wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung unserer Staaten als auch ihrem Potential am besten entspricht“.

Im Westen hört man einzelne „Warnungen“ vor Kompensationsabkommen mit der UdSSR. Von wem gehen sie aus?

Nicht von Vertretern seriöser Geschäftskreise. Es gibt Leute, die mit allen Mitteln normale, auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz gegründete Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten verhindern wollen.

Könnten sie nicht konkrete Beispiele für Kompensationsabkommen anführen?

Unsere Außenhandelsorganisationen haben verschiedene Kompensationsabkommen und -kontrakte mit Firmen und Banken in Frankreich, der BRD, Italien, Japan und den USA abgeschlossen. Einige von ihnen belaufen sich auf Hunderte Millionen Rubel. Fast alle betreffen Bereiche wie die Chemie-, die Petrochemie-, die Erdgas-, die Holz-, die Zellstoff- und Papierindustrie, die Kohlenindustrie, die Eisen- und

Stahlindustrie sowie die NE-Metallurgie.

Ich möchte nicht auf so allgemein bekannte Projekte eingehen, wie die Kontrakte mit der Gesellschaft Hammer, das erste Generalabkommen mit Japan über eine Beteiligung bei der Erschließung des Südjakutischen Kohlebeckens, das zweite Generalabkommen für die Erschließung der Holzressourcen des sowjetischen Fernen Ostens oder die französischen Lieferungen von Ausrüstungen für das Zellstoff- und Papierkombinat in Ust-Ilimsk gegen Zelluloselieferungen aus der UdSSR. Hier ein Beispiel für einige kürzliche Kontrakte.

Mit der französischen Firma Rhône-Poulenc wurde ein kompliziertes Generalabkommen unterzeichnet, nach dem in der UdSSR Werke für die Chemieproduktion entstehen sollen, insbesondere für Dünger und Insektiziden sowie über Lieferungen einer Reihe französischer Chemiewaren und über Gegenlieferungen einiger sowjetischer Chemie- und Erdölprodukte nach Frankreich.

Ende v. J. wurde ein großer Kontrakt mit einer anderen französischen Firma über die Lieferung von Anlagen für die Produktion von Benzol und anderen Rohstoffen geschlossen, die für Polyesterfasern gebraucht werden. An diesem Kontrakt nehmen einige französische Firmen sowie eine italienische und eine US-Gesellschaft teil. Zur Kompensation der sowjetischen Aufträge wurden Kontrakte über den Export sowjetischer Chemikate und Erdölprodukte geschlossen.

Das Generalabkommen vom Februar 1976 mit einer Gruppe westdeutscher Gesellschaften, der Hoechst, Krupp Koppers, die Friedrich Uhde GmbH u. a. angehören, wird erfolgreich realisiert. Es sieht den Bau eines Polyester-Komplexes in der UdSSR mit Betrieben für alle Fertigungsstadien von Stapelfasern und Polyester, einschließlich der Ausgangsrohstoffe, vor. Die Ausrüstungen und die Lizenzen werden mit chemischen Waren aus der Sowjetunion bezahlt.

Im Mai wurden die größten Kontrakte in der gesamten Geschichte des sowjetisch-britischen Handels über die Kompensationslieferung der Ausrüstungen für zwei Methanolwerke mit einer Jahresproduktion von 1,5 Mio t unterzeichnet.

Nun ein Beispiel aus einem anderen Bereich: Mit der französischen

Gesellschaft Péchiney-Ugine-Kuhlmann wurde ein Generalabkommen über die Zusammenarbeit bei der Errichtung eines Aluminiumkomplexes in der UdSSR unterzeichnet. Die Kontrakte zur Lieferung kompletter Ausrüstungen für ein Werk, das 1 Mio t Tonerde jährlich produzieren soll, und über Gegenlieferungen von Aluminium nach Frankreich wurden unter Dach und Fach gebracht.

Und dann ein etwas ungewöhnliches Kompensationsabkommen, das mit der bekannten US-Gesellschaft Philip Morris unterzeichnet wurde. Nach Moldawien werden amerikanische Landmaschinen, Ausrüstungen und Chemikalien für den Anbau der US-Tabaksorten Virginia und Burley gelangen, wobei amerikanische Fachleute helfen werden. Das wird nicht nur das Angebot der Tabakerzeugnisse erweitern. Die Saat, die Ernte und die Kultivierung dieser amerikanischen Tabaksorten lassen sich hochgradig mechanisieren, was den Arbeitsaufwand stark senken wird. Als Kompensation werden in die USA Orienttabake exportiert, die dort nicht angebaut werden.

Sie sprachen von einer amerikanischen Firma. Wie steht es überhaupt um Kontrakte unter Teilnahme von US-Gesellschaften?

Immer mehr amerikanischen Geschäftsleute zeigen Interesse am Handel mit der Sowjetunion. Davon zeugt auch die Tagung des amerikanisch-sowjetischen Rats für Handel und Wirtschaft 1976 in Moskau, zu der über 150 Topmanager großer amerikanischen Firmen und Banken kamen.

Es sollte aber gesagt werden, daß eine Reihe großer Kontrakte, über die mit US-Firmen verhandelt wurde, leider wegen des bekannten Diskriminierungsbeschlusses des US-Kongresses gegen die UdSSR nicht abgeschlossen werden konnte. Bekanntlich hat der Kongreß entgegen der allgemein anerkannten Praxis im Welthandel die Gewährung der Meistbegünstigung und staatlicher Kredite an die Sowjetunion davon abhängig gemacht, daß die UdSSR Bedingungen akzeptiert, die mit der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit in keinerlei Zusammenhang stehen.

Wir meinen, daß der Kongreßbeschuß vor allem den US-Interes-

sen geschadet hat, da er die amerikanischen Firmen auf dem sowjetischen Markt weniger konkurrenzfähig macht. Infolgedessen haben wir Verträge mit Firmen in anderen Ländern geschlossen. So haben sowjetische Außenhandelsvereinigungen einen Großteil der Ausrüstungen für die Ammiakleitung Togliatti—Gorlowka—Odessa nicht in den USA angekauft, wie anfangs geplant war, sondern in Frankreich. Wir haben genug Handelspartner.

Von der neuen Washingtoner Administration und dem neuen Kongreß hängt ab, ob dieses ernste Hindernis bei der Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Geschäftsbeziehungen beseitigt wird, deren potentielle Möglichkeiten natürlich sehr groß sind.

Wie sind die Perspektiven für die weitere geschäftliche Zusammenarbeit in Form von langfristigen Kompensationsabkommen?

Zweifelsohne sind sie positiv. Insbesondere ermöglicht der wissenschaftlich-technische Fortschritt bei uns wie im Westen, die Dimensionen des Produktionsprozesses auszuweiten und gleichzeitig zu einer internationalen Arbeitsteilung zu kommen. Das schafft gute Möglichkeiten für eine zwischenstaatliche Produktionskooperation, für langfristige Kompensationsabkommen, u. a. auch im Bereich der verarbeitenden Industrie, besonders im Maschinenbau. Leonid Breschnew sagte in seinem Bericht an den XXV. Parteitag der KPdSU: „Einstweilen betreffen solche Abkommen vorwiegend Wirtschaftszweige, die Rohstoffe und Halbfabrikate produzieren. Aber es wäre schon an der Zeit, den Geltungsbereich dieser Abkommen auszudehnen, auch die verarbeitende Industrie mit einzubeziehen und nach neuen Methoden für die Zusammenarbeit in der Produktion zu suchen“.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß eine Wechselbeziehung zwischen der Entspannung und der Realisierung von langfristigen Großprojekten besteht. Die Verwirklichung von langfristigen Großvorhaben fördert das gegenseitige Vertrauen und trägt zu einer besseren internationalen Atmosphäre bei.

Fest wie Stahl?

Valeri BEGISCHEW

Die längste und tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat im Westen eine Art Wirklichkeitsflucht hervorgebracht. Es sieht ganz so aus, als wollten die bürgerlichen Politiker und Ökonomen, die seit zwei Jahren ein „baldiges Aufschwünge“ versprechen, nicht nur die Öffentlichkeit beschwichtigen, sondern auch sich selbst trösten. Wie jedoch das kürzliche Gipfeltreffen in London gezeigt hat, kommt die Sache nicht über den toten Punkt hinaus. Ein weiterer Beweis dafür ist die akute Krise in der Eisen- und Stahlindustrie, die bekanntlich das Barometer für die ganze Industrie ist.

Ganz tief unten

Das letzte Jahr, an das sich die Aktienhalter von Stahlmonopolen gern erinnern, war 1974. Damals betrug der Stahlausstoß in Japan über 117 Mio t, in den USA über 132 Mio und in allen EWG-Ländern zusammen 155,5 Mio t. Dann ließ die Nachfrage nach Metall schroff nach, und Mitte 1975 war die Kurve des Stahlausstosses ganz tief unten. Die Stagnation ist bis heute nicht überwunden, und für Optimismus liegen keine Gründe vor.

Davon, wie tiefgehend die Krise in der Eisen- und Stahlindustrie des Westens ist, zeugt eine beispiellose Unterbelastung der Produktionskapazitäten. Nach Angaben der *Fortune* sind in den USA selbst Unternehmen, die das so begehrte Blech produzieren, zu nur 80% ausgelastet, während in den Betrieben, die Konstruktionsstähle produzieren, die Hälfte der Ausrüstungen stillgelegt worden ist. In den Ländern der Neun sind die Betriebe zu 60–65% ausgelastet. Selbst die BRD, die von vielen ihrer EG-Partner beneidet wird, hat knapp das Niveau von 1968 erreicht. Noch schlimmer steht es um die Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens und Frankreichs, die zudem in der Arbeitsproduktivität und im Umfang der Anlagenmodernisierung stark hinter der Konkurrenz zurückgeblieben sind.

Erst vor kurzem strichen die Propagandisten des „freien Unternehmertums“ stolz das „japanische Wunder“ heraus. In der Tat: Vor nur zwei Jahrzehnten produzierte das Land lediglich 5 Mio t Stahl, und

heute belegt es den dritten Platz in der Welt (nach der UdSSR und den USA). Inzwischen hat dieses Musterbild der „industriellen Dynamik“ viel von seinem Glanz verloren. Der Stahlausstoß ist im ersten Quartal d. J. zwar nur um 10% gesunken, die nichtabgesetzten Erzeugnisse haben jedoch 9 Mio t erreicht. Schon Anfang März gaben die sechs größten Stahlgesellschaften bekannt, sie hätten ihre Investitionen gegenüber dem vorigen Jahr um ein Drittel verkürzt.



Dschungelgesetz

Die Versuche, die Krise durch Kartellabkommen zwischen den Stahlmonopolen oder durch staatliche Subventionen für den Zweig zu überwinden, scheitern einer nach dem anderen. In dieser Hinsicht ist die Situation in der EG besonders kennzeichnend. Die Montanunion, die seinerzeit zur Beschleunigung der Integration in diesem Zweig gegründet wurde, ist heute eindeutig außerstande, der Krise beizukommen. Ihr letzter erfolgloser Schritt bestand darin, von Beginn d. J. an unter den Firmen der Gemeinschaft Produktionsquoten für Stahl einzuführen. Der Erfolg war minimal.

Ein für alle annehmbares Belebungsmedium ist also nicht zu finden, und so geht man zu dem altbewährten Prinzip über, das da lautet: Jeder ist sich selbst der nächste. Die Schwäche der Eisen- und Stahlindustrie der EG-Länder war das Signal für ihre Konkurrenten. Die Märkte der Neun wurden von japanischen Gesellschaften mit ihrer hohen Arbeitsproduktivität (6 Ar-

beiterstunden je eine Tonne Stahl gegenüber 10 Arbeiterstunden in Frankreich), von Firmen Spaniens mit seiner relativ billigen Arbeitskraft, ja selbst von Firmen aus Brasilien und der RSA im Sturm genommen. In der zweiten Hälfte von 1975 importierte die EG den von ihr verbrauchten Stahl zu 8%, ein Jahr später zu 11%.

Als erste lieferten die BRD-Firmen, die stärksten in der EG, der Konkurrenz eine Schlacht. Sie überließen ihre weniger konkurrenzfähigen Partner aus Großbritannien, Frankreich und Italien ihrem Schicksal und gründeten das kleine Denelux-Kartell als Rammbock (neben der BRD gehören ihm Belgien,

Zeichnung W. Tschakiridis

Niederlande und Luxemburg an). Das ärgerte die übrigen EG-Länder, die die Gründung von Denelux als Eröffnung einer weiteren Front des Konkurrenzkampfes, diesmal innerhalb der Gemeinschaft, aufgenommen haben.

Die führenden EG-Gremien versuchten, die Spaltung durch die Gründung des „allgemeinen“ Eurofer-Kartells zu überwinden, aber auch dort dominierten bald BRD-Stahlkonzerne. Für die Verteidigung gegen den „auswärtigen Feind“ erwies sich Eurofer ebenfalls als wenig effektiv. Zu verschieden sind die Interessen der darin vereinigten Gesellschaften: Die französischen Industriellen bestehen auf rigorosen Schutzzöllen, die bundesdeutschen aber sind da weniger kategorisch, da sie unterschiedliche Metalle nach Japan und Spanien liefern und Gegenmaßnahmen befürchteten.

Alle zusammen stoßen sie die amerikanischen Stahltruste aus der Jacke, bei denen die Produktions-

kosten am höchsten sind. Die Preisdifferenz zwischen dem importierten und dem in den USA geschmolzenen Metall erreicht auf dem amerikanischen Markt 125 Dollar pro Tonne. Als Ergebnis stieg der Stahlimport der USA im vorigen Jahr allein gegenüber 1975 um 18,9% und betrug über 14 Mio t.

Braucht man sich da zu wundern, daß die amerikanischen Stahlkönige, wie die *Fortune* schreibt, „leichenblaß werden, sobald man die Rede auf den Import bringt“.

Kettenreaktion

Die Schwierigkeiten der Stahlkonzerne im Westen lösen eine Kettenreaktion aus und verursachen einen Produktionsrückgang in allen übrigen Zweigen. Um die Profite aufrechtzuerhalten, schrauben die Stahlmagnaten die Preise hoch. In den letzten 10 Jahren ist das Walzgut in den USA mehr als doppelt so teuer geworden. Im April gaben die führenden Stahlgesellschaften Japans, die Sumitomo und die Kobe, eine Preiserhöhung von 9–12% bekannt. Die Verteuerung bei Stahl heizt die Inflation noch mehr an, bedeutet sie doch, wie die *Business Week* schreibt, „eine Preiserhöhung bei allem, von Wagen bis zu Toaster“. Das seinerseits schafft ernsthafte Probleme für die Metallverarbeitung, so daß die Produktion auch dort schrumpft. Nach IAO-Angaben sanken die Zuwachsraten von Investitionen im Automobil- und Schiffbau, in der Raumschiffahrt, der Elektronik und im Werkzeugmaschinenbau der führenden kapitalistischen Länder 1971–1975 gegenüber den vorausgegangenen 5 Jahren im Durchschnitt auf 33–50%, in Großbritannien und Italien machte sich das „Nullwachstum“ breit, in der BRD und in Holland setzte in diesen Zweigen sogar die Kapitalabberufung ein.

Das bewirkt eine weitere Schrumpfung der Nachfrage nach Stahl, die Schließung „unrentabler“ Betriebe und eine Produktionseinschränkung praktisch in allen Betrieben der Stahl- und Eisenindustrie. In den EG-Ländern z. B. werde, wie das von der EWG-Kommission herausgegebene *Euroforum* kürzlich mitteilte, fast jeder siebente Beschäftigte der Hüttenwerke (ca. 100 000 Personen) von der Arbeitslosigkeit bedroht. Eine noch größere Anzahl von Hüttenwerkern sind auf Kurzarbeit mit entsprechender Lohnsenkung umgestellt. Die BRD

allein zählt mehr als 80 000 solcher Arbeiter.

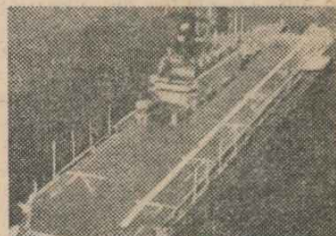
Die Förderung des Privatunternehmertums als „Antikrisenmaßnahmen“ der Regierungen kann den verwünschten Kreis Produktionsrückgang — Inflation — Arbeitslosigkeit nicht durchbrechen. Solche Maßnahmen verursachen bloß gewaltige Ausgaben — aber die Summen kommen ja von den Steuerzahlern. Die Regierungssubventionen dienen den Industriellen dazu, die Produktion zu „rationalisieren“ und die Ausrüstungen zu modernisieren; das führt zur Kürzung der Ausgaben für die Arbeitskraft und folglich zu Massenentlassungen. Der Schluß bietet sich von selbst an: Der Rahmen des Privatunternehmertums ist für die Eisen- und Stahlindustrie einen der kapitalintensivsten Industriezweige, zu eng geworden. Nur die planmäßige Entwicklung, eine technische Politik, die das Problem der Beschäftigung lösen könnte, würden den Zweig beleben können. All das ist aber nur im Falle der Verstaatlichung möglich.

Deshalb verlangen die Werktätigen der westeuropäischen Länder nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Maßnahmen. Ein aktiver Kampf entfaltet sich u. a. in den traditionellen Metallurgierevieren Frankreichs: in Lothringen und im Département Nord. Bei einer Befragung, die die Kommunisten in Lothringen veranstalteten, sprachen sich die meisten Befragten für die Verstaatlichung der Hüttenwerke aus. Das Politbüro der Französischen KP erklärte in diesem Zusammenhang: „Der Vorschlag über die Nationalisierung der Hüttenwerke ist die einzig mögliche Lösung.“

Mitte April tagte in Frankfurt (Main) eine Gewerkschaftskonferenz, die auf Anregung des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (12,5 Millionen Mitglieder in 68 Ländern) einberufen wurde. Delegierte aus der BRD, aus Frankreich, Holland, den USA und vielen anderen Ländern sprachen sich für ein koordiniertes Vorgehen der nationalen Gewerkschaften aus, und steckten den Kurs des antimonopolistischen Kampfes ab.

Die Menschen, die an den Hochöfen und Walzstraßen stehen, gedenken nicht, kleine Steine in einem fremden Spiel abzugeben. Dem werden die Stahlmagnaten, die über das Schicksal der Werktätigen zu verfügen versuchen, in letzter Instanz Rechnung tragen müssen.

Zu Lande zu Wasser, in der Luft



Tagtäglich bringt die westliche Presse Meldungen über die Entwicklung neuer Waffensysteme und gewaltige Bewilligungen für militärische Zwecke. Hier einige Nachrichten aus den USA von Ende Juni:

Die Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses für Angelegenheiten der Streitkräfte wiesen das Pentagon an, seine Bemühungen um die Entwicklung von Flügelraketen, die in Westeuropa stationiert werden sollen, zu aktivieren.

Der Kongreß stellte für das Finanzjahr 1978 einen Betrag von 349 Mio Dollar für den Bau der Flügelraketen bereit.

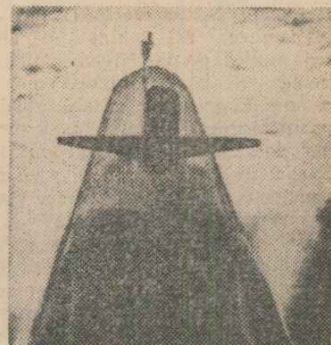
Über eine Milliarde Dollar ist für die Entwicklung der sogenannten Neutronenbombe und neue Kernwaffenarten, weitere 3 Md. Dollar für die militärische Bautätigkeit bestimmt.

Ein 350-Mio-Vertrag über den Bau des fünften atomaren U-Boots „Trident“ wurde unterzeichnet...

Oben: Zu den neuen Typen von Kriegsschiffen, die in den Bestand der amerikanischen Marine aufgenommen werden, gehört auch dieses Landungsschiff LHA-2. ♦

Unten: Atomares U-Boot „Bafon Rouge“.

Fotos aus „Daily World“ (USA)



Die Entwicklung der Landwirtschaft und das rasche Produktionswachstum betrachtet die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei gegenwärtig als ökonomische Hauptaufgabe. Die Erfolge auf diesem Gebiet sind eine entscheidende Voraussetzung dafür, die vom VI. und VII. Parteitag entwickelte sozialökonomische Strategie, die Pläne einer beschleunigten Entwicklung des Landes und der Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen zu verwirklichen.

Durch die Erhöhung der Investitionen und der Ausrüstung des Dorfes mit modernen Produktionsmitteln hat die Landwirtschaft im vergangenen Fünfjahrplan die Hauptaufgaben erfüllt, die Nahrungsmittelindustrie sogar erheblich überboten. 1971—1975 stieg die Bruttoagrarpromuktion um 19,8%, die Warenproduktion um 34,5, die Lebensmittellieferungen für den Markt (nach Industrieverarbeitung) erhöhten sich um über 70%. Der Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren wuchs in dieser Zeit um 17,3 kg pro Einwohner und erreichte den verhältnismäßig hohen Stand von 70,3 kg im Jahr.

Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion verlief jedoch nicht gleichmäßig. In den ersten drei Jahren des Fünfjahrplans war es gut, danach verlangsamte es sich durch ungünstige Witterungsverhältnisse, die Produktion ging sogar zurück. Besonders spürbar war der Rückgang der Getreide- und Futtererträge 1975. Das zog ein starkes Absinken des Schweinebestandes 1976 nach sich und rief gewisse Schwierigkeiten bei der Absicherung des Einzelhandels mit Fleisch und Fleischwaren hervor. Die Regierung mußte zeitweilig den Fleischexport einschränken und den Futterimport erhöhen.

Im September v. J. erörterte das ZK der PVAP auf seinem IV. Plenum die weitere Entwicklung der Landwirtschaft und bestimmte die

Polnisches Dorf: Wie wird es sein?

Augustyn WOS

Direktor des Warschauer Ökonomie-Instituts für Landwirtschaft

Hauptwege zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichts. Das V. Plenum des ZK der PVAP (Dezember 1976) beriet die Hauptpunkte des Fünfjahrplans (1976—1980) und empfahl, die Mittel zugunsten der Volkswirtschaftszweige für die Versorgung des Marktes umzuverteilen. Der Fragenkomplex zur Entwicklung der Landwirtschaft und zu ihren Aufgaben für 1977 wurde auf dem VI. Plenum des ZK der Partei im Januar d. J. behandelt. Die Verwirklichung einer Reihe von Maßnahmen soll die tierische Produktion erhöhen, in erster Linie den Schweinebestand wiederherstellen.

Das Schlüsselproblem im jetzigen Fünfjahrplan ist die Schaffung notwendiger Voraussetzungen für eine harmonische Entwicklung der Pflanzen- und Tierproduktion. In den letzten Jahren lag das Wachstumstempo der tierischen Produktion höher als das der pflanzlichen. Getreide- und Kraftfutter mußte importiert werden. Im Fünfjahrplan 1976—1980 sollen diese Proportionen verändert werden. Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft soll im Fünfjahrplan um 16—19% zunehmen, die pflanzliche Produktion um 20—23 und die tierische um 13—16%. Die Selbstversorgung mit Futter betrachten wir als eine wichtige Voraussetzung zur Stabilisierung der Fleisch- und Milchproduktion.

Reserven für das Wachstum

Bekanntlich gibt es in der polnischen Landwirtschaft neben dem sozialistischen den Kleinwarenssektor.

Sowjetischer Traktor auf dem Feld des Staatsgutes „Kępszyn“, Wojewodschaft Olsztyn

Der sozialistische Sektor besteht aus Staatsgütern und Produktionsgenossenschaften. Eng verbunden sind mit ihm auch die Landwirtschaftlichen Zirkel. Auf diesen Sektor entfallen 27,4% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (1960 — 13,1), er erzeugt 22,4% der Brutto- und 24,1% der Warenproduktion. Fast drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehören den Einzelwirtschaften, sie liefern den größten Teil der Warenproduktion.

Reserven des Produktionswachstums gibt es sowohl im vergesellschafteten Sektor wie auch bei den Einzelbauernwirtschaften. Die Politik der PVAP schafft Möglichkeiten für die Entwicklung jener kollektiven und Einzelwirtschaften, die in der Lage sind, die Produktion zu erhöhen und die Mittel noch effektiver zu nutzen.

„Seit Jahren ist das Bemühen um günstige Entwicklungsbedingungen der Produktion in allen Bereichen der Landwirtschaft ein unabdingbares Prinzip unserer Partei und unseres Staates“, sagte Edward Gierek auf dem VI. Plenum des ZK der PVAP. „Wir gewährleisten heute und in Zukunft günstige Entwicklungsbedingungen für die einzelbäuerlichen Landwirtschaftsbetriebe... Die größten Wachstumsmöglichkeiten der einzelbäuerlichen Produktion liegen in einer Vereinachung des Produktionsprofils und im Übergang zur Spezialisierung...“

Wir schaffen heute und künftig günstige Entwicklungsbedingungen für die Produktion in der vergesellschafteten Landwirtschaft. Die Landwirtschaftlichen Staatsgüter und die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften haben Beachtliches geleistet. Man kann sagen, im vergangenen Fünfjahrplanzeitraum ist die vergesellschaftete Landwirtschaft wahrhaft modern und leistungsfähig geworden.

Wir erhöhen die Aufwendungen zur Entfaltung der Landwirtschaftlichen Staatsgüter, der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und für die Wirtschaftstätigkeit der Landwirtschaftlichen Zirkel. Wir stellen hohe Anforderungen an die vergesellschaftete Landwirtschaft und sind davon überzeugt, daß sie einen wachsenden Beitrag zur Lösung der Probleme der Er-



nährung leisten und sich zu einem mächtigen Faktor des Fortschritts in der gesamten polnischen Landwirtschaft entwickeln wird."

Im vergangenen Fünfjahrplan stieg die Bruttoproduktion der Staatsgüter um etwa 56%. Der VII. Parteitag der PVAP stellte ihnen die Aufgabe, 1976—1980 das Wachstumstempo der Bruttoproduktion gegenüber dem in der gesamten Landwirtschaft mehr als zu verdoppeln. Mit anderen Worten, die Staatsgüter sollen durch effektiveren Einsatz von Technik die Produktion um 51% steigern. Eine weitere wichtige Aufgabe für die Staatsgüter ist die Bewirtschaftung des von den Einzelbauernwirtschaften übernommenen Bodens. Das ist jetzt der Hauptweg, um die Bodenfläche in den Staatsgütern zu vergrößern.

Eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der polnischen Landwirtschaft spielt der genossenschaftliche Sektor. In den letzten Jahren wird eine bedeutende Belebung in diesem Bereich beobachtet. Es werden neue Genossenschaften gegründet, bestehende gefestigt. Im vergangenen Fünfjahrplan stieg die Bruttoproduktion des genossenschaftlichen Sektors fast auf das Zweifache. Bis 1980 soll die Produktion in den landwirtschaftlichen Genossenschaften gegenüber 1975 auf mehr als das Doppelte erhöht werden. Sie werden etwa drei Mio Hektar Boden aus dem Staatsfonds übernehmen und bewirtschaften.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften genießen die allseitige materielle Unterstützung des Staates. Vor allem werden den neuen Genossenschaften in den ersten Jahren günstige Bedingungen gewährleistet (der Staat sorgt für die Unterhaltskosten von Fachkräften, die Versorgung der Genossenschaften mit Maschinen und Traktoren, garantiert Mindestlohn).

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft war und bleibt eine programmatische und strategische Aufgabe der PVAP, die mit unterschiedlichen Formen und unterschiedlichem Tempo in der gesamten Nachkriegsperiode konsequent verwirklicht wird. Die prinzipiellen und einschneidenden Veränderungen vollziehen sich besonders nach 1970.

Katalysator von Veränderungen

Um den Charakter der gesellschaftlichen Umgestaltungen in der



Das Staatsgut „Myciadio“ versorgt schon seit einigen Jahren die polnische Hauptstadt mit Gemüse und Blumen.

Fotos CAF—TASS

polnischen Landwirtschaft besser zu verstehen, muß man besonders die Vorgänge in der Einzelbauernwirtschaft betrachten. Die rasche Entwicklung der gesamten Wirtschaft und die tiefgreifenden Strukturveränderungen hatten darauf einen mannigfaltigen Einfluß. Heute ist die Einzelwirtschaft schon nicht mehr das, was sie einmal war. Sie existiert in der sozialistischen Umwelt und entwickelt sich entsprechend den sozialistischen Prinzipien der gesamten Wirtschaft. Durch die recht gut funktionierenden ökonomischen Hebel lenkt der Staat die Produktion des Einzelsektors und bestimmt die Richtungen seiner Entwicklung. Allmählich verändert sich auch die Einstellung der Bauern zum Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die junge Generation verläßt sich heute mehr auf die eigene Arbeit, nicht so sehr auf das Eigentum als Mittel materieller Sicherheit. Die Lebensweise der Landbevölkerung hat sich verändert. All diese neuen Elemente wurden in die Einzelwirtschaft von außen, von der sozialistischen Lebensweise, „hinein getragen“.

Was besonders wichtig ist: Die Veränderungen in den Produktionsverhältnissen auf dem Dorf gehen weit über das Erhoffte hinaus, wenn man dabei das relativ niedrige Niveau der vergesellschafteten Grundproduktionsmittel — des Bodens — berücksichtigt.

Der Umgestaltungsprozeß in der Landwirtschaft hat seine Besonderheiten. Vergesellschaftet werden vor allem solche Produktionsmittel wie Maschinen und Ausrüstungen sowie eine breite Sphäre der Dienstleistungen für die Landwirtschaft. Die in den Einzelbauernwirtschaften ent-

standen unterschiedlichen Formen der Kooperation — spezialisierte Produktionszirkel, Zirkel zur Nutzung von Maschinen. Hierbei wird nicht vorausgesetzt, daß der Boden vergesellschaftet ist, sondern nur Maschinen und Ausrüstungen, Räume sowie landwirtschaftliche Nutzfläche teilweise für gemeinsame Bewirtschaftung. Die Vergesellschaftung des Bodens ist die Schlußphase der Vergenossenschaftlichung.

Die ökonomische Grundlage der Einzelwirtschaften besteht aus Produktionsmitteln, die teilweise Privat- und teilweise gesellschaftliches Eigentum sind. Nach unseren Schätzungen sind schon heute etwa 34% des Produktionspotentials, das für die Entwicklung der Produktion in den Einzelwirtschaften entscheidende Bedeutung hat, gesellschaftliches Eigentum. Die Landwirtschaft nutzt außerdem die aus Staatsmitteln geschaffenen Transporteinrichtungen, Meliorationsausrüstungen, Stromnetz, Reparaturstützpunkte u. a. Hinzu kommt das genossenschaftliche und das staatliche Netz der Handelsversorgung des Dorfes und des Aufkaufs von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Infrastruktur unserer Landwirtschaft.

Die erhöhte Rolle des sozialistischen Sektors wurde ein äußerst wichtiges und im Grunde genommen neues Moment in der Landwirtschaftspolitik nach 1970. Er übernimmt in immer größerem Maße die Verantwortung dafür, was sich in der gesamten Landwirtschaft vollzieht und in welcher Richtung sie sich entwickelt. Mit einem Wort, der sozialistische Sektor wird gewissermaßen zum Katalysator von Veränderungen auch innerhalb der Einzelbauernwirtschaft. Er beeinflußt immer tiefgreifender den Produktionsprozeß und schafft dadurch Bedingungen für einen allmählichen Übergang der Einzelwirtschaften zum sozialistischen Weg. Auf diese Weise entsteht ein bestimmtes Modell gesellschaftlicher Umgestaltungen, die auf der Integration von Bauernwirtschaften in den sozialistischen Sektor beruhen, wodurch allmählich der Einzelsektor, ohne das Entwicklungstempo der gesamten Landwirtschaft zu verringern, rekonstruiert werden kann.

Horizontale und vertikale Kooperation

Bis jetzt sprachen wir von den gesellschaftlichen Umgestaltungen,

die sozusagen an der Scheide der Einzelbauernwirtschaft und des vergesellschafteten Sektors vonstatten gehen. Das Bild wäre unvollständig, würden wir die Fragen außer acht lassen, die mit der Formierung bestimmter Formen des Gruppen- (Kollektiv)eigentums im Einzelsektor verbunden sind. Gemeint sind die einfachsten Formen der Kooperation in der Landwirtschaft — der Zusammenschluß der Bauern zu Produktionskollektiven.

Seit 1972 entwickeln sich solche Formen sehr rasch. Hauptsächlich sind das Kollektive von Einzelbauern, die gemeinsam landwirtschaftliche Produktion herstellen und Maschinen nutzen.

Was stellen solche Bauernkollektive in sozialökonomischer Hinsicht dar? Hier geht es eher um die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses als um die vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Dieses Kollektiv aber ist schon etwas anderes gegenüber der traditionellen Bauernwirtschaft. Es legt das Fundament des gesellschaftlichen Eigentums und lehrt die Bauern, gemeinsam Beschlüsse zu fassen sowie die Wirtschaft zu führen. Obwohl diese Kollektive im sozialen und gesellschaftlichen Sinne noch keine sozialistischen Wirtschaftsformen sind, erleichtern sie doch unter unseren Bedingungen die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse.

Für die gesellschaftliche Umgestaltung in der Einzellandwirtschaft gewinnt auch die vertikale Kooperation an Bedeutung. Gemeint sind die Produktionsbeziehungen zwischen Einzelbauern, ihren Kollektiven und den Wirtschaften des vergesellschafteten Sektors (Staatsgütern, Produktionsgenossenschaften). Die vertikale Kooperation zwischen den Sektoren ist eine neue, sich sehr dynamisch entwickelnde Form ökonomischer Beziehungen zwischen den Einzelwirtschaften und dem sozialistischen Sektor.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in Polen umfaßt zwei Prozesse: den Übergang von der individuellen kleinen Bauernwirtschaft zur großen, vergesellschafteten Produktion wie auch von der „Manufaktur“ landwirtschaftlich zur „industriellen“. Diese Prozesse verlaufen in einer dialektischen Einheit. Die moderne Technik setzt neue Produktionskräfte auf dem Lande frei, deren Entwicklung die Notwendigkeit der Veränderungen der Produktionsverhältnisse hervorruft. Die kleine Bauernwirtschaft und ihre Produktion sind unter sol-

chen Bedingungen überlebt. Die Technik „dringt“ in die Einzelbauernwirtschaft ein, „sprengt“ sie von innen und fördert die Konzentration der Produktion und die umfassende Kooperation zwischen den Bauern eines Dorfes wie auch zwischen den Einzelwirtschaften und dem sozialistischen Sektor. Es ist jedoch klar, daß das Tempo der sozialistischen Umgestaltungen von den materiell-technischen Möglichkeiten der nationalen Wirtschaft abhängt, vor allem von ihren Finanzmöglichkeiten für die Umgestaltung der Landwirtschaft.

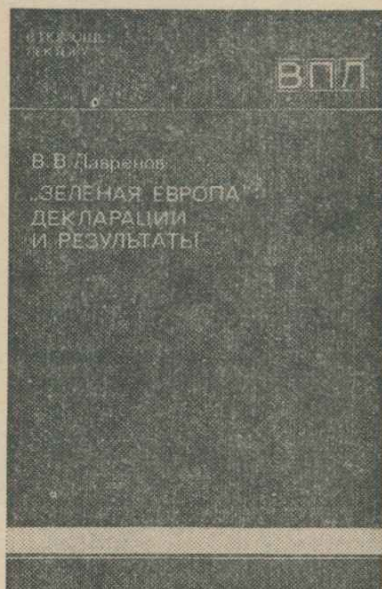
Die technische Rekonstruktion der Landwirtschaft löst gleichzeitig zwei Probleme. Die Technik ersetzt die aus dem Dorf abwandernden Arbeitskräfte und erleichtert die Arbeit der dort Verbliebenen, gewährleistet deren hohe Produktivität. Die technische Rekonstruktion erfordert natürlich große Zuwendungen und muß aus dem Staatshaushalt finanziert werden.

Große Bedeutung für die Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer sozialistischen Umgestaltung wird die Verwirklichung des heute ausgearbeiteten Systems zur Rentenversorgung der Einzelbauern haben. Auf die Beschäftigten im vergesellschafteten Sektor der Landwirtschaft bezieht sich das schon seit langem in der gesamten Volkswirtschaft wirkende System zur Rentenversorgung. Eine Rente werden Bauern erhalten, die das erforderliche Alter erreichen und ihre Wirtschaft in gutem Zustand an den Nachfolger übergeben. Der Rentenfonds wird sich aus Mitteln der Bauern und aus staatlichen Zuwendungen zusammensetzen. Die Höhe der Rente wird von der Menge der abgelieferten und an den Staat verkauften Produktion in den letzten fünf Jahren vor Übergabe der Wirtschaft an den Nachfolger abhängen. Voraussichtlich löst dieses System eine Reihe sozialer Probleme des Dorfes und gibt u. a. jungen Leuten die Möglichkeit, eher mit der selbständigen Arbeit zu beginnen.

Die Unterstützung für die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Einzelbauernwirtschaft und die Stimulierung des technischen Rekonstruktionsprozesses der gesamten Landwirtschaft sind eines der Hauptziele der Landwirtschaftspolitik der PVAP, die sie gemeinsam mit der Vereinigten Bauernpartei betreibt und die von den breiten Massen der polnischen Bauernschaft gebilligt wird.

Der widerspruchsvolle Prozeß der westeuropäischen Agrarintegration ist das Thema des Buches von Wladimir Lawrenow „Grünes Europa“: Deklarationen und Resultate (Verlag Snamije, Moskau, 1977), der in der NZ EG-Probleme behandelt, und der Skizzen des *Prawda*-Journalisten Rudolf Putchkow (Verlag für politische Literatur, Moskau, 1977).

Nach der Brüsseler Statistik ist der gemeinsame Agrarmarkt der Bereich, wo die EG in der Integration die größten Fortschritte gemacht hat. In nur einem Jahrzehnt (1963—1973) hat sich der Agrarhandel in der EG vervierfacht, während der Gesamtwarenaustausch auf das Dreifache gestiegen ist; in der



Arbeitsproduktivität hat die Landwirtschaft die Industrie um 22% überholt. Die EG-Länder haben nicht nur die Selbstversorgung mit Lebensmitteln verbessert, sondern auch einen Mechanismus für die Abstimmung der Agrarpolitik und Fonds für ihre Finanzierung geschaffen. Eigentlich ist dem so, doch zugleich werden im „Grünen Europa“ weiterhin härteste Auseinandersetzungen geführt. Und wenn der gemeinsame Agrarmarkt funktioniert, dann keineswegs, weil die EG-Staaten das Zusammenwirken gelernt hätten, sondern vor allem dank den Kompromissen, die, wie Lawrenow betont, immer schwerer erzielt werden.

Lawrenow zeigt anhand ausgiebiger Realien, wie der EG-Agrarmarkt den Interessen der Multis dient, die aus ihm Superprofite herauschlagen. Die Ergebnisse liegen auf der Hand: Die Landbevölkerung der sechs anfänglichen EG-Staaten ist in den 15 Jahren um die Hälfte zurückgegangen, und jetzt fragt man sich in vielen EG-Staaten: Wie viele

Kehrseite des EG-Agrarmarktes

Tatjana BORISSOWA, Felix GORJUNOW

Bauern wird es in etwa 10 Jahren noch geben?

Die relative Nahrungsmittelautarkie der EG hat weder zu einer Verbilligung der Lebensmittel für die Städter noch zu gerechten Preisen für die Bauern geführt. Die Bauernschaft sieht im EG-Agrarmarkt nur eine Gefahr für ihre weitere Existenz. Die Agrarintegration beschleunigt den sozialen Differenzierungsprozeß in der westeuropäischen Landwirtschaft und nimmt den bürgerlichen Parteien den politischen Rückhalt bei vielen Bauern.

Putschkows Skizzen „Abseits der großen Straßen“ berichten von Landregionen, die nicht nur abseits gelegen, sondern auch von den Hauptwegen der sozialökonomischen und kulturellen Entwicklung Westeuropas weit entfernt sind.

Das gilt z. B. für Sizilien mit Kleinstädten, die in ihrem langsamen Rhythmus Dörfern ähneln, und mit Dörfern, die diesen Städten durch ihre kleinen Lehm- und Steinhäuser ähnlich sehen. Diese Insel — wo laut Reiseführern die Sonne 2300 Stunden im Jahr scheint und drei Zitronenernten jährlich eingebracht werden — gehört zu den ärmsten Landgebieten Italiens. Für das Großkapital Norditaliens und der ganzen EG ist Sizilien faktisch ein Notstandsgebiet.

Der Autor traf mit Insulanern, mit Politikern und Öffentlichkeitsarbeitern zusammen. Sie alle sprachen bekümmert davon, daß die Menschen Sizilien verlassen, die Handwerksbetriebe dahinsiechen und die Felder mit Unkraut verwachsen.



Die Kleinstadt Racalmuto (Provinz Agrigento) hatte um die Jahrhundertwende 18 000 Einwohner — heute sind es nur etwa 6000. Die Handelsbetriebe vegetieren dahin, da nur wenige Angestellte und Lehrer Geld verdienen. Es gibt nur 50 Arbeiter, und den Arbeitslosen bleibt nur die Hoffnung auf Auswanderung. Die Lage in Racalmuto steht für den gesamten italienischen Süden.

In den letzten Jahrzehnten wurden in Italien Maßnahmen ergriffen, um das Wirtschaftsgefälle zwischen dem Süden und dem Norden abzubauen — doch Fortschritte stellten sich nur schleppend ein. In den gut 10 Jahren der Agrarreform wurden nur 769 000 von 21 Mio ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche Italiens erfaßt.

Goldene Strände, malerische Grotten, jahrhundertalte Wälder und altertümliche Festungen — so stellt sich die französische Mittelmeerin-

sel Korsika dar. Doch der Autor, der die Heimat Napoleons bereiste, gewann den Eindruck, er wäre fast auf einer unbewohnten Insel. Dieser Eindruck kommt der Wahrheit nahe. Von den mehr als 200 000 Korsen lebt die Hälfte in den Städten Bastia und Ajaccio, und die anderen wohnen größtenteils in einigen kleineren Städten. Ein Großteil der Insel ist von Maquis bewachsen — eintönigem immergrünen Gestrüpp sowie von einer merkwürdigen Symbiose aus Heidekraut, Weihrauchzypressen, Lavendel und Wachholderbäumen. Durch die Jahrhunderte waren die Maquis ein verlässlicher Zufluchtsort für die Freiheitskämpfer. Doch die Maquis stellen auch ein ernstes Problem dar. Vor dem ersten Weltkrieg nahmen sie 20 % der Fläche ein, und 37 % wurden bearbeitet. Heute haben sich die Maquis mehr als verdoppelt, und weniger als ein Zehntel der Insel sind Acker, Weinberge und Gärten.

Der Autor wendet sich auch der Bretagne zu. Er führt uns schmale in Grün getauchte Landwege entlang, im Juni, bei der Kartoffelernte. Der Geruch der warmen, jungfräulichen Erde, duftendes Heu. In den Dorfgasthäusern vernimmt man, was die Menschen in dieser Provinz bewegt. Man spricht von den Ernteaussichten, den Viehpreisen, einer Flurbereinigung, dem Fischfang, davon, daß man in Paris die Bretagne vergessen hat, wo die Arbeitslosigkeit wächst und Konservenfabriken geschlossen werden. Das Durchschnittseinkommen der dortigen Bauern ist 2–2,5mal niedriger als im Raum von Paris. Sie haben nicht genug Geld für die Modernisierung ihrer Wirtschaftsbetriebe und die Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse. Die Bauern werden schnell ruiniert: Die Bevölkerung der Bretagne geht katastrophal zurück.

Lawrenows und Putschkows Bücher wurden zu Recht gemeinsam rezensiert. Das erste zeichnet ein Gesamtbild der Widersprüche der westeuropäischen Agrarintegration. Das zweite zeigt, wie diese Widersprüche in den Schicksalen von Millionen zum Ausdruck kommen.

V. Лавренов, «Зеленая Европа»: декларация и результаты. Издательство «Знание», М., 1977. Р. Пучков, «В стороне от автострад». Издательство политической литературы, М., 1977.

ZEUGEN DER VERGANGENHEIT

Anatoli TSCHLENOW

Ordentliches Mitglied der Geographischen Gesellschaft der UdSSR

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, was schöner ist, die Notre-Dame in Paris, der indonesische Boro Budur oder die Kolossalpyramiden in Mexiko. Aber ohne jedes dieser Altertümer wäre die Weltkultur ärmer. Die vergegenständlichte geschichtliche Geographie kann keinen ihrer Faktoren entbehren. Jedes Volk, jede Epoche hat Einmaliges zu ihr beigezeichnet.

Ungemein mannigfaltig sind die Altertümer unseres Landes mit seinen vielen Völkern, deren Kultur zum Teil Jahrtausende alt ist. Da gibt es die altrussischen Festungen und die Moscheen von Samarkand, Derbent, Kasan und Chiwa; die Ruinen der griechischen Antike in Städten am Schwarzen und am Asowschen Meer und die Gotik Rigas; den restaurierten Tempel aus der Heidenzeit Armeniens und die von dagestanischen Archäologen aufgefundenen kilometerlangen Mauern der Städte des Chasarenreiches; die Skythengräber und die ausgegrabenen buddhistischen Heiligtümer in Tadshikistan; die einzigartigen Höhlenstädte aus Georgiens Mittelalter und die Schlachtfelder, auf denen die Krieger des Darius, Alexanders des Großen, römische Legionen, die Heerhaufen des Kalifats und Napoleons Truppen kämpften.

Hinzu kommen die Holzbauten verschiedener Völker, aus denen letzthin im nordischen Kishi, im südlichen Tbilissi, im transkarpatischen Ushgorod und im transbaikalischen Burjatien Museen unter freiem Himmel gebildet worden sind.

Lunatscharski rief als erster Volkskommissar für Volksbildung die Landesbevölkerung schon im November 1917 auf, das Kulturerbe zu hüten. Beim Volkskommissariat der RSFSR für Volksbildung wurde ein Gesamt-russisches Kollegium für Museen und Denkmalschutz gebildet. Lenin betonte wiederholt die Notwendigkeit, die Altertümer zu bewahren, und unternahm selbst Schritte dazu. Man denke da an das weltbekannte Jasnaja Poljana oder an das bescheidene Anwesen Orechowo bei Wladimir, das dem Stammvater der russischen Luftfahrt, Nikolai Shukowski, gehörte (der

Schutzbrief, der den Angehörigen des Verstorbenen zwecks Einrichtung einer Gedenkstätte ausgestellt wurde, ist von Lenin unterzeichnet).

Leider wurde, besonders in den 30er und 40er Jahren, stellenweise nihilistisch mit Baudenkmalen verfahren. Einige wurden als „unzeitgemäß“ abgetragen. Das wurde mit Recht kritisiert, und in den letzten Jahrzehnten ist der Schutz der Geschichts- und Kulturdenkmäler zu wahrer Blüte gelangt.

In den 70er Jahren haben die Restaurationsarbeiten unter sehr großem Aufwand kolossal zugenommen. In der Russischen Föderation allein sind im laufenden Planjahr fünf (1976—1980) rund 200 Mio Rubel dafür bereitgestellt.

Windmühlen!

Vor acht Jahren, kurz nachdem in Estland das Gesetz über den Denkmalschutz herauskam, wurde Freidi Toms zum Leiter der neugebildeten Inspektion dieser Republik bestellt. Er mußte sich vieles überlegen und sich vor allem fragen, ob die Restauratoren ihre Aufgabe richtig in Angriff genommen hätten, richtig nicht vom Standpunkt der Vergangenheit, sondern im Sinne des neuen Gesetzes.

Die schöne Gotik Tallinns wird in Registern geführt und geschützt, ebenso die mittelalterlichen Kirchen in anderen Städten und in Dörfern sowie viele spätere Objekte, z. B. die klassizistischen Universitätsbauten in Tartu. Ist es aber vertretbar, daß einzelne wertvolle Bauten und nicht ganze Baukomplexe unter Staatsschutz stehen? Nicht als Museen unter freiem Himmel in der Umgebung von Tallinn, sondern an Ort und Stelle? „Das hat mir als Bauernsohn besonderes Kopfzerbrechen gemacht“, sagt Toms.

Er kam zu dem Schluß, daß man mit einer „Inventur“ dessen anfangen müßte, was zu schützen ist. Und Toms ging an die Arbeit. Zusammen mit seinem Chefinspekteur Olev Maas bereiste er ganz Estland und brachte ein Heer von Heimatkundlern auf die Beine. Das dauerte drei Jahre, aber dank dieser Arbeit konnte Toms ausführliche Emp-

fehlungen machen. Daraufhin beschloß der Ministerrat Estlands 1973, acht Städte (abgesehen von der Tallinner Altstadt) und eine Siedlung unter Denkmalschutz zu stellen, und gab eine diesbezügliche Verordnung heraus, laut der in diesen Zonen nichts gebaut, nichts abgetragen und nichts restauriert werden darf ohne Erlaubnis der Republikinspektion für Denkmalschutz.

Der Verordnung zufolge müssen „in den Schutzzonen die geschichtlich entstandenen Bautraditionen und das Kolorit (Baustoffe, Dachdecken, Straßenpflaster, Fassadenverkleidung, allgemeine Maßstäbe und Größe von Bauten, Straßenplanung, Perspektiven und Weichbild) berücksichtigt werden“. Ein an sich nicht wertvolles Gebäude kann ja in einem Baukomplex unentbehrlich sein. Als solche Komplexe gelten manche Häusergevierte, Plätze und Straßen oder ein ganzes altes Stadtzentrum in den Städten Viljandi, Voru, Kingisepp, Paide, Pärnu, Rakvere, Tartu und Haapsala sowie in der Siedlung Lihula.

Die Regierung hat für die Republik eine neue Liste der unter Schutz gestellten Altertümer bestätigt. Sie weist — was ebenfalls neu ist — auch ganze Baukomplexe auf, u. zw. rund 600, während die Zahl der Bauten in ihnen an 2000 heranreicht. Dazu gehören: 13 Weiler, das ganze Dorf Koguva (auf Muhu), 5 Mühlen im Dorfe Angla (auf Saaremaa), ferner Herrensitze, alte Herbergen, Poststationen, Leuchttürme usw. Außerdem sind einige hundert Denkwürdigkeiten und Komplexe auf Listen für lokalen Denkmalschutz gesetzt. Soviel in dem kleinen Estland (nur 45 000 km²).

Ich habe es bereist, habe das steinerne Fischerdorf Koguva bewundert, die Windmühlen, die keiner braucht, die aber rechtzeitig vor dem Verfall bewahrt wurden und die Landschaft zieren. Ich sah altertümliche Städtchen, in denen nicht einmal die Gehsteigplatten und die Dachziegel angetastet werden dürfen.

Weder im zaristischen noch im bürgerlichen Estland gab es so ein Gesetz (wie übrigens im ganzen Russenreiche nicht). Das neue System des Denkmalschutzes ist also ganz und gar sowjetisch. Das estnische ist heute aber das beste im Land und dient anderen Republiken als Vorbild. Doch das beste System, Altertümer einem Massenpublikum zugänglich zu machen, besteht in der Russischen Föderation, nämlich im Gebiet Wladimir.

Museen, Museen, Museen. . .

Dank dem größeren Wohlstand und der Entwicklung der sozialistischen Kultur sowie den besseren sozialen Verhältnissen, namentlich dem Mehr an Freizeit, hat das Interesse der sowjetischen Menschen für geschichtliche Stätten wesentlich zugenommen. Zu diesen gehören Wladimir mit seinen berühmten Kathedralen aus dem 12. Jahrhundert und das benachbarte stille Susdal mit seinen vielen alten Bauten. In den 60er Jahren bekamen sie einen ungeheuren Zustrom von Touristen. Statt der gewohnten Zehntausende im Jahr wurden es viele Hunderttausend. Es werden immer mehr, und ich will nicht verhehlen, daß die Sache manchen Museumsbeamten über den Kopf wuchs. Die Leiter wechselten oft, bis endlich Frau Alissa Axjonowa die Leitung übernahm.

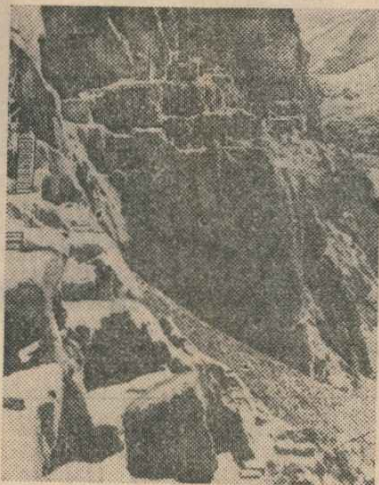
Heute ist sie Generaldirektorin des vereinigten Schutzgebietes Wladimir—Susdal (das 1974 sämtliche Museen des Gebiets aufnahm) und in dieser Eigenschaft sehr bekannt.

Sie hat aus dem Schutzgebiet eigentlich ein Großunternehmen gemacht, das jetzt auf anderthalb Millionen Touristen im Jahr eingestellt ist und noch wächst. Das Personal dieses ersten derartigen Systems im Land, das aus dem „Museumsboom“ die Konsequenzen gezogen hat, umfaßt 550 Personen, abgesehen von 400 Fremdenführern, die von Fall zu Fall beschäftigt werden. Es besteht außer aus Wladimir und Susdal, das auch zum „Dachmuseum“ zählt, aus neun Zweigstellen in Städten und Dörfern des Gebiets.

Frau Axjonowa, selbst in Wladimir gebürtig, eine Enthusiastin, die stets auf Neues bedacht ist, war schon immer stolz auf die Baudenkmäler der Stadt. Als Leiterin des Denkmalsschutzgebietes sagte sie sich mit Recht, daß es im Sinne der Leninschen Politik liegt, die Sehenswürdigkeiten Besuchern zugänglich zu machen, daß das der patriotischen Erziehung förderlich ist. Sie erkannte auch, daß die Methoden dabei ständig verbessert werden müssen, denn die Zeit steht ja nicht still.

Als erstes nahm sie sich deshalb vor, daß keine Führung abgewiesen oder ohne hochwissenschaftliche Erläuterungen gelassen werden darf. Auf ihren Antrag machte das Gebietsexekutivkomitee die Führungen zum Monopol ihres Systems. Schnell verbreitete sich die Kunde von den vorzüglichen Wladimirer Führungen

im In- und Ausland und lockte noch mehr Touristen an. Den Erlös bekommt die Denkmalsschutzzone (seit vier Jahren stieg er von 500 000 auf 1 Mio Rubel im Jahr). Dieses Geld und die staatlichen Zuwendungen von jährlich gut 400 000 Rubeln werden mit Methode im Museumskomplex reinvestiert, womit nicht Restaurationsarbeiten gemeint sind (für diese stellt das Kulturstamt des Gebiets spezielle Summen bereit), sondern die Herrichtung von Baudenkmalern für Führungen.



Die berühmte Höhlenstadt Wardsia.

Diese Arbeiten haben einen frapanten Umfang. In den letzten drei Jahren und in Wladimir allein sind vier neue Museen entstanden. Dieses Jahr werden im Gebiet 20 neue Museen und ständige Ausstellungen eröffnet, bis 1980 (Ende des laufenden Planjahrhüfnts) 40!

Bemerkenswert ist das Neurertum, das dabei bewiesen wird. Anstelle der üblichen Heimatkundemuseen, in denen alles ausgestellt war, „vom Mammuthauer bis zur modernsten Maschine“, werden hier Museenkomplexe in jeder Stadt gebildet. Jeder ist auf etwas spezialisiert, keiner gleicht einem anderen in derselben oder in einer anderen Stadt (heute gilt das ganze Gebiet als ein einziger riesiger Museenkomplex).

In einem kleinen Vorstadthaus von Susdal ist die Einrichtung wie in alten Zeiten, im Gebäude des ehemaligen Wasserturms von Wladimir fühlt man sich in das schläfrige Provinznest versetzt, das Wladimir noch im 19. Jahrhundert war. Das Haus der Stoletows, aus dem im vorigen Jahrhundert zwei berühmte Brüder

hervorgingen — der Entdecker der Gesetze des Fotoeffekts und ein General, Held der Befreiung Bulgariens vom Türkenjoch — ist jetzt Gedenkstätte. Als diese eingerichtet wurde, war nur ein Gegenstand aus dem ursprünglichen Besitz vorhanden. Die Wissenschaftlerin Lia Gorelik bereiste viele unserer Städte und noch halb Bulgarien und trug vieles zusammen, was sich sehen lassen kann.

In einer nicht fertiggebauten Altgläubigenkirche ebenfalls in Wladimir ist eine lokale Kunstgewerbeausstellung untergebracht. Das Goldene Tor aus dem 12. Jahrhundert — der erhalten gebliebene Teil der städtischen Befestigungsanlagen — ist ein Museum der Teilnahme Wladimirs an der Landesverteidigung. Zu Anfang kommt man an ein Diorama mit Tonanlage, das die Erstürmung der Stadt durch den Tatarenchan Batu im 13. Jahrhundert darstellt. Am Schluß befindet sich eine Galerie von Bildnissen der Helden der Sowjetunion aus dem Gebiet Wladimir.

Manche Ausstellungen umfassen Altertümer, andere moderne Stücke, so das Gedenkmuseum des Konstrukteurs Degtjarew in Kowrow oder das Museum von Lackminiaturen und Stickereien in Mstjora. Um alle Zweigstellen zu sehen, muß man jetzt 1600 Kilometer zurücklegen.

Eine Höhlenstadt

Mit der Bautätigkeit, mit der Altertümer Touristen zugänglich gemacht werden, ist Georgien vorbildlich. Nehmen wir Kachetien! Seine Städte liegen oft einige hundert Kilometer von Tbilissi, der Hauptstadt, entfernt und obendrein hinter Gebirgspässen. Mit einer Autofahrt ist es nicht getan, man muß dort eine Zeitlang Aufenthalt nehmen.

Das hat man in Georgien, beim Rat für Fremdenverkehr, denn auch berücksichtigt. Er hat zum Ausgangspunkt für Führungen die Hauptstadt des ehemaligen Königreichs Kachetien, Telawi, gemacht, dort zwei Touristenherbergen bauen lassen und bei ihnen mehrere Routen eröffnet. Heute kommen Gruppen aus Leningrad, Vilnius, Odessa usw. manchmal per Flugzeug übers Wochenende hin. Am Flugplatz Tbilissi werden sie von Autobussen des Rats in Empfang genommen. In Telawi baut neuerdings auch Intourist ein Hotel.

Also auf, nach Telawi! Vor dem Schloß König Iraklis II. — es ist jetzt Museum — erhebt sich ein neues Denkmal dieses großen

georgischen Feldherrn. Er mußte gegen Eroberer der Schahs und Sultane 60 Schlachten schlagen. Im ungleichen Kampf wandte er sich, um Georgien zu retten, an Rußland. Bei Telawi, in Ikalto, befinden sich die Ruinen der Akademie, an der Schota Rustaweli, der größte Dichter Georgiens (12. Jh.), studiert haben soll. In anderer Richtung erheben sich die Ruinen von Gremi, einer kachetischen Hauptstadt, die von Feinden zerstört wurde. In der erhalten gebliebenen Zitadelle befindet sich ein

Restauratoren in Litauen

Ein Zwischenglied zwischen dem Denkmalsschutz und der Herrichtung von Altertümern als Museen sind die Restaurationsarbeiten. Der litauische Trust Litrestauracija ist eine große Firma mit gut 2000 Angestellten ohne die Saisonarbeiter. Der Trust arbeitet ohne alle Zuschüsse und führt im Jahr Arbeiten für 8 Mio Rubel aus. Vor 10 Jahren beschäftigte er nur 450 Personen und erfüllte Aufträge für knapp 1,5 Mio Rubel.

ren derartige Leistungen undenkbar.

Der litauische Restaurationstrust hat zahlreiche Werkstätten für Holzarbeiten, Buntglasscheiben, Fresken, Bildhauerei, Vergoldung, Eisenguß, Schmiedeeisen- und Ziselierarbeiten ins Leben gerufen. Es gibt sogar eine, die alte Orgeln restauriert. Besonders erwähnenswert ist wohl das zum Trust gehörende Institut für Denkmalspflege, bisher das einzige im Land. Es restauriert nichts selbst. Läuft ein Auftrag ein, dann wird das Objekt von Fachkräften des In-



Museum des Georgischen Denkmalschutzes.

Diese und viele andere Denkwürdigkeiten sind außerhalb der Republik dank deren Rat für Fremdenverkehr bekannt geworden. In Kachetien baut man noch Touristenherbergen. Das malerische, altertümliche, auf einem Berg stehende Städtchen Signachi z. B., das von einer mehrere Kilometer langen Mauer umgeben ist, wird jetzt zu einer Sehenswürdigkeit. Es hat schon eine Touristenherberge, und ganz oben auf dem Berg entsteht das Hotel Amirani, von wo aus man einen vorzüglichen Ausblick hat, noch besser als von den Hotels in Groß-Tirnowo (Bulgarien), das ja ein richtiger Adlerhorst ist.

Ebensolche Bauten läßt der Fremdenverkehrsrat auch anderwärts aufführen. Im Süden Georgiens beeindruckt einen ganz besonders Wardsia, eine Höhlenstadt mit wunderbaren Fresken (12. Jh.). In ganz Europa gibt es nichts dergleichen. Die Stadt steht unter Denkmalschutz, aber gegenüber befindet sich eine Touristenherberge, und daneben wird ein modernes Hotel fertiggestellt, beide ausschließlich für Besucher von Wardsia, während früher nur vereinzelte Liebhaber hinkamen und sich weder verköstigen noch nächtigen konnten. Jetzt stellt man sich auf Zehntausende von Besuchern ein.

Haus in Vilnius vor und nach der Restaurierung

Im Jahre 1967 verabschiedete der Oberste Sowjet der Republik erstmalig in der Geschichte Litauens ein Denkmalschutzgesetz. Danach wurden die Restaurierwerkstätten in einen Spezialtrust umgewandelt. Als Zweigstellen sind in Kaunas und Klaipeda selbständige Werkstätten eingerichtet worden. Der Trust und sie haben hochleistungsfähige Anlagen.

Ganz besonders läßt sich der Architekt Romualdas Kaminskas, der zur Zeit den Trust leitet, diese Arbeiten aneignen sein. Von ihm sagt Edmundas Leparskas, der Chefingenieur: „Kaminskas hält die Regierung und das ZK der KP Litauens regelmäßig über unsere Probleme auf dem laufenden. So hat er bei der Regierung die traditionelle keramische Produktion zur Sprache gebracht, und jetzt verbrauchen wir selbst nur 10% unserer Ziegel und Dachziegel, denn sie sind bei sehr vielen Bauorganisationen außerordentlich gefragt. Also haben wir unser eigenes Problem gelöst, und zugleich ist ein Anstoß zur Herstellung neuer Erzeugnisse gegeben worden.“

Kaminskas erinnert mich an Frau Axjonowa und an Toms. Ohne solche Enthusiasten und ohne Gemeinschaften, die ihnen folgen, wä-

ren derartige Leistungen undenkbar. Mit diesem Projekt wendet sich der Auftraggeber direkt an den Trust.

„Sehen Sie, das ist unser Credo“, sagt Sigurdas Andrašiunas, der Chefingenieur des Instituts, und führt mich zu einem Häuschen im gotischen Stil, in dem die Denkmalschutzinspektion von Vilnius untergebracht ist. „Soweit das alte Gemäuer hält, ist es beibehalten und sichtbar gemacht. Was der Zeit nicht standgehalten hat, ist in derselben Farbe und aus dem gleichen Baustoff ergänzt und restauriert, doch so, daß es sich vom alten unterscheidet. Die steile Giebelmauer ist bis oben geführt in einem Winkel, den wir beim Untersuchen des Bauwerks von früher festgestellt haben. Das Projekt stammt von unserem Architekten Aldona Svabauskiene, das für den Bau nebenan von Edvardas Misiulis.“

„Das ist aber doch ein Haus aus gleichen Hälften“, wende ich ein. „Warum zwei Architekten?“

„Das sind Zwillingshäuser, wie sie zur Zeit der Gotik in Vilnius sehr modern waren. Die rechte Hälfte haben wir fast neu gebaut, nur noch der Keller war da. Die Aufgaben waren verschieden, daher zwei Architekten und daher auch die verschiedene Inneneinrichtung.“

Innen ist alles sorgfältig wie in

einem Kaufmannshaus aus dem 15. oder 16. Jahrhundert wiederhergestellt, nebenan, im neu gebauten Zwilling, befindet sich ein moderner Ausstellungssaal, denn da war nichts zu restaurieren. Von außen wirkt der Zwillingebau aber als Ganzes. Das Neue wird nicht als Original ausgegeben, aber zusammen machen die Zwillinge großen Eindruck.

Das Institut hat eine Abteilung für Herrensitze und Parks. Unter Denkmalsschutz in Litauen stehen ja rund 200 Parks. In der Rudnina-Einöde, einer Waldung südlich von Vilnius und Trakai, zeigt mir Evaldas Navys, Leiter der Abteilung, wiederhergestellte Partisanenunterstände aus dem Großen Vaterländischen Krieg: Unterkünfte, Räume der Stäbe, eine Küche, eine Sauna, ein Ambulatorium. „Jetzt kann ihnen nichts mehr passieren“, sagt er, „die Dachbohlen sind mit Beton untermauert.“ Die Abteilung hat weiter einen Generalplan für eine Gedenkstätte am Ort des von den Nazis zerstörten litauischen Dorfes Abilinga aufgestellt, wo alle Einwohner ermordet wurden. Kunstgewerbler aus dem Volk haben hier riesige Holzstatuen zum Gedenken errichtet.

* * *

Es gibt zu viel, als daß ich hier alles schildern könnte. Warum ich nur Gutes zu berichten weiß? Gewiß, es gibt auch Mängel. Das Land ist ja riesengroß und hat viele Denkwürdigkeiten. Nicht überall werden sie bewahrt, wie es sein müßte, und nicht überall beeilt man sich, die geschilderten guten Erfahrungen zu übernehmen. Über die Mängel schreibt die sowjetische Presse oft. Auch ich habe sie wiederholt kritisiert. Doch die Großzügigkeit, mit der diese Sache in den letzten Jahren bei uns gehandhabt wird, ist aller Ehren wert.

Die Zukunft verspricht noch mehr. Die in den Sowjetrepubliken verabschiedeten einschlägigen Gesetze wirken sich sehr gut aus. Das Ende 1976 in Kraft getretene erste Unionsgesetz über den Denkmalsschutz wird bestimmt ein starker Anstoß zu solchen Leistungen im ganzen Lande sein. Zeugnis von der Bedeutung, die dem Denkmalsschutz beigelegt wird, ist der entsprechende Passus im neuen Verfassungsentwurf: „Die Sorge für die Erhaltung der geschichtlichen Denkmäler und anderen Kulturgüter ist Pflicht der Bürger der UdSSR.“

Tallinn—Wladimir—Tbilissi—
Vilnius—Moskau

„NEUE ZEIT“ 27-77

TRINIDAD UND TOBAGO

In Port of Spain und anderswo

Alexej ALEXANDROW

In Port of Spain, der Hauptstadt von Trinidad und Tobago, schlägt dem Ankommenden heiße Luft entgegen. Kein einziges Bäumlein am Betonkai. Schnell in den rettenden Schatten hinein, vorbei an den Andenkenhändlern mit ihren zahllosen Plastiken, Masken, Souvenirs aus Leder, Stroh und Sisal.

Eine Chaussee führt vom Hafen aus durch ein grünes Zuckerrohrfeld direkt ins Zentrum von Port of Spain. Da wechseln in bunter Reihe moderne drei- und vierstöckige Häuser und Barockbauten, Wolkenkratzer und Holzhäuser, hinduistische Tempel, strenge dunkelgraue katholische Kirchen und Moscheen. Hinzu kommt das farbenfrohe Straßenbild: Frauen in Saris und Kimonos, in Trachten, in knöchellangen Röcken und obligaten Jeanshosen; Strohhüte, Turbane, Fese und europäische Käppis.

Laut Statistiken leben auf Trinidad und Tobago über 1,2 Millionen Menschen; die vorherrschenden Gruppen sind Neger (43%) und Inder (40%); ihnen folgen Mulatten und Mestizen (14%), Europäer, Chinesen und Araber. Dieses ethnische Mosaik hat seine historischen Ursachen.

Zwei Jubiläen an einem Tag

An einem Augusttag vor 479 Jahren legten an einer Insel, 7 Meilen von der Nordostküste Südamerikas entfernt, die Schiffe von Kolumbus an, der auf seiner dritten Reise in die Neue Welt war. Das erste, was die Seefahrer erblickten, waren drei von der untergehenden Sonne umstrahlte Berggipfel. Da kam der Name auf: die Trinidad-(Dreifaltigkeits-)Insel.

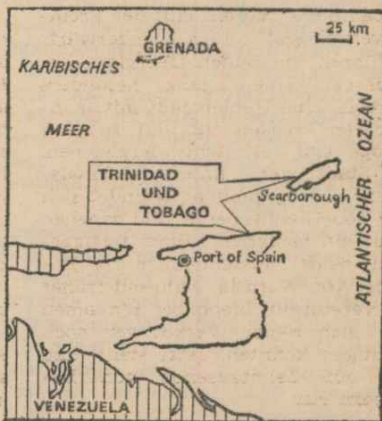
Kaum hundert Jahre später waren die Ureinwohner der Insel, die In-

dianer, von den spanischen Konquistadoren völlig ausgerottet. Man begann, Sklaven aus Afrika und Indien einzuführen.

Mehrere Jahrhunderte war Trinidad der Zankapfel zwischen den Spaniern, den Franzosen und den Engländern. Ende des 18. Jahrhunderts verlor Spanien nach und nach seine Besitzungen in Lateinamerika; einer der ersten Schläge kam von England, das 1797 Trinidad an sich riß. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, nachdem Tobago 31mal seine überseeischen Besitzer gewechselt hatte, kam auch diese Insel, die 20 Meilen nordöstlich von Trinidad liegt, unter englische Kuratel.

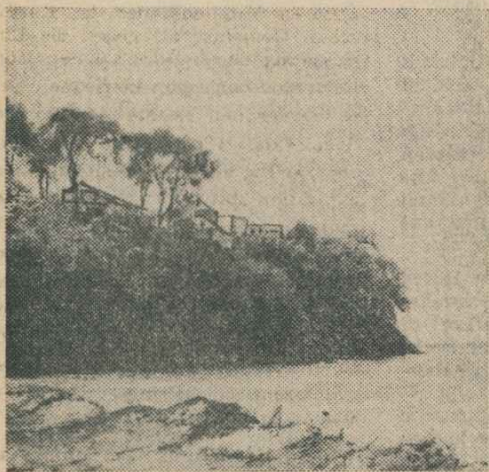
Im August 1962 erlangte das Volk von Trinidad die langersehnte Unabhängigkeit. Doch blieb die Macht nach wie vor in den Händen eines von der britischen Königin eingesetzten Gouverneurs. Schließlich wurde Trinidad und Tobago am 1. August 1976 zur Republik ausgerufen.

Deshalb werden hier am 1. August zwei Feste begangen: der Tag der Entdeckung der Insel und der Tag der jungen karibischen Republik.



Geldquelle Fremdenverkehr

In den Straßen von Port of Spain werden auf Schritt und Tritt lange grüne Zuckerrohrstengel feilgeboten. Bei heißem Wetter stillen sie den Durst ausgezeichnet. Für Ausländer ist das Exotik, für viele hiesige Einwohner jedoch die Existenzquelle. Seit jeher ist das Zuckerrohr der größte Reichtum von Trinidad und Tobago. Das Land galt anderthalb Jahrhunderte hindurch als Englands „Zuckerdose auf den Antillen“. Ge-



An der Küste Trinidads

Foto des Verfassers

genwärtig liefert Trinidad und Tobago ca. 200 000 t Zucker im Jahr. Zu zwei Dritteln steht diese Industrie heute unter staatlicher Kontrolle.

Doch nicht vom Zucker allein lebt dieses Land. Trinidads Westküste ist fast völlig von Kaffee-, Kakao-, Tabakplantagen und Zitrusbäumen bedeckt. An der Ostküste erheben sich schlanke Kokospalmen. Ende des vorigen Jahrhunderts drängte der Export von Kokosnüssen die Zuckerrohrzufuhr sogar an den zweiten Platz ab. Aber in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts legte sich der „Kokosnußbrausch“, und jetzt halten sich Zucker und Kokosnüsse im Export die Waage.

Die spanischen Konquistadoren, die französischen und britischen Eroberer, die das Land jahrhundertlang skrupellos plünderten, ahnten nicht, daß der größte Reichtum unter ihren Füßen lag. Die vor mehr als 20 Jahren in Trinidad entdeckten reichen Erdöllagerstätten spielen nun eine erstrangige Rolle im Wirt-

schaftsleben. Das Erdöl macht etwa 70% des Exports des Landes aus, die jährliche Förderung Trinidads erreicht 10 Mio t.

Der Staat erzielt ganz gute Gewinne aus dem Erdöl, und doch bleibt der Löwenanteil in den Händen nordamerikanischer und britischer Monopole. Die Firmenzeichen der Texaco, der BP und der Shell stechen überall ins Auge. 1974 tat der unabhängige Staat Trinidad und Tobago einen großen Schritt zu staatlicher Kontrolle über die Erdölindustrie und gründete die erste staatliche Gesellschaft, Trinidad and Tobago Oil.

Aus Gesprächen und aus den hiesigen Zeitungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß man hier sehr wohl weiß: Um die wirtschaftliche Selbständigkeit muß noch lange und hartnäckig gekämpft werden. Aber schon jetzt ist nicht wenig geleistet worden: In staatliche Regie sind die National Commercial Bank, die Luftverkehrsgesellschaft British West Indian Airways, die Orange Grows, die Telefon- und Rundfunkgesellschaft sowie das Fernsehen übergegangen.

Neues über Robinson Crusoe

Von der nordöstlichen Küste Trinidads sieht man bei gutem Wetter klar die zweitgrößte Insel des Landes, Tobago. Sie liegt nur 20 Meilen von Galera Pointe, dem nördlichsten Punkt von Trinidad, entfernt. Holzhäuser laufen die Bergabhänge zum blauen Atlantikspiegel hinab. Die Hauptstadt Scarborough: Enge, bucklige Straßen mit zahlreichen ebenerdigen Häusern, gebettet in üppiges Grün von Bougainvilleen, Hibisken und Palmen.

Das Zentrum der kleinen Provinzstadt mit ihren rd. 40 000 Einwohnern unterscheidet sich von den übrigen Straßen höchstens durch ein paar einstöckige Stein villen. Der monotone Lebensrhythmus verändert sich nur während der Hochsaison. Ebenso wie vor vielen Jahren bleibt der Fremdenverkehr der wichtigste Wirtschaftszweig. Wohl deshalb haben auf Tobago weder Landwirtschaft noch Industrie (vertreten nur durch ein paar Fabriken zur

Kopraverarbeitung) eine nennenswerte Entwicklung erfahren.

Das Leben im Hafenstädtchen Scarborough hängt praktisch von der Touristenanzahl, vom Bau neuer Hotels und Restaurants ab. Auf den ersten Blick scheint es, ein Globetrotter, der zuvor auf Trinidad war, könne kaum etwas Neues auf Tobago entdecken, aber Statistiken zeugen von einem zunehmenden Touristenstrom auf dieser Insel. Was ist dort so anziehend?

Fast jeder Insulaner beteuert, auf Tobago habe Robinson Crusoe gelebt. Auf unzähligen Andenken liest man: „Tobago—Robinson Crusoe“.

Defoe-Kenner nehmen tatsächlich an, daß die Geschichte des britischen Seemanns Alexander Selkirk, der auf einer unbewohnten, Tobago sehr ähnlichen und zudem im gleichen Gebiet liegenden Insel ausgesetzt wurde, die Vorlage zu dem Buch lieferte. Aber wie gesagt: nur eine Annahme.

Ob Alexander Selkirk Robinsons Prototyp oder Robinson von Defoe erfunden war, ob dieser Mann auf Tobago oder einer anderen Insel lebte, kümmert die Leute in Scarborough wenig. Das Märchen von einem Mann, der es verstand, sich auf einer unbewohnten Insel häuslich einzurichten, zieht und bringt folglich den Hoteliers und Restaurantbesitzern ganz gute Gewinne. Aus diesem Grunde fordern die zahlreichen Andenken mit Robinson-Konterfei die Touristen auf, diese kleine, stille, im Karibischen Meer verlorene Insel wieder zu besuchen.

Auch in Port of Spain fallen die zahlreichen Riesencars von Reisebüros auf. In der Saison, vom Dezember bis zum April, kommen bis zu 200 000 Personen aus aller Welt her. Viele Insulaner knüpfen ihre Hoffnungen an reiche Touristen: Nach verschiedenen Einschätzungen erreicht die Arbeitslosigkeit 20—25%, so daß die Menschen nicht selten auf Gelegenheitsverdiensten angewiesen sind.

Im Zentrum der Hauptstadt, in der Frederick Street, erbot sich ein junger bärtiger Bursche im ärmellosen knallgelben Hemd, mir die Stadt zu zeigen. Wir gingen auf der Schattenseite der Straße, die vom Zentrum zu den Arbeitervierteln von Port of Spain führt. Enrico hat mit seinen 25 Jahren alles in allem zwei Jahre gearbeitet, u. zw. an keiner Stelle länger als 4—5 Monate. Mit einem bitteren Lächeln sagte er, ihm werde ewig gekündigt. Seit acht



Monaten geht Enrico, Vater von zwei Kindern, jeden Morgen stem-peln.

Meine lange Unterhaltung mit En-rico hat mich über vieles im Lande unterrichtet: über die Arbeitslosig-keit, die ein Überbleibsel der gar nicht so fernen Kolonialzeiten, über die Schwierigkeiten mit der Woh-nung und die zunehmende Teue-rung. Mein Fremdenführer sagte mir: „In den letzten Jahren sind buchstäblich alle Lebensmittel und Industriewaren teurer geworden. Alle Preise, die Sie in den Schau-fenstern sehen, sind doppelt bis drei-mal so hoch wie vor drei oder vier Jahren... Freilich wissen wir, wo die Schuldigen zu suchen sind: drüben, im Norden...“

Voll Stolz erzählte mein neuer Bekannter, auch er habe am Gene-ralstreik vom April 1975 teilgenom-men. Im vorigen Jahr erfuhr das

Musik wird auch so gemacht

Foto TASS

ganze Land von einer Aktion der Arbeiter des Monopols Trinidad Lake Asphalt, die von vielen Ge-werkschaften auf Trinidad unter-stützt wurde.

Monument in Port of Spain

Von den ersten Tagen seiner Unabhängigkeit an beschloß der junge Staat, freundschaftliche Be-ziehungen zu allen Ländern, gleich, welchen politischen Systems, herzu-stellen. Die Republik pflegt gute Nachbarschaft mit den jungen Staa-ten des karibischen Raums — Bar-

bados, Guayana und Jamaika — und mit den Ländern Lateinamerikas. Die Regierung setzt sich unablässig für einen dauerhaften Frieden in al-len Gebieten der Welt ein. Davon zeugt u. a. der Beschluß der Repu-blik vom vorigen Jahr, nicht am mi-litärischen Manöver im Karibischen Meer (USA, Chile und einige an-dere Länder Lateinamerikas) teilzu-nehmen.

Trotz des auswärtigen Druckes ist Trinidad und Tobago ebenso wie Guayana, Barbados, Jamaika und die anderen Mitgliedländer der Karibi-schen Gemeinschaft gegen die Ein-mischung der multinationalen Kon-zerne und behauptet konsequent sei-ne souveränen Rechte. In Port of Spain fand 1976 eine außerordentli-che Tagung dieser subregionalen Or-ganisation statt; dort wurde der Be-schluß über gemeinsame Schritte gegen die Kräfte der Reaktion ge-faßt, die die freundschaftlichen Be-ziehungen der jungen karibischen Republiken zum sozialistischen Kuba zu unterminieren und die antiimpe-rialistische Politik dieser Länder in Mißkredit zu bringen suchen.

Nach Herstellung der diplomati-schen Beziehungen zur UdSSR bie-ten sich der jungen Antillenrepub-lik große Möglichkeiten, die Verbindungen zu den sozialistischen Ländern zu pflegen. Der offizielle UdSSR-Besuch des Ministerpräsi-denten von Trinidad und Tobago Williams leitete eine gute Zusam-menarbeit zwischen unseren beiden Ländern ein: Kontakte in der Hoch-seeschifffahrt und der -fischerei so-wie bei der Ausbildung nationaler Fachkräfte kommen in Gang.

In einer kleinen Anlage im Hafen von Port of Spain steht ein Monu-ment aus Bronze. Als ich es sah, la-gen Blumen am Sockel. Meine Be-gleiter sagten mir, das Monument sei zum 10. Jahrestag der Unabhän-gigkeit von Trinidad und Tobago eingeweiht worden. Die Komposi-tion — junge Arbeiter mit muskulö-sen Armen und entschlossenem Ge-sichtsausdruck — versinnbildlicht das Bestreben der jungen Republik, für die Festigung ihrer politischen Unabhängigkeit, für wirtschaftliche Selbständigkeit und sozialen Fort-schritt zu kämpfen.

Port of Spain—Moskau

DISKUSSION MIT DEM LESER

In der Presse ist viel von internationaler Solidarität mit den Völkern, die gegen ihre Unterdrücker aufstehen, die Rede. Doch ich zweifle stets, ob Solidaritätsbekundungen, Protestmärsche und Demonstrationen Sinn haben. All das ist Zeit- und Kraftvergeudung, ein Rummel, der die Massen desorientieren und sie glauben machen soll, daß — wenn man ein Regime mit dem Bannstrahl belegt — es unerklärlicherweise von der Bühne verschwindet.

SAMUEL CHIRIMI
Nairobi, Kenia



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Viktor
SIDENKO

Natürlich wäre es naiv anzunehmen, man könnte allein mit Diskussionen und Protesten z. B. die Rassistenregimes im südlichen Afrika oder die lateinamerikanischen Diktaturen liquidieren sowie die mit Füßen getretene menschliche oder nationale Würde verteidigen. Doch sei gesagt, daß es bei den Teilnehmern politischer Massenaktionen, denen Sie so skeptisch gegenüberstehen, nicht viele gibt, die auf eine solche Taktik bauen.

Die Kämpfer gegen das System der nationalen und sozialen Unterdrückung wissen sehr wohl: Die Fanfarentöne von Jericho bringen nur in der Bibel Festungsmauern zum Einstürzen. Gleichermaßen lehnen sie auch die Auffassung jener ab, die die Wirksamkeit politischer Massenaktionen leugnen und wie Sie in ihnen nur eine „Zeit- und Kraftvergeudung“ erblicken. Die Erfahrungen zeigen, daß die verschiedenen Formen des Kampfes gegen Kolonialismus, Rassismus und Reaktion nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Der Erfolg dieses Kampfes liegt in der richtigen Verbindung seiner verschiedenen Formen und Mittel.

Nehmen wir z. B. Vietnam. Zweifels- ohne waren die Standhaftigkeit und der Mut der Patrioten dieses Landes, die sich auf die materielle, u. a. militärische Hilfe der Sowjetunion und der anderen

sozialistischen Länder stützten, entscheidend beim Sieg des vietnamesischen Volkes über die US-Aggressoren und ihre Marionetten. Doch bedeutet das, wir müßten einen Faktor wie die internationale Solidarität mit Vietnam außer acht lassen? In jenen schweren Jahren haben die Demonstrationen, Friedensmärsche und Solidaritätsaktionen ihre Rolle dabei gespielt, die Weltöffentlichkeit, auch in den USA selbst, gegen die Aggressoren zu mobilisieren, haben sie zweifelsohne den Sieg des vietnamesischen Volkes nähergebracht. Und wurden denn nicht durch das Eintreten von Millionen Kämpfern für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit die chilenischen Patrioten Luis Corvalán und Jorge Montes sowie die Kämpfer für die demokratische Erneuerung Paraguays Antonio Maidana, Julio Rojas und Alfredo Alcorta den faschistischen Kerkern entrisen? All das zeigt, daß Worte zu Taten werden und für Frieden und Fortschritt wirken können.

Nein, Kampfactionen, Unterschriftensammlungen und internationale Kongresse tragen nach wie vor nicht dazu bei, die Massen zu „desorientieren“, sondern sie zusammenzuschließen. Sie fördern nicht das Aufkommen von Illusionen, sondern die Bestimmung der Hauptkampfrichtungen. Wenn dem nicht so wäre, dann würden die imperiali-

stische Propaganda und andere Organisationen, u. a. auch Nachrichtendienste, sich nicht ins Zeug legen, um die antiimperialistische Solidarität zu diskreditieren. Warum unternahmen sie z. B. so große Anstrengungen, um die Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus Mitte Juni in Lissabon zu vereiteln? Und wissen Sie denn nicht, daß die Hauptquartiere der Solidaritätsorganisationen mit den Patrioten im Süden Afrikas und mit dem kämpfenden Volk Palästinas nicht selten telefonisch bedroht werden, daß dort Bomben explodieren? Auch das zeigt, daß die imperialistische Reaktion nur zu gut die Stärke der Solidarität der Weltöffentlichkeit kennt und fürchtet. Übrigens kommt diese Stärke nicht nur in der Zahl der Aktionen zum Ausdruck, die für bestimmte Forderungen durchgeführt wurden, sondern auch in der konkreten materiellen und finanziellen Hilfe der Solidaritätsbewegung an die Kämpfer für Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Erwähnt sei hier nur der internationale Hilfsfonds für die Opfer der chilenischen Reaktion usw.

Die internationale Solidaritätsbewegung mit den Patrioten hat sich materialisiert. Und gerade im Zusammenschluß aller Fortschrittskräfte sehe ich die Gewähr dafür, daß die heute noch versklavten Völker siegen werden.



Welche Rechtsgrundlage haben die britischen Militärstützpunkte auf Zypern?

S. GALIAMOW

Ufa, Baschkirische ASSR

Unter dem Druck der immer stärkeren nationalen Befreiungsbewegung auf Zypern mußte Großbritannien 1959 auf seine Kolonialherrschaft über diese Insel verzichten, deren Bevölkerung aus Griechen (etwa 80%) sowie aus Türken besteht. Nach Verhandlungen zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei wurde in Zürich ein Abkommen ausgearbeitet und am 19. Februar 1959 das Londoner Abkommen über die Unabhängigkeit Zyperns unterzeichnet. Doch diese den Zyprioten aufgezwungenen Vereinbarungen sahen gewisse Einschränkungen der Unabhängigkeit vor. Insbesondere wurden nach den Abkommen von Zürich und London England, Griechenland und die Türkei zu „Garantenmächten“ der Republik Zy-

pern erklärt und erhielten das Recht, dort ihre Truppen zu unterhalten oder sie auf die Insel zu entsenden. Zudem sahen die Abkommen vor, daß Großbritannien seine dortigen Militärstützpunkte „für alle Zeiten“ behält.

Die britischen Stützpunkte liegen in Akrotiri (im Süden) und in Dhekelia (bei Larnaka). Ihr Gelände wurde zu „souveränen Territorien“ Großbritanniens erklärt und steht unter voller Verwaltung und Kontrolle der Briten. Dort gilt englisches Recht.

Die zyprischen Patrioten haben sich nie damit abgefunden, daß in ihrer Heimat ausländische Militärstützpunkte bestehen, die die Souveränität der Republik beeinträchtigen. Sie verlangen beharrlich ihre Beseitigung und den Abzug aller ausländischen Truppen aus Zypern, deren Präsenz diese strategisch wichtige Insel faktisch in die NATO-Pläne einbezieht und die Gespräche zwischen den griechischen und den türkischen Zyprioten erschwert.

SOWJETISCH-FRANZÖSISCHE DEKLARATION

Auf Einladung des Präsidenten der Französischen Republik, V. Giscard d'Estaing, weilte der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breschnew, vom 20. bis zum 22. Juni 1977 zu einem offiziellen Besuch in Frankreich.

An den Gesprächen in Rambouillet nahmen teil:

Von sowjetischer Seite: A. A. Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, N. S. Patolitschew, Minister für Außenhandel der UdSSR, B. P. Bugajew, Minister für zivile Luftfahrt der UdSSR, S. W. Tschernomir, Botschafter der UdSSR in Frankreich, A. M. Alexandrow und A. I. Blatow, Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, W. W. Sagladin, Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, L. M. Samjatin, Generaldirektor von TASS, A. G. Kowaljow, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, und J. W. Dubinin, Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR;

Von französischer Seite: R. Barre, Premierminister und Minister für Wirtschaft und Finanzen, L. de Guiringaud, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, R. Boulin, delegierter Minister für Wirtschaft und Finanzen, A. Rossi, Minister für Außenhandel, J.-F. Poncet, Generalsekretär der Präsidialkanzlei, B. de Lesse, Botschafter Frankreichs in der UdSSR, J. P. Lecat, Sprecher der Präsidialkanzlei, J.-P. Dutet, Berater der Präsidialkanzlei, G. Robin, Berater der Präsidialkanzlei, B. Larrera de Morel, Direktor für Außenwirtschaftsbeziehungen im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, H. Froment-Meurice, Direktor für Wirtschafts- und Finanzfragen im Außenministerium, und J. Andreani, Leiter der Europa-Abteilung im Außenministerium.

Die Gespräche verliefen in einer Atmosphäre großer Herzlichkeit, die den freundschaftlichen Beziehungen und den historischen Bindungen zwischen beiden Ländern entspricht und die sich aus mehr als zehnjähriger Zusammenarbeit ergibt. Sie ermöglichen einen nützlichen und tiefgehenden Meinungsaustausch zu den wichtigsten internationalen Problemen sowie zu Fragen der sowjetisch-französischen Beziehungen.

L. I. Breschnew und V. Giscard d'Estaing würdigten erneut die Bedeutung der Dokumente, die in letzter Zeit wichtige Marksteine auf dem Wege der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit waren, insbesondere der sowjetisch-französischen Erklärung von 1966, des Protokolls über politische Konsultationen von 1970, der Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich von 1971 und der Erklärung über die weitere Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit von 1975. Sie betonten, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich nach wie vor ein wichtiger und konstanter Bestandteil ihrer Außenpolitik sein werden.

Im Geiste dieser Dokumente bekräftigten die Seiten ferner ihr Bestreben, die Zusammenarbeit auf allen

Gebieten fortzusetzen und einen gemeinsamen Beitrag zur Festigung und Vertiefung der Entspannung zu leisten. Sie bekundeten ihre Absicht, auf diese Weise dazu beizutragen, daß die Entspannung in den internationalen Beziehungen durchgesetzt und mit konkretem materiellem Inhalt erfüllt wird.

Als Ergebnis der Verhandlungen bekundeten der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Präsident Frankreichs in einem gesonderten Dokument — der Gemeinsamen sowjetisch-französischen Erklärung über die Minderung der internationalen Spannung — die tiefe Treue der Sowjetunion und Frankreichs zur Politik der Entspannung.

Internationale Probleme

L. I. Breschnew und V. Giscard d'Estaing widmeten der Lage in Europa und den weiteren Schritten nach der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren Schlußakte sie am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet haben, große Aufmerksamkeit.

Die Seiten heben hervor, daß sich in dieser Zeit die Lage in Europa zum Besseren gewandelt hat; in politischen, ökonomischen, kulturellen und anderen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten wurde ein bestimmter Fortschritt erreicht.

Der Sache der vollen und dynamischen Verwirklichung der Helsinkier Schlußakte tief verpflichtet, sind die UdSSR und Frankreich fest entschlossen, für die effektive Verwirklichung aller ihrer Grundsätze zu wirken. Sie sind der Meinung, daß der unablässige Fortschritt in den bilateralen zwischenstaatlichen Beziehungen auf allen Gebieten, die in der Schlußakte genannt werden, eine grundlegende Voraussetzung bildet, dieses langfristige Aktionsprogramm zu erfüllen.

Die Seiten tauschten Meinungen über das Belgrader Treffen der Vertreter der Außenminister aus, dessen Durchführung in der Schlußakte vorgesehen ist. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Treffen in konstruktivem Geiste verlaufen und einen konkreten Beitrag dazu leisten wird, die Realisierung der Schlußakte und damit die Festigung der Entspannung zu fördern.

Die Seiten tauschten ihre Meinungen über die Diskussion eines Planes zur Durchführung einer Beratung auf hoher Ebene über den Umweltschutz in der UNO-Wirtschaftskommission für Europa aus sowie über den Stand der Erörterung von Vorschlägen zur Organisation gesamteuropäischer Kongresse zu Fragen des Verkehrs und der Energie.

Die UdSSR und Frankreich stellten fest, daß die Entspannung in dem Falle richtig zur Entfaltung kommen kann, wenn alle Staaten, die die Schlußakte von Helsinki unterzeichneten, sich an der Verwirklichung der in ihr vereinbarten Ziele beteiligen und ihre Handlungen in allen Teilen der Welt mit den Erfordernissen der Entspannung in Übereinstimmung bringen.

Die Seiten unterstrichen die große Bedeutung, die sie dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September

1971 beimesen, dessen strikte Einhaltung und volle Anwendung eine Garantie für die Stabilität in dem entsprechenden Gebiet ist und dadurch eines der wichtigen Elemente der Förderung der Entspannung in Europa darstellt.

Die Seiten betonen die Übereinstimmung ihrer Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit, das Zypernproblem auf der Grundlage der vollen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Republik Zypern zu regeln. Eine solche gerechte und dauerhafte Regelung muß auf dem Verhandlungsweg gefunden werden. Sie treten für den schnellsten Abzug aller ausländischen Truppen aus der Republik Zypern ein.

Sie haben die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Bevölkerungsgruppen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs der UNO in Übereinstimmung mit deren Resolutionen zur Kenntnis genommen.

Die Seiten stellten fest, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt günstigere Bedingungen gibt, um auf dem Wege zu einer umfassenden Regelung im Nahen Osten voranzukommen. Die Seiten bringen ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß ihre Positionen zu den Hauptaspekten einer Regelung — an denen sie seit langem festhalten — nunmehr breite Billigung finden. Sie meinen, daß die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens beruhen muß auf dem Abzug der israelischen Truppen aus allen 1967 okkupierten arabischen Territorien, auf der Sicherung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina — einschließlich seines Rechts, eine nationale Heimatstatt zu haben —, auf der Wahrung des Rechts auf unabhängige Existenz aller Staaten dieses Gebiets — einschließlich Israels — sowie auf sicheren und anerkannten Grenzen.

Die UdSSR und Frankreich bringen ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die Genfer Friedenskonferenz bis Ende des laufenden Jahres unter gleichberechtigter Teilnahme aller interessierten Seiten — darunter auch von Vertretern des arabischen Volkes von Palästina — erneut ihre Arbeit aufnehmen wird.

Die Seiten widmeten der Lage in Afrika ihre Aufmerksamkeit.

Die UdSSR und Frankreich bekräftigten im Geiste der Entspannung die Bedeutung, die sie — mit dem Ziel der Festigung des Friedens auf dem afrikanischen Kontinent — der Achtung von Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität der afrikanischen Staaten sowie der Verwirklichung des Rechts der Völker Afrikas beimesen, frei, ohne Einmischung von außen, über ihr Schicksal zu entscheiden.

Die Sowjetunion und Frankreich bringen Genugtuung über die bevorstehende Unabhängigkeit Dschibutis zum Ausdruck und hoffen, daß alle Staaten die Souveränität und territoriale Integrität des neuen Staates achten.

Die Seiten treten dafür ein, daß die Völker Simbabwe und Namibias so schnell wie möglich ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß den Prinzipien und Resolutionen der UNO verwirklichen können. Sie äußern ihr Bedauern über die Apartheid-Politik in Südafrika und verurteilen diese Politik.

Die UdSSR und Frankreich erklären, daß sie unter Berücksichtigung der bedeutenden Rolle, die beide Länder in der Welt bei der Entspannung und Sicherheit spielen, gewillt sind, sich mit Initiative an den Abrüstungsbemühungen zu beteiligen.

Geleitet von dem Bestreben, jede Initiative zu fördern, die zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, einschließlich der nuklearen Abrüstung, unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle beitragen kann, haben die Seiten bereits einer Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen zuge-

stimmt. Sie werden alle Anstrengungen unternehmen, damit die Erörterung dieser Fragen zu positiven und konkreten Ergebnissen führt. Diese werden es ermöglichen, der Abrüstung einen neuen Anstoß zu geben, um die Welt von den Gefahren des Wettrüstens sowohl mit Kern- als auch mit konventionellen Waffen zu befreien.

Gleichzeitig sind die Seiten der Ansicht, daß die Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen, deren Hauptaufgabe die Festlegung prinzipieller Positionen zum Abrüstungsproblem und der Hauptrichtungen für vorrangige Anstrengungen auf diesem Gebiet sowie die Erhöhung der Effektivität des vorhandenen Verhandlungsmechanismus sein wird, ihr Interesse an der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz keineswegs schmälern wird. Sie bringen den Wunsch zum Ausdruck, daß die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Konferenz, insbesondere die Einbeziehung aller kernwaffenbesitzenden Mächte, in nächster Zukunft gewährleistet werden.

Die UdSSR und Frankreich geben erneut ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Die Seiten äußern sich befriedigt über die Unterzeichnung der sowjetisch-französischen Deklaration über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, in der ihr gemeinsames Streben nach diesem Ziel hervorgehoben wird. Sie anerkennen dabei die Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie für die Länder, die ihrer bedürfen.

Die französische Seite setzt mit Interesse die Prüfung des Vorschlages der sowjetischen Seite über ein Verbot der Entwicklung und der Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme dieser Waffen fort.

Die Sowjetunion und Frankreich, die ihre Treue zu den Zielen und Grundsätzen der Organisation der Vereinten Nationen bestätigen, betonten ihre Entschlossenheit, deren Autorität und Wirksamkeit bei der Vertiefung der Entspannung, der Festigung des Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit durch eine vollständigere Nutzung der Möglichkeiten zu erhöhen, die in deren Charta liegen.

Die Seiten gelangten zu einer Übereinstimmung über die Notwendigkeit, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen unter Berücksichtigung des Rechtes der Entwicklungsländer so umzugestalten, daß diese in den weltwirtschaftlichen Fortschritt einbezogen werden, dessen Früchte auf einer gerechteren Grundlage genießen und außerdem auf die Wahl der Wege Einfluß nehmen können, von denen dieser Fortschritt abhängt.

Sie erklärten ihre Entschlossenheit, den konstruktiven Dialog in dieser Richtung fortzusetzen und im Interesse der Erweiterung der allseitigen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wie auch der Festigung der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten auf gleichberechtigter Grundlage zu handeln.

Die bilateralen Beziehungen

Gegenstand einer ausführlichen und gründlichen Erörterung waren jene Fragen, die die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich betreffen. Die Seiten vermerkten mit Befriedigung, daß die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Frankreich beiden Ländern Nutzen bringt und ein Beitrag zur Verbesserung der Lage in Europa und in der ganzen Welt ist.

Die Seiten unterstrichen die besondere Bedeutung, die ihrer Meinung nach die Begegnungen auf höchster Ebene vom Standpunkt der Festlegung der Hauptrichtungen und des Rahmens für ihre Zusammenarbeit sowie der Auslösung neuer Impulse gewinnen.

Sie konstatierten mit Befriedigung die Rolle, die die Kontakte zwischen den Ministern beider Regierungen bei der Verwirklichung des im Ergebnis dieser Begegnungen erarbeiteten Kurses spielen. Sie hoben hervor, wie wichtig es ist, die Praxis vertiefter politischer Konsultationen fortzusetzen und diesen zunehmend systematischen Charakter zu verleihen, um die gegenseitigen Positionen besser kennenzulernen und nach Möglichkeiten aufeinander abzustimmen.

Die Seiten brachten ihre Befriedigung über den am 16. Juli 1976 erfolgten Austausch von Schreiben zwischen den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und Frankreichs bezüglich der Verhütung zufälliger oder nichtsanktionierter Anwendung von Kernwaffen zum Ausdruck.

Die Seiten brachten den ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Ländern große Aufmerksamkeit entgegen und bekräftigten erneut die Bedeutung ihrer Entwicklung und Ausweitung.

Mit Befriedigung konstatierten sie, daß der Umfang des Warenaustausches unablässig wächst und daß dies die Möglichkeit bietet, neue Perspektiven abzustecken. Das Wachstumstempo im gegenseitigen Handel betrug 1975 und 1976 rund 30 Prozent jährlich, und sein Umfang erreichte in den genannten zwei Jahren etwa den des Warenaustausches vom vorangegangenen Jahr. Von 1970 bis 1974. Unter Berücksichtigung, daß das im Dezember 1974 in Rambouillet festgelegte Ziel der Verdoppelung des Warenaustausches im Zeitraum von 1975 bis 1979 allem Anschein nach erreicht und sogar überboten wird, haben die Seiten beschlossen, alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung einer Verdreifachung des Warenaustausches einzuleiten. Darüber hinaus kamen sie überein, die Anstrengungen zur Gewährleistung einer harmonischeren Entwicklung des Handels zwischen ihnen fortzusetzen.

Mit Aufmerksamkeit ist des weiteren die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit erörtert worden, die — wie erneut festgestellt wurde — eine der wesentlichen Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden Ländern ist. Die Seiten konstatierten, daß das am 10. Juli 1973 in Moskau unterzeichnete Zehn-jahresprogramm und das Zusatzprotokoll vom 6. Dezember 1974 beiden Ländern ermöglichen, viele Industriekomplexe zu verwirklichen, insbesondere auf dem Gebiet der Errichtung großer Industrieobjekte. Sie unterstrichen, daß der erfolgreiche Abschluß der zwischen interessierten Betrieben und Organisationen beider Länder laufenden Verhandlungen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung ihrer Zusammenarbeit leisten wird.

Die Seiten beschlossen, die Realisierung neuer Projekte zu fördern, und unterzeichneten zu diesem Zweck ein neues Protokoll zum Programm der Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie für einen Zeitraum von zehn Jahren; darin ist die vereinbarte Zusatzliste der Projekte eingeschlossen.

Die Seiten kamen überein, die Ausarbeitung eines neuen langfristigen Programms zur Vertiefung der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie für den Zeitraum bis 1990 in Angriff zu nehmen.

Die Seiten brachten ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß im Ergebnis des Besuchs ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chemie und ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Verkehrswesen unterzeichnet worden sind.

Die Seiten werden sich weiter um die Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bemühen, wobei sie sich auf die bereits gewonnenen Erfahrungen stützen und ihre konzentrierte Aufmerksamkeit auf die perspektivreichsten Themen und Projekte lenken wollen, um ihre Beziehungen auf

diesem Gebiet noch effektiver und ausgewogener zu gestalten. Sie sind übereingekommen, jene Bemühungen fortzusetzen, die auf die immer umfassendere Koordinierung der wissenschaftlich-technischen wie auch der industriellen und ökonomischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten, wo dies möglich ist, gerichtet sind. Besondere Beachtung wird der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie, der Weltraumforschung, der Rechentechnik, des Umweltschutzes, der Landwirtschaft, der Medizin, aber auch verschiedenen Aspekten der Grundlagenforschung zu Problemen der Astronomie, der physikalisch-chemischen Grundlagen des Lebens, der Erdbebenkunde, der Katalyse, der Festkörpermechanik, der Quantenelektronik sowie der nichtlinearen Optik geschenkt werden.

Beiderseits wurde hervorgehoben, daß sich die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie seit einer Reihe von Jahren erfolgreich entwickelt, und es wurde die Meinung geäußert, daß die Möglichkeit ihrer weiteren Ausdehnung besteht, insbesondere was Kernkraftwerke und Brutreaktoren anbelangt.

Es wurde besonders betont, daß die sowjetisch-französische Zusammenarbeit im Bereich des Kosmos, die sich im Laufe der letzten zehn Jahre mit ständigem Erfolg entwickelt hat, durch den Start des französischen Sputniks „Signe 3“ mit Hilfe eines sowjetischen Trägers gekennzeichnet war und sich während der folgenden Monate in der Mitwirkung französischer Wissenschaftler an dem von der Sowjetunion durchgeführten Programm zur Erforschung der Venus ausdrücken wird.

Die Seiten werden auch künftig den Austausch zwischen beiden Ländern qualitativ verbessern und dafür sorgen, daß die sowjetisch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildung, Kultur, Kunst und Wissenschaft effektiver gestaltet wird.

Die Seiten bekundeten ihre Entschlossenheit, neue Bemühungen um die Entwicklung des Russischunterrichts in Frankreich und des Französischunterrichts in der Sowjetunion sowohl an den Ober- und Hochschulen als auch im Rahmen der Erwachsenenbildung zu unternehmen. Ihrer Ansicht nach wäre es zum Beispiel wünschenswert, zu diesem Zweck eine Vergrößerung der Zahl der Dozenten und Assistenten des einen Landes im anderen Land zu erwägen.

Die Seiten beschlossen, regelmäßige Jugendtreffen beider Länder, einschließlich Treffen der lernenden Jugend, zu fördern.

Die Seiten äußerten ihre Genugtuung über den am 7. Juni dieses Jahres erfolgten Austausch von Schreiben zwischen den Außenministern der UdSSR und Frankreichs über die Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen sowjetischer Spezialisten in Frankreich und französischer Spezialisten in der UdSSR zwecks Erfüllung der Aufgaben der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit.

Hervorgehoben wurde die Nützlichkeit der Kontakte auf militärischem Gebiet. Die Seiten äußerten die Bereitschaft zur Fortsetzung und nach Möglichkeit zum Ausbau solcher Kontakte und Austausche, da sie der Meinung sind, diese sollten die Stärkung der traditionellen Gefühle der Achtung fördern, die die Streitkräfte der Sowjetunion und Frankreichs füreinander hegen.

Die Seiten erachteten es nach wie vor als wichtig, die Achtung, gegenseitige Sympathie und Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und Frankreichs zu entwickeln. Sie sind der Ansicht, daß die Entwicklung des gegenseitigen Kennenlernens der Kultur und Errungenschaften des sowjetischen und französischen Volkes und der Kontakte zwischen den

Sowjetbürgern und den Franzosen zur Festigung dieser Gefühle beitragen wird. Sie sind der Meinung, daß auf diese Weise die Schaffung einer günstigen Atmosphäre fortgesetzt werden wird, um wichtige Aufgaben zu lösen, die sich die Sowjetunion und Frankreich sowohl auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen als auch bei der Festigung des Friedens in der Welt gemeinsam gestellt haben.

Die Seiten sind der Auffassung, daß der Besuch L. I. Breshnews in Frankreich und die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche fruchtbringend waren. Sie sind davon überzeugt, daß die Ergebnisse die-

ses Besuchs die Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich fördern und ein Beitrag zur Verbesserung der Lage in Europa und der Welt insgesamt sein werden.

L. I. Breshnew hat im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung den Präsidenten Frankreichs, V. Giscard d'Estaing, eingeladen, der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abzustatten. Der Präsident Frankreichs hat diese Einladung mit Befriedigung angenommen.

Rambouillet, 22. Juni 1977

**Generalsekretär des ZK der KPdSU,
Vorsitzender des Präsidiums
des Obersten Sowjets der UdSSR
L. BRESHNEW**

**Präsident
der Französischen Republik
V. GISCARD d'ESTAING**

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

der Sowjetunion und Frankreichs über die Minderung der internationalen Spannung

Die Sowjetunion und Frankreich sind der Auffassung: In einer Epoche, da die Waffen riesige Zerstörungskraft erlangt haben und da vor einem bedeutenden Teil der Erdbevölkerung das akute Problem der Befriedigung ihrer dringendsten materiellen Bedürfnisse steht, verlangen die höchsten Interessen der Menschheit aufs nachdrücklichste, daß die Staaten und Völker von einer auf Mißtrauen, Rivalität und Spannung basierenden Politik Abstand nehmen und anerkennen, daß sie trotz Unterschiede in ihren Weltanschauungen und ihrer Gesellschaftsordnung angesichts der sie bedrohenden Gefahren solidarisch sind.

Die Seiten vertreten die Meinung, daß die Staaten, um dieser ersten Forderung unserer Zeit Rechnung tragen zu können, auf die Anwendung und Androhung von Gewalt oder die Anhäufung von Waffen als Mittel zur Einflußnahme auf die Politik anderer Staaten verzichten, daß sie zwischen ihnen auftretende Streitigkeiten auf friedlichem Wege beilegen und eine Zusammenarbeit fördern müssen, die auf die vollständige Nutzung der Naturreichtümer und den Fortschritt der Wissenschaften abzielt.

Sie stellen fest, daß diese Notwendigkeit nun schon seit mehr als zehn Jahren in den internationalen Beziehungen immer stärker berücksichtigt wird, was zur Entwicklung der Entspannungspolitik beiträgt. Die Sowjetunion und Frankreich vertreten die Ansicht, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen ihnen bei dieser positiven Entwicklung eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sie verleihen ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß sich immer mehr Staaten der Entspannungspolitik anschließen und daß die Tendenz zur Entspannung allgemeinen Charakter annimmt.

Sie heben hervor: Eine Reihe wichtiger Abkommen zur Überwindung einiger Meinungsverschiedenheiten, die Spannung in Europa hätten auslösen können, wurde abgeschlossen. Danach wurde es möglich, sowohl die Prinzipien, die der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten zugrunde liegen, als auch konkrete Maßnahmen umfassend zu erörtern, die diese Entwicklung fördern

können, und diese Prinzipien und Maßnahmen in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gemeinsam zu definieren.

Die Sowjetunion und Frankreich halten es für notwendig, daß die Bemühungen aller Staaten zugunsten der internationalen Entspannung fortgesetzt und verstärkt werden durch:

die konkrete Verwirklichung der in Helsinki feierlich unterzeichneten Schlußakte und die aktive Unterstützung der in dieser Richtung unternommenen Anstrengungen;

entschiedene Initiativen zur Abrüstung;
das Streben, daß Rücksichten auf die Politik der Blöcke die Entspannung nicht behindern;

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Achtung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit;

Respektierung der legitimen Interessen und der Standpunkte anderer Staaten;

Förderung einer günstigen Atmosphäre in den zwischenstaatlichen Beziehungen;

Übereinstimmung ihrer Handlungen gegenüber anderen Staaten und in allen Gebieten der Erde mit den Erfordernissen der Entspannung;

Förderung des gegenseitigen Verstehens der Menschen durch Entwicklung persönlicher Kontakte und Vertiefung des gegenseitigen Kennenlernens von Kultur und Leben der Völker;

fördernde Einflußnahme auf die Entwicklung der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens zwischen allen Völkern.

Die Seiten bekräftigen ferner: Die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten durch alle Staaten ist eine der Grundlagen für eine tiefgreifende Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen.

Die Sowjetunion und Frankreich sind voll entschlossen, weiter aktiv für die Entspannung sowohl durch eigene Politik und ihre gemeinsamen Bemühungen als auch durch die Entwicklung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten zu wirken.

Rambouillet, am 22. Juni 1977

**Generalsekretär des ZK der KPdSU,
Vorsitzender des Präsidiums
des Obersten Sowjets der UdSSR
L. BRESHNEW**

**Präsident
der Französischen Republik
V. GISCARD d'ESTAING**

SOWJETISCH-FRANZÖSISCHE DEKLARATION

über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Französische Republik — im Bewußtsein der Verantwortung, die auf ihnen als kernwaffenbesitzenden Mächten ruht — und geleitet von dem Wunsch, die sich aus der Weiterverbreitung von Kernwaffen ergebenden Gefahren abzuwenden, bekräftigen ihre gemeinsame Entschlossenheit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Verbreitung dieser Waffen zu verhindern.

Zu diesem Zweck halten beide Seiten eine breite internationale Zusammenarbeit für notwendig, insbesondere im Rahmen der Internationalen Atomenergieagentur, deren Inspektionssystem, das die Kontrolle über die wirksame Einhaltung der auf dem Gebiet der Nichtweiterverbreitung übernommenen Verpflichtung sichert, ein wichtiges und effektives Mittel zur Lösung dieser Aufgabe darstellt. Sie sind bereit, zur Verbesserung dieser Kontrolle beizutragen.

Die Sowjetunion und Frankreich erkennen an, daß der Zugang zur friedlichen Nutzung der Kernenergie für eine immer größere Zahl von Ländern ein wichtiges Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung bedeutet. Sie werden ihrerseits jeder für sich darauf achten, daß ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kerntechnischen Industrie mit Drittländern alle erforderlichen Garantien bietet, um eine Verbreitung von Kernwaffen nicht zuzulassen. Davon ausgehend, erinnern

sie daran, daß sie sich für eine Begrenzung der Weitergabe von spaltbarem Material, das sich für den Bau von Kernwaffen oder anderen nuklearen Sprengvorrichtungen eignet, sowie von Anlagen und Technologien zur möglichen Herstellung dieses Materials ausgesprochen haben.

Beide Seiten werden eine Politik des Exports von nuklearen Materialien, Anlagen und Technologien unter Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen auf diesem Gebiet verfolgen.

Jede Seite ist bereit, die entsprechenden Bestimmungen und Garantien zu verstärken, die auf dem Gebiet der nuklearen Anlagen, Materialien und Technologien bestehen. Sie werden auch künftig aktiv dazu beitragen, daß allgemeine Prinzipien in bezug auf den Nuklearexport vereinbart werden.

Sie geben ihrer Genugtuung über die Zusammenarbeit Ausdruck, die zwischen ihnen im Bereich der Kerntechnologie hergestellt wurde.

Die UdSSR und Frankreich messen der Bewachung des nuklearen Materials vor jeglicher nichtsanktionierten Nutzung oder Anwendung große Bedeutung bei. Sie setzen sich für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention zu dieser Frage ein.

Beide Seiten werden die bilateralen Konsultationen zum Gesamtkomplex dieser Fragen fortsetzen.

Rambouillet, am 22. Juni 1977

Generalsekretär des ZK der KPdSU,
Vorsitzender des Präsidiums
des Obersten Sowjets der UdSSR
L. BRESHNEW

Präsident
der Französischen Republik
V. GISCARD d'ESTAING

ABKOMMEN

zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens

Die Regierung der UdSSR und die Regierung der Französischen Republik haben,

in der Überzeugung, daß die Vertiefung der Zusammenarbeit im Verkehrswesen beiden Ländern Nutzen bringen kann und ihre Beziehungen noch mehr fördern wird,

mit Genugtuung die auf diesem Gebiet bereits erfolgende Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern konstatierend und in dem Wunsch, ihr breitere Ausmaße zu verleihen,

gestützt auf das Abkommen über wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Französischen Republik vom 30. Juni 1966, das Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Französischen Republik vom 27. Oktober 1971 sowie gemäß den Richtungen, die in den am 10. bzw. 27. Juli 1973 unterzeichneten Zehnjahresprogrammen für die Vertiefung der sowjetisch-französischen Zusammenar-

beit in Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik festgelegt wurden,

in Bekräftigung ihres Bestrebens, gemäß der in Helsinki am 1. August 1975 unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ihre Bemühungen um den Ausbau der Zusammenarbeit im Verkehrswesen zu vereinigen, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Seiten werden größtmöglich zur Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und industriell-wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Verkehrswesen auf der Grundlage der Gleichheit, Gegenseitigkeit und des gegenseitigen Nutzens beitragen.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit im Verkehrswesen wird namentlich in folgenden Richtungen verlaufen:

Ausrüstungen und Technik zur Güter- und Perso-

nenbeförderung mit verschiedenen Verkehrsmitteln auf dem Land- und dem Wasserwege;

Rationalisierung des Betriebs verschiedener Verkehrsmittel;

Ausrüstungen und Methoden zur Vervollkommenung der Verkehrssteuerung und -sicherheit.

Die Thematik der Zusammenarbeit im Rahmen der genannten Richtungen wird auf Vereinbarung zwischen den Vertragschließenden Seiten festgelegt werden.

Artikel 3

Die Zusammenarbeit zwischen den Seiten kann folgende Formen haben:

Austausch wissenschaftlich-technischer Dokumentationen;

Austausch von Fachleuten und Delegationen; gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie Experimente, Austausch von Forschungsergebnissen und Erfahrungen;

Abhaltung gemeinsamer Konferenzen, Symposien und Expertenberatungen;

Kooperation in der Industrie und gegenseitige Lieferungen.

Andere Formen der Zusammenarbeit können mit beiderseitiger Zustimmung hinzukommen.

Die Vertragschließenden Seiten werden Besuche von Fachleuten, die an der Realisierung von Projekten der Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen teilnehmen, in Betrieben und Ämtern des anderen Landes sowie ihre Reisen im anderen Land unterstützen.

Artikel 4

Die Realisierung der Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen wird der sowjetisch-französischen Kommission für wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie ihren Organen aufgelegt.

Ausgehend von den Zielen, die in Art. 1 und 2 dieses Abkommens festgelegt sind, werden die Vertrag-

Für die Regierung
der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
A. GROMYKO

Für die Regierung
der Französischen Republik
L. de GUIRINGAUD

ABKOMMEN

zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chemie

Die Regierung der UdSSR und die Regierung der Französischen Republik haben,

in Anbetracht der großen Bedeutung, die sie der Entwicklung der Chemieindustrie beider Länder bei gebührender Berücksichtigung des Umweltschutzes beimessen,

in der Überzeugung, daß eine vertiefte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chemie beiden Ländern Nutzen bringen kann und zum weiteren Ausbau ihrer gegenseitigen Beziehungen beitragen wird,

mit Genugtuung die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf diesem Gebiet

schließenden Seiten mit Rücksicht auf die im jeweiligen Land geltenden Regeln den Ausbau der Zusammenarbeit und direkter Kontakte zwischen einschlägigen Betrieben und Stellen beider Länder fördern und lenken, darunter erforderlichenfalls den Abschluß von Arbeitsabkommen zwischen ihnen zwecks Realisierung konkreter Projekte und Programme nach Weisungen der sowjetisch-französischen Kommission für wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sich aus diesem Abkommen ergibt, wird durch Abschluß entsprechender Abkommen und Verträge zwischen kompetenten sowjetischen Stellen und französischen Betrieben erfolgen.

Artikel 5

Das vorliegende Abkommen darf nicht entgegen der im jeweiligen Land geltenden Gesetzgebung, den zwischen den Vertragschließenden Seiten früher geschlossenen Abkommen sowie jeglichen internationalen Verpflichtungen jeder der Seiten interpretiert werden.

Artikel 6

Jede Vertragschließende Seite wird die andere Seite durch eine Note von der Vollziehung der in ihrer Fassung vorgesehenen Verfahren benachrichtigen, die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlich sind.

Das Abkommen tritt am Tage des Erhalts der letzten dieser Noten in Kraft.

Artikel 7

Das vorliegende Abkommen wird für fünf Jahre geschlossen. Es kann mit Zustimmung der Vertragschließenden Seiten um jeweils weitere fünf Jahre verlängert werden.

Ausgefertigt in Rambouillet am 22. Juni 1977 in zwei Exemplaren, jedes in russischer und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

konstatierend und in dem Wunsch, ihr größere Ausmaße zu verleihen,

in der Auffassung, daß für den weiteren Ausbau dieser Zusammenarbeit reale Möglichkeiten bestehen, gestützt auf das Abkommen über die wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Französischen Republik vom 30. Juni 1966, das Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Französischen Republik vom 27. Oktober 1971 und im Einklang mit den am 10. und am 27. Juli 1973 unterzeichneten Zehnjahresprogrammen für die Ver-

tiefung der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit in Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik, in Bekräftigung ihres Bestrebens, gemäß der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Bemühungen um den Ausbau der Zusammenarbeit in Chemie zu vereinigen, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Seiten werden größtmöglich zur Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und industriell-wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Chemie auf der Grundlage der Gleichheit, Gegenseitigkeit und des gegenseitigen Nutzens beitragen.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chemie wird u. a. in folgenden Richtungen verlaufen:

Vertiefung der chemischen Grundlagenforschungen; Vervollkommnung der Technologien in der Chemie-industrie;

Vervollkommnung der bestehenden Verfahren zur Nutzung von Kohlenwasserstoffrohwaren;

Entwicklung von Technologien und Ausrüstungen für die Produktion neuer Chemiestoffe und Forschungen über deren Anwendung;

Forschungen zwecks Verhütung schädlicher Einwirkungen der Entwicklung der Chemieindustrie auf die Umwelt.

Die Thematik der Zusammenarbeit im Rahmen der genannten Richtungen wird auf Vereinbarung der Vertragschließenden Seiten festgelegt werden.

Artikel 3

Die Zusammenarbeit zwischen den Seiten kann folgende Formen haben:

Austausch wissenschaftlich-technischer Dokumentationen;

Austausch von Fachleuten und Delegationen; gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie Experimente, Austausch von Forschungsergebnissen und Erfahrungen;

Abhaltung gemeinsamer Konferenzen, Symposien und Expertenberatungen;

Kooperation in der Industrie und gegenseitige Lieferungen.

Andere Formen der Zusammenarbeit können mit beiderseitiger Zustimmung hinzukommen.

Die Vertragschließenden Seiten werden Besuche von Fachleuten, die an der Realisierung von Projekten der Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen

teilnehmen, in Betrieben und Ämtern des anderen Landes sowie ihre Reisen im anderen Land fördern.

Artikel 4

Die Realisierung der Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen wird der sowjetisch-französischen Kommission für wissenschaftlich-technischen und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie ihren Organen aufgelegt.

Ausgehend von den Zielen, die in Art. 1 und 2 dieses Abkommens festgelegt sind, werden die Vertragschließenden Seiten mit Rücksicht auf die im jeweiligen Land geltenden Regeln den Ausbau der Zusammenarbeit und direkter Kontakte zwischen einschlägigen Betrieben und Ämtern beider Länder fördern, darunter erforderlichenfalls den Abschluß von Arbeitsabkommen zwischen ihnen zwecks Realisierung konkreter Projekte und Programme nach Weisungen der sowjetisch-französischen Kommission für wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sich aus diesem Abkommen ergibt, wird durch Abschluß entsprechender Abkommen und Verträge zwischen kompetenten sowjetischen Stellen und französischen Betrieben erfolgen.

Artikel 5

Das vorliegende Abkommen darf nicht entgegen der im jeweiligen Land geltenden Gesetzgebung, den zwischen den Vertragschließenden Seiten früher geschlossenen Abkommen sowie jeglichen internationalen Verpflichtungen jeder der Seiten interpretiert werden.

Artikel 6

Jede Vertragschließende Seite wird die andere Seite durch eine Note vom Vollzug der in ihrer Verfassung vorgesehenen Verfahren benachrichtigen, die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlich sind.

Das Abkommen trifft am Tage des Erhalts der letzten dieser Noten in Kraft.

Artikel 7

Das vorliegende Abkommen wird für fünf Jahre geschlossen. Es kann mit Zustimmung der Vertragschließenden Seiten jeweils um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Ausgefertigt in Rambouillet am 22. Juni 1977 in zwei Exemplaren, jedes in russischer und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung
der Union der Sozialistische
Sowjetrepubliken
A. GROMYKO

Für die Regierung
der Französischen Republik
L. de GUIRINGAUD

PROTOKOLL

zum Zehnjahresprogramm für die Vertiefung der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit in Wirtschaft und Industrie

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Französischen Republik haben,

unter Berufung auf das Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit vom 27. Oktober 1971 sowie das Zehnjahresprogramm für die Vertiefung der so-

wjetisch-französischen Zusammenarbeit in Wirtschaft und Industrie vom 10. Juli 1973 und das am 6. Dezember 1974 unterzeichnete Zusatzprotokoll zu diesem Programm,

mit Genugtuung den bedeutenden Fortschritt feststellend, der bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich erzielt worden ist,

in dem Wunsch, der Entwicklung und Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern neuen Auftrieb zu geben,

nach Erörterung der Erfüllung des obengenannten Programms,

in Bekräftigung ihres Bestrebens, gemäß der in Helsinki am 1. August 1975 unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit auch weiterhin auszubauen und zu vertiefen,

folgendes vereinbart:

1. Dank Maßnahmen beider Seiten wird das Zehnjahresprogramm für die Vertiefung der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit in Wirtschaft und Industrie vom 10. Juli 1973, das durch ein am 6. Dezember 1974 unterzeichnetes Protokoll zu diesem Programm ergänzt wurde, erfolgreich erfüllt und trägt zur Erweiterung der langfristigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich bei.

Die Seiten sind der Auffassung, daß die Erfüllung des Programms in hohem Maße die Realisierung der zwischen den Seiten erzielten Vereinbarung fördert, den Handelsumsatz zwischen der UdSSR und Frankreich 1975—1979 gegenüber dem vorausgegangenen Jahr fünf zu verdoppeln und alles Nötige zu seiner Verdreifachung sowie zu einer ausbalancierten Entwicklung der Handelsaustausche zwischen beiden Ländern zu tun.

Die Seiten konstatierten mit Genugtuung, daß das Wachstumstempo im Handel 1975 und 1976 über 30% im Jahr betrug und daß der Umfang des sowjetisch-französischen Handels in diesen zwei Jahren ungefähr den des Handelsumsatzes im ganzen vorausgegangenen Jahr fünf 1970—1974 erreicht hat. Der Verlauf des Abschlusses von gegenseitigen Lieferungsverträgen berechtigt zu der Hoffnung auf ein weiteres Wachstum des Handelsumsatzes.

Die Seiten werden auch weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um ihr Ziel — die Verdreifachung des Handelsumsatzes 1975—1979 gegenüber dem vorausgegangenen Jahr fünf — zu erreichen.

2. Auf dem Gebiet der Beteiligung französischer Firmen am Bau von Industrieobjekten in der UdSSR wurden zwischen den sowjetischen Außenhandelsstellen und französischen Firmen Verträge geschlossen, denen zufolge die französischen Firmen Projekte ausarbeiten und komplette Ausrüstungen liefern; dazu gehören ein Gasindustriekomplex zur Förderung und industriellen Aufbereitung von Gas, Ausrüstungen für die industrielle Erschließung von Gasquellen, Industriebetriebe zur Gasreinigung und zur Produktion von Elementarschwefel, Ammoniakfabriken, eine katalytische Reforminganlage, Betriebe für die Produktion mehrschichtiger Druckplatten, Magnetanlasser, eine Fabrik für Tabakregeneration u. a. Industrieobjekte. Außerdem wird in Moskau ein großes Hotel gebaut.

Die sowjetischen Außenhandelsstellen und französischen Firmen schlossen ferner Verträge über die Belieferung der Sowjetunion mit kompletten Ausrüstungen für mehrere andere, im Programm nicht genannte Objekte der Zusammenarbeit, die die Liste der im Programm aufgezählten Objekte erweitern und dieses ergänzen können. Verhandelt wird ferner über den Ankauf französischer kompletter Ausrüstungen und tech-

nischer Dokumentationen für Objekte der Chemie- und der Petrochemieindustrie, der Eisen- und Stahl-, der Buntmetall-, der Leicht-, der Nahrungsmittelindustrie und anderer Industriezweige über die im erwähnten Programm vorgesehenen Objekte hinaus.

Zwecks weiterer Ausdehnung dieser Zusammenarbeit kamen die Seiten überein, das Programm durch die in Anlage I zum vorliegenden Protokoll aufgezählten Objekte zu ergänzen.

3. Auf dem Gebiet der Zusammenarbeit beim Bau von Industrieobjekten in Frankreich beteiligten sich sowjetische Stellen an der Lieferung von Eisenhüttenausrüstungen für den Industriekomplex in Fos-sur-Mer, ferner lieferten und montierten sie eine hydraulische 65 000-t-Presse in Issoire.

Die Seiten kamen überein, sich weiterhin um den Ausbau dieser Zusammenarbeit in Form von Lieferungen sowjetischer Ausrüstungen, Lizenzen und technischer Dokumentationen, einschließlich der in Anlage I zum vorliegenden Protokoll aufgezählten Gebiete, zu bemühen.

4. Bedeutende Resultate wurden in einem neuen Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern — beim Bau großer Industrieobjekte in der UdSSR auf der Kompensationsbasis — erzielt. Diese Kooperationsform gibt die Möglichkeit, die technischen, Produktions- und Naturmöglichkeiten beider Länder vollständiger zu nutzen und die Zusammenarbeit in Industrie auf langfristiger Grundlage zu entwickeln.

Auf diesem Gebiet wurden zwischen den sowjetischen Außenhandelsstellen und französischen Firmen in letzter Zeit mehrere wichtige Abkommen und Verträge geschlossen, u. a. über die Lieferung kompletter Ausrüstungen für sowjetische Ammoniak-, Paraxylol-, Orthoxylol- und Benzolfabriken, für einen Aluminiumkomplex, ferner über den Ankauf eines Teils der Erzeugnisse dieser Betriebe durch französische Firmen auf langfristiger Grundlage.

Zwecks weiterer Ausdehnung dieser Form der Zusammenarbeit kamen die Seiten überein, das Programm durch die in Anlage II zum vorliegenden Protokoll aufgezählten Objekte zu ergänzen.

5. Die Seiten kamen überein, Maßnahmen zur Ausdehnung der industriellen Kooperation zwischen sowjetischen Stellen und französischen Firmen zu treffen und größtmöglich zu Verhandlungen zwischen ihnen über Objekte beizutragen, die in Anlage III zum Programm vom 10. Juli 1973 und in Anlage Nr. 3 zu dem am 6. Dezember 1974 unterzeichneten Zusatzprotokoll dieses Programms aufgezählt sind.

Zwecks Erweiterung dieser Form der Zusammenarbeit kamen die Seiten überein, das Programm durch die in Anlage III zum vorliegenden Protokoll aufgezählten Objekte zu ergänzen.

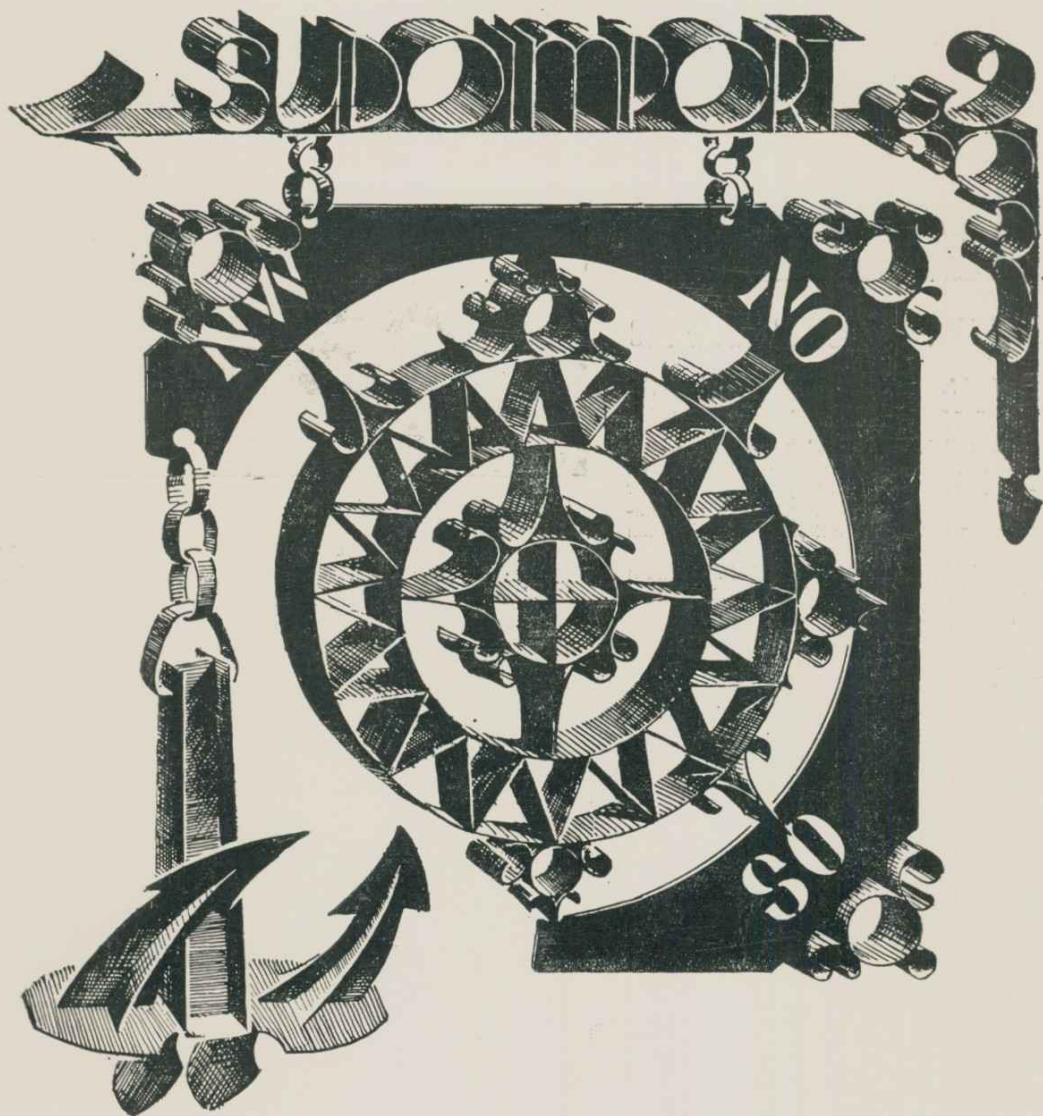
6. Die Zusammenarbeit bei den in Anlagen I, II und III zum vorliegenden Protokoll aufgezählten Objekten wird gemäß dem Abkommen vom 27. Oktober 1971 und dem Programm vom 10. Juli 1973 erfolgen.

7. Das vorliegende Protokoll ist ein integrierender Bestandteil des Programms vom 10. Juli 1973.

Ausgefertigt in Rambouillet am 22. Juni 1977 in zwei authentischen Exemplaren, jedes in russischer und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

In Vollmacht der Regierung
der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
N. PATOLITSCHEW

In Vollmacht der Regierung
der Französischen Republik
A. ROSSI



V/O SUDOIMPORT

EXPORTIERT Fracht- und Fischereischiffe, Tragflächenschiffe, Schleppdampfer, Schwimmbagger, Saugbagger, Kutter und mechanische Schiffsausrüstungen — Dieselpumpen, Kompressoren, Decksmechanismen, elektrische Anlagen und Navigationsgeräte.

IMPORTIERT Hochsee-, Binnen-, Fischerei- und technische Schiffe.

REPARIERT Schiffe im Ausland und in der UdSSR.

V/O SUDOIMPORT steht mit 1000 Firmen in 80 Ländern in Geschäftsverbindung.

V/O SUDOIMPORT UdSSR, Moskau K-6, Kaljajewskaja 5

Telefon: 251 05 05

Telex: 7272, 7587



SUDOIMPORT



INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB IM OBJEKTIV: UNSER PLANET

„FluBidyll“ — Ho Luc (Vietnam) ♦ „Ich weiß nicht, was
soll es bedeuten“ — L. R. Grover (Indien) ♦ „Weg mit den
Berufsverboten!“ — Manfred Scholz (BRD) ♦ „Symbol der
Freundschaft“ (Ein Objekt der Gasindustrie, das in Afghani-
stan mit sowjetischer Unterstützung entstand) — Abdullah
Ashrafi (Afghanistan).

Die NZ-Redaktion dankt den Wettbewerbsteilnehmern
und fordert Berufs- und Laienfotografen in der Sowjetunion
wie im Ausland auf, neue Fotos einzusenden.

